

Wahlprüfsteine aus Kultur- und Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026 mit den Antworten der Parteien

Herausgebende Verbände

Berufsverband Bildender Künstler Sachsen-Anhalt e.V. (BBK) - www.bbk-sachsenanhalt.de

Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. (KWSA) - www.kwsa.de

Landeszentrum Freies Theater Sachsen-Anhalt e.V. (LanZe) - www.lanze-lsa.de

Präambel

Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist ein eigenständiger Wirtschaftssektor, ein demokratischer Resonanzraum und ein Innovationsmotor für Stadt und Land. Sie verbindet unternehmerisches Handeln mit gesellschaftlicher Verantwortung.

In Sachsen-Anhalt arbeiten – je nach statistischer Abgrenzung – rund 20.000 bis 25.000 Menschen in Kultur- und Kreativberufen. Ein erheblicher Teil davon ist solo-selbstständig oder projektbasiert tätig. Bundesweit umfasst die Kultur- und Kreativwirtschaft rund 1,8 Millionen Erwerbstätige und erwirtschaftet eine Bruttowertschöpfung von über 100 Milliarden Euro jährlich (Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft, BMWK).

Die Branche ist geprägt von Kleinstunternehmen, Freiberufler*innen und hybriden Erwerbsformen – zugleich gestaltet sie öffentliche Räume, demokratische Diskurse, Bildungsprozesse und regionale Identität.

Als gemeinsame Interessenvertretung von Bildender Kunst, Freien Darstellenden Künsten und spartenübergreifender Kreativwirtschaft treten wir geschlossen auf. Wir verstehen diese Wahlprüfsteine als Einladung zum Dialog – und als Ausdruck unseres selbstbewussten Anspruchs, die Zukunft des Landes aktiv mitzugestalten.

Wir haben am Ende die jeweiligen Antworten den Positionen der Verbände gegenübergestellt und mit einer Kompatibilitätsskala zu den Verbandspositionen versehen:

Beispiel:

Frage - Thema 1	Partei I	Partei II
BBK	+	-
LanZe	-	+
KWSA	0	0

- + die Antwort stimmt mit der Position des Verbands überein
- die Antwort stimmt mit der Position des Verbands nicht überein
- 0 die Antwort ist neutral zur Position des Verbands

Die Antworten nach Parteien alphabetisch sortiert:

AfD, BSW, CDU, FDP, Die Grünen, Die Linke, SPD.

Inhaltsverzeichnis

Thema Kunstfreiheit	4
Thema Kulturpolitik	9
Thema Menschenrecht Kultur	12
Thema Subsidiarität	15
Thema Orte	19
Thema Kultur ist Arbeit	22
Thema Selbstständigkeit	28
Thema Kulturförderung	32
Thema Kulturfördergesetz	35
Thema Entbürokratisierung	40
Thema Strukturschwache Räume	44
Thema Resilienz	48
Thema Landeshaushalt	52
Thema Kulturelle Bildung	55
Thema Schulische Bildung	59
Thema Standortpolitik	63
Thema Fachkräftegewinnung	67
Thema Kulturtourismus	72
Thema Bildende Kunst	75
Thema Kulturelles Erbe	78
Thema Digitalisierung Kulturelles Erbe	80
Thema Kooperation Landesregierung mit Verbänden	83
Thema Freie Darstellende Künste	85
Thema Sichtbarkeit der Kultur- & Kreativwirtschaft	88
Thema Chancen der Kultur- & Kreativwirtschaft	91
Thema Regionale Innovationsstrategie	94
Thema Förderinstrument und Finanzierung	97

Thema Kunstfreiheit

1. Kunst- und Meinungsfreiheit absichern. In der Tagespolitik auf Landes- wie kommunaler Ebene werden in den letzten Jahren vermehrt Anfragen gestellt, die die Kunst- und Meinungsfreiheit unter dem Deckmantel eines eng ausgelegten politischen Neutralitätsgebots in Frage stellen.

Wie stellen Sie sicher, dass Künstler*innen und Kreativschaffende in Sachsen-Anhalt ihre Arbeit frei von politischer, ideologischer oder wirtschaftlicher Einflussnahme ausüben können – auch dann, wenn Projekte öffentlich gefördert werden? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Kultur und die Kreativwirtschaft als Trägerin demokratischer Diskurse, kritischer Öffentlichkeit und kultureller Vielfalt im Land zu stärken?

Antwort der AfD

Zunächst sollten in Förderanträgen die allgemeinen Regeln der deutschen Rechtschreibung beachtet werden. Anträge, in denen von „Künstler*innen“ die Rede ist, werden wir mit der Bitte um Korrektur zurückweisen. Kulturelle Vielfalt wollen wir fördern, indem wir die Künstler im Land daran erinnern, dass Kunst – mit Heidegger gedacht – die Wahrheit des Volkes, aus dessen Mitte sie entstanden ist, ins Werk setzt. Nur eine Kunst, die sich dessen bewusst ist, hat überhaupt etwas zu bieten, was dann vielfältig sein kann. Nur wenn deutsche Kunst sich zu ihrem deutschen Charakter bekennt, eröffnen sich ihr überhaupt erst die Möglichkeiten vielfältiger regionaler Ausdifferenzierung.

Antwort des BSW

Die Kunst- und Meinungsfreiheit ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie und einer vielfältigen Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt. Künstlerinnen und Künstler sowie Kreativschaffende müssen ihre Arbeit frei von politischer, ideologischer oder wirtschaftlicher Einflussnahme ausüben können – ausdrücklich auch dann, wenn Projekte öffentlich gefördert werden. Wir setzen uns deshalb für transparente, diskriminierungsfreie und rechtssichere Förderstrukturen ein. Öffentliche Fördermittel müssen gerecht, ausgewogen und ohne politische Einseitigkeit vergeben werden.

Unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure sind gleich zu behandeln, Förderentscheidungen müssen an objektive und nachvollziehbare Kriterien gebunden sein. Günstlingswirtschaft, ideologische Vorauswahl und politische Loyalitätsprüfungen lehnen wir ab. Eine starke Demokratie braucht eine vielfältige, unabhängige Zivilgesellschaft – nicht staatlich alimentierte Ersatzparteien.

Daher fordern wir die Verabschiedung des in der Gesetzgebung befindlichen Kulturfördergesetzes in Sachsen-Anhalt, um kulturelle Einrichtungen, die freie Szene sowie kleine und mittlere Kulturorte, insbesondere im ländlichen Raum, dauerhaft finanziell abzusichern. Langfristige institutionelle Förderung, Kulturstiftungen und verlässliche Modelle der Projektfinanzierung sollen Planungssicherheit schaffen und unabhängige kreative Arbeit ermöglichen.

Antwort der CDU

Die Freiheit von Kunst und Kultur durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert. Dies gilt unabhängig davon, ob Projekte öffentlich gefördert werden oder nicht. Eine klare Verankerung findet sich auch im von der CDU Sachsen-Anhalt getragenen Kulturfördergesetz für das Land Sachsen-Anhalt. Kulturschaffende und Künstler sind in ihren Positionen und Inhalten frei. Eine staatliche Förderung darf keine inhaltliche Steuerung bedeuten.

Antwort der FDP

Kunst- und Meinungsfreiheit sind nicht verhandelbar. Für die FDP in Sachsen-Anhalt gilt, staatliche Förderung darf niemals zur inhaltlichen Einflussnahme führen. Wer öffentliche Mittel erhält, darf nicht politisch auf Linie gebracht werden.

Wir lehnen es klar ab, das Neutralitätsgebot als Vorwand zu nutzen, um kritische oder unbequeme Kunst zu kontrollieren. Neutralitätspflichten gelten für den Staat aber nicht für Künstlerinnen und Künstler.

Deshalb setzen wir uns ein für klare, freiheitssichernde Förderregeln, transparente Verfahren und den konsequenten Verzicht auf politische Bewertung von Inhalten. Entscheidend sind Qualität und gesellschaftliche Relevanz und eben nicht ideologische Passfähigkeit.

Kultur ist kein verlängerter Arm der Politik, sondern ein Raum für Widerspruch, Debatte und Vielfalt. Genau das wollen wir stärken, mit weniger Bürokratie, mehr Vertrauen und besseren Rahmenbedingungen für die Kreativwirtschaft in ganz Sachsen-Anhalt.

Um die Freiheit von Kunst und Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt zu sichern, setzen wir uns konkret ein für:

- Klare Fördergrundsätze, die die Freiheit der Kunst ausdrücklich schützen und politische Einflussnahme ausschließen. Förderentscheidungen müssen transparent, nachvollziehbar und frei von parteipolitischen Erwägungen sein.
- Stärkung der Kulturförderung nach Qualitätskriterien, nicht nach politischer Opportunität. Maßstab ist die künstlerische und gesellschaftliche Relevanz.
- Mehr Planungssicherheit für Kulturschaffende, etwa durch mehrjährige Förderprogramme und weniger bürokratische Hürden.
- Schutzräume für kreative Arbeit, insbesondere auch im ländlichen Raum, damit kulturelle Vielfalt in ganz Sachsen-Anhalt sichtbar bleibt.
- Stärkung der Kreativwirtschaft als Wirtschaftsfaktor, etwa durch bessere Vernetzung, gezielte Gründungsförderung und Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus ist für uns klar, eine lebendige Kulturlandschaft ist zentral für eine offene Gesellschaft.

Antwort von Die Grünen

Wir Grüne setzen uns für eine offene, vielfältige und starke Kultur ein – von der großen Bühne bis zum kleinen Club, vom Museum bis zum Probenraum. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Freiheit von Kunst und Kultur zu schützen.

In Artikel 36 der Landesverfassung ist festgeschrieben, dass Kunst und Kultur durch das Land und die Kommunen geschützt werden müssen. Auch das bietet der kulturellen Vielfalt Sachsen-Anhalts einen wichtigen Schutz. Ebenso erfüllt das Kulturfördergesetz eine Schutzfunktion, indem es der Kulturförderung erstmals eine rechtliche Grundlage gibt.

Wir Grüne wollen darüber hinaus erreichen, dass Kulturförderung zur Pflichtaufgabe der Kommunen wird, sodass Kultur nicht aufgrund politischer Entscheidungen oder finanzieller Nöte vollständig weggekürzt werden kann.

Grundsätzlich gilt es, die Kunst- und Kulturfreiheit im Landtag zu verteidigen, indem die demokratischen Fraktionen geschlossen hinter ihr stehen. Entscheidend ist, dass auch im nächsten Landtag demokratische Mehrheiten möglich sind.

Antwort von Die Linke

Für die Partei Die Linke ist die Kunstfreiheit keine „freiwillige Leistung“, sondern durch das Grundgesetz garantiert und elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Ein eng ausgelegtes „Neutralitätsgebot“ darf nicht dazu missbraucht werden, kritische, unbequeme oder politisch positionierte Kunst zu delegitimieren oder zu sanktionieren. Aus unserer Sicht ist öffentliche Förderung ein Instrument der Ermöglichung und nicht der inhaltlichen Steuerung.

Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem Künstler:Innen frei arbeiten können – unabhängig von politischem Druck, wirtschaftlichen Zwängen oder ideologischen Erwartungen. Das erreichen wir durch klare gesetzliche Sicherungen, unabhängige Förderstrukturen, bessere soziale Bedingungen und eine aktive Kulturpolitik, die Vielfalt, Kritik und demokratische Debatte ausdrücklich stärkt. Alle Landesförderprogramme müssen verbindlich die Freiheit künstlerischer Ausdrucksformen schützen, Vergabegremien müssen plural und fachlich qualifiziert unabhängig besetzt sein.

Seit Jahren fordern wir verlässliche, mehrjährige Förderstrukturen, die Einführung und Umsetzung von Honoraruntergrenzen sowie den Ausbau der kulturellen Infrastruktur im ländlichen Raum. Hier soll auch die kommunale Liegenschaftspolitik zum Schutz und Ausbau von Kulturorten herangezogen werden.

Antwort der SPD

Die SPD Sachsen-Anhalt steht für ein kulturell offenes und solidarisches Land. Wir verteidigen die Freiheit von Kunst und Kultur und sichern die kulturelle Vielfalt. Kultureinrichtungen sind Bestandteil unserer demokratischen Infrastruktur.

Wir beobachten mit anhaltender Sorge, dass die Kunst- und Kulturfreiheit in Deutschland offenbar nicht mehr als selbstverständlich angesehen wird und sie – auch auf kommunaler Ebene – von rechten und konservativen Kräften unter Druck gerät.

Die politische Rechte spricht oft von einem vermeintlichen Neutralitätsgebot, wenn ihnen unliebsame Meinungen und Haltungen vertreten werden oder wenn gegen menschenverachtende Aussagen und Maßnahmen Stellung bezogen wird. Es wird gern behauptet, dass sich Vereine, Verbände oder Träger „politisch neutral“ verhalten müssen, sich nicht politisch positionieren dürfen, um ggf. Förderungen nicht zu gefährden. Das Gegenteil ist der Fall: Unser Grundgesetz ist nicht neutral und wer unsere demokratischen Werte und freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigt, ist nicht neutral. Dazu gehört, sich gegen rassistische, antisemitische, sexistische und weitere diskriminierende Äußerungen zu positionieren.

Es gibt Bestrebungen einzelne Kulturbereiche unter einen pauschalen Generalverdacht zu stellen, um damit die Vergabe von Fördermitteln oder Juryentscheidungen einzuschränken und somit Druck auszuüben. Diese Methoden lehnen wir vehement ab und werden dem immer und überall widersprechen. Wenn sich Antragsteller auch nicht mehr darauf verlassen können, dass die Kunst- und Kulturfreiheit immer und überall gewährleistet ist, dann kann es auch dazu kommen, dass Einrichtungen sich selbst einschränken. Das darf nicht passieren und daher auch unser Aufruf, diesen Tendenzen zu widersprechen. Eine wie auch immer aussehende Gesinnungsprüfung oder Ähnliches lehnen wir ab. Es ist immer zuallererst die Kunst- und auch die Wissenschaftsfreiheit, die von Autokraten und Rechtspopulisten eingeschränkt werden soll, denn die Kraft der Kunst und des freien Denkens ist gefährlich für Antidemokraten.

Kultur eröffnet Diskursräume, ist kritisch, experimentiert und nicht beliebig. Das ist ein hohes Gut, das zu Recht von unserem Grundgesetz Artikel 5 Absatz 3 geschützt ist. Wir werden die Freiheit von Kunst und Kultur verteidigen - auch wenn sie unbequem, kritisch und nicht-konform ist. Die Verteidigung der Kunst- und Kulturfreiheit ist unser aller Aufgabe, da es um grundlegende Werte unserer Demokratie geht.

Frage 1 Kulturfreiheit	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	0	0	0	+	+	0
BBK	-	0	0	0	0	+	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Kulturpolitik

2. Neue Werte für die Kulturpolitik. Demokratieförderung ist ein wichtiges Schlagwort, meint jedoch eigentlich die Ermöglichung eigenverantwortlicher Meinungsbildung und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Menschen und gesellschaftlichen Strukturen.

Effizienz und Wirtschaftlichkeit sind keine passenden Kriterien für Vertrauensaufbau und Verantwortungsaktivierung – sind Sie bereit, in eine neue öffentliche, partizipative Verhandlung gesellschaftlicher Werte und ihrer entsprechenden Kriterien und Maßgaben einzutreten? Welche Schritte sind Sie bereit einzugehen, um solche Prozesse anzustoßen?

Antwort der AfD

Kultur braucht keine neuen Werte, sondern die Besinnung auf die alten Werte, die ihr fast gänzlich abhanden gekommen sind.

Antwort des BSW

Grundlage eines funktionierenden demokratischen Miteinanders ist die Fähigkeit, Widerspruch und andere Meinungen auszuhalten. Wer Andersdenkende pauschal ausgrenzt, politische Haltungen überprüft oder Loyalitätsbekundungen einfordert, beschädigt den offenen Diskurs, den eine freie Gesellschaft dringend braucht. Unsere Gesellschaft muss es aushalten, auch über kontroverse Themen offen zu debattieren. Demokratische Meinungsbildung braucht den echten Dialog, den respektvollen Streit um Argumente und die Bereitschaft, unterschiedliche Perspektiven anzuhören. In Sachsen-Anhalt wollen wir mit allen Menschen ins Gespräch kommen, gemeinsam nach Lösungen suchen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – auf der Grundlage von Respekt, Toleranz und Meinungsfreiheit.

Daher sind wir bereit, neue partizipative Prozesse zur öffentlichen Verständigung über gesellschaftliche Werte anzustoßen, unter Einbeziehung von Kulturschaffenden, Vereinen, Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Stadt und Land.

Dazu wollen wir kulturelle und soziokulturelle Orte als Räume der Begegnung und Debatte stärken, bürokratische Hürden für Engagement abbauen und Förderstrukturen transparenter sowie diskriminierungsfrei gestalten.

Antwort der CDU

Effizienz und Wirtschaftlichkeit sind aus unserer Sicht notwendige Grundlage für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern, mit Geldern der Steuerzahler. Das Land ermöglicht schon heute eine Beteiligung und einen breiten kulturellen Dialog und hat dies im Kulturfördergesetz des Landes festgeschrieben.

Antwort der FDP

Demokratieförderung heißt für uns Freiheit ermöglichen, nicht Meinungen steuern. Werte entstehen im offenen Austausch der Gesellschaft und nicht in staatlich gelenkten Prozessen.

Wir sind bereit, partizipative Formate zu stärken, aber klar staatsfern und ergebnisoffen durch unabhängige Kulturorte, mehr Autonomie für Einrichtungen und weniger Bürokratie. Zugleich gilt, die Verantwortung im Umgang mit Steuergeld bleibt wichtig. Transparenz und Effizienz schaffen Vertrauen. Unser Leitbild ist klar, mehr Freiheit, weniger Einflussnahme und für eine lebendige demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt.

Antwort von Die Grünen

Ja, wir Grüne stehen gerne dafür bereit, über eine Neugestaltung der Demokratie- und Kulturförderung zu diskutieren. Wir sind der Auffassung, dass beteiligte Akteur*innen und Kulturschaffende bei der Ausgestaltung von Förderprozessen einbezogen werden sollten. Denn sie wissen am besten, wie Kulturförderung gestaltet sein muss, damit die Mittel dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Antwort von Die Linke

Die Partei Die Linke Sachsen-Anhalt ist bereit partizipative Aushandlungsprozesse gesellschaftlicher Werte aktiv anzustoßen – und dafür auch klassische Kriterien (reine Effizienzlogik) zugunsten von Vielfalt und Nachhaltigkeit zurückzustellen. Nur so kann Demokratieförderung ihrem eigentlichen Ziel gerecht werden: Menschen zu befähigen, ihre Gesellschaft aktiv und selbstbewusst mitzugestalten. Um die Menschen in unserem Land an politischen Gestaltungsprozessen aktiv und erfolgreich zu beteiligen, sind die rechtlichen Grundlagen aus unserer Sicht bisher unzureichend. Das wollen wir ändern. Die Linke will:

- die Anwendung aller Formen direkter Demokratie außerhalb von Wahlen deutlich erleichtern und erweitern,
- dass bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden die Quoren zum Teil weiter abgesenkt werden,
- vor allem aber die Bedingungen für die Initiator:innen, diese Quoren auch erreichen zu können, durchgreifend verbessern.
- die Zustimmungsquoren für Einwohneranträge auf maximal ein Prozent der stimmberechtigten Einwohner:innen, für Bürgerbegehren auf maximal fünf Prozent der wahlberechtigten Bürger:innen senken. Auch das Quorum für den Bürgerentscheid ist zukünftig abzusenken.
- dass das aktive Wahlalter auf kommunaler und Landesebene auf 14 Jahre gesenkt wird.

Darüber hinaus sollen sich künftig auch Fachausschüsse des Landtags mit Anliegen befassen müssen, wenn dies mindestens 1.000 Einwohner:innen fordern (neues Element: die Einwohner:inneninitiative).

Antwort der SPD

Als SPD stehen wir immer für einen offenen Dialog über Werte, Zielvorstellungen und Meinungen zur Verfügung. Das Gespräch ist der erste kulturelle Ort der Auseinandersetzung. Wir haben uns immer für öffentliche Dialogformate über kulturpolitische Ziele, Werte und Vorstellungen eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun. Wir hatten im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Kulturfördergesetz den Vorschlag eines regelmäßigen KulturDialogs eingebracht, konnten uns aber nicht mit den Koalitionspartnern einigen. Die Landtagsfraktion hat regelmäßig zu Dialogen eingeladen.

Frage 2 Kulturpolitik	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	+	-	0	0	+	0
BBK	-	0	-	0	0	+	0
KWSA	-	+	0	+	+	+	+

Thema Menschenrecht Kultur

3. Kultur ist Menschenrecht – Zugänglichkeit abzusichern ist Aufgabe der Verwaltungsebenen.

Deutschland hat beinahe alle UN-Menschenrechtsabkommen ratifiziert. Die Einhaltung obliegt daher auch den Ländern. Das Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben steht allen Menschen zu – demnach muss jede Verwaltungsebene absichern, dass Teilnahme stattfinden kann und keine unüberwindbaren Hürden oder Diskriminierungen bestehen.

Welche Maßnahmen planen Sie, um allen Menschen – unabhängig ihrer sozioökonomischen Situation, eventuellen körperlichen wie geistigen Behinderungen oder Sprachbarrieren – die Teilnahme am kulturellen Leben zu gewährleisten?

Antwort der AfD

Wir sehen hier nur wenig Handlungsbedarf. Die Eintrittspreise sind in aller Regel erschwinglich. Möglicherweise könnten einige Gebäude rollstuhlgerecht umgebaut werden.

Antwort des BSW

Kulturelle Teilhabe muss für alle Menschen unabhängig von Einkommen, Wohnort, Behinderung oder Sprachbarrieren möglich sein. Deshalb setzen wir uns für barriere- und voraussetzungsfreie Zugänge zu Kulturangeboten in allen Regionen Sachsen-Anhalts ein. Dazu gehören der Ausbau kultureller Angebote im ländlichen Raum, bessere Mobilität zu Kulturorten, inklusive und barrierefreie Infrastruktur sowie niedrighschwellige Angebote für unterschiedliche Zielgruppen.

Besonders wichtig ist uns der freie oder vergünstigte Zugang zu Museen, Bibliotheken und kultureller Bildung für Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studenten.

Antwort der CDU

Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich dazu, allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen, unabhängig von deren sozialen, finanziellen oder persönlichen Voraussetzungen. Unter Beteiligung der CDU ist dies im Kulturförderungsgesetz gesetzlich als öffentlicher Auftrag des Landes definiert worden. Wir verstehen darunter sowohl, die Barrierefreiheit zu verbessern und die kulturelle Bildung auszubauen als auch kulturelle Angebote in alle Landesteile zu bringen. Über digitale Angebote sollen zusätzliche Zugänge geschaffen werden.

Antwort der FDP

Als FDP Sachsen-Anhalt verfolgen wir einen klar liberalen Ansatz. Der Staat soll den Zugang zu Kultur ermöglichen, ohne sie zentral zu steuern. Unser Ziel ist es, Hürden abzubauen und Eigeninitiative zu stärken. Dazu setzen wir auf niedrighschwellige Zugänge durch flexible Preismodelle, digitale Angebote und transparente Informationen. Barrierefreiheit wollen wir sowohl physisch als auch digital konsequent ausbauen, etwa durch Gebärdensprache oder Angebote in leichter Sprache. Gleichzeitig stärken wir die freie Kulturszene, indem wir Bürokratie abbauen und lokale Initiativen besser unterstützen. Kulturelle Bildung sehen wir als Schlüssel zur Teilhabe und fördern daher Kooperationen mit Schulen sowie digitale Formate. Auch der ländliche Raum soll durch mobile Formate und bessere Erreichbarkeit stärker einbezogen werden. Zudem setzen wir auf Partnerschaften mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um zusätzliches Engagement zu mobilisieren. Unser Leitgedanke bleibt, der Staat schafft faire Rahmenbedingungen und die kulturelle Vielfalt entsteht durch die Menschen selbst.

Antwort von Die Grünen

Kulturelle Teilhabe ist ein Menschenrecht. Sie muss inklusiv, barrierefrei und ohne finanzielle Hürden möglich sein – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort. Wir Grüne wollen deshalb aktiv Hürden abbauen und Kultur für alle zugänglich machen.

Dafür setzen wir uns für ein Förderprogramm ein, das den barrierefreien Umbau von Kultureinrichtungen unterstützt. Ebenso fordern wir die Einführung eines monatlichen kostenlosen Museumssonntags, an dem Museen ohne Eintritt besucht werden können. Zudem wollen wir in Sachsen-Anhalt den KulturPass 2.0 einführen, mit dem 18-Jährige 200 Euro erhalten, die sie für kulturelle Angebote nutzen können. Perspektivisch streben wir an, den KulturPass weiterzuentwickeln, sodass er auch für andere Altersgruppen und sozial benachteiligte Menschen zugänglich wird.

Antwort von Die Linke

Für uns ist Kultur Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss für alle Menschen praktisch zugänglich sein – nicht nur formal. Unser Fokus liegt auf der strukturellen Kulturförderung, die mehr Mittel für Kultureinrichtungen, für die Freie Szene oder auch Klubs zur Verfügung stellt, auf eine dauerhafte Absicherung der kulturellen Infrastruktur sowie auf soziale Zugänglichkeit durch z.B. Gebührenfreiheit oder auch Förderung vor Ort. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt setzt darauf, finanzielle, bauliche, sprachliche und strukturelle Barrieren abzubauen. Kulturpolitik wird dabei als Querschnittsaufgabe verstanden, die Sozial-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik verbindet – mit klaren Verpflichtungen für die öffentliche Hand und ausreichender Finanzierung.

Die Förderung von inklusiven Kulturprojekten sowie die Finanzierung von barrierearmen Angeboten gehört für die Linke zur Kulturförderung genau wie der Ausbau und die Förderung von mobilen Kulturangeboten (z.B. MäBi und TASS), um kulturelle Teilhabe im ländlich geprägten Sachsen-Anhalt zu gewährleisten.

Antwort der SPD

Als SPD stehen wir in der Tradition „Kultur für alle, Kultur von allen“. Wir setzen uns dafür ein, Modelle zur kulturellen Teilhabe weiterzuentwickeln etwa durch ermäßigte Eintrittspreise, Fahrtkostenzuschüsse und eine sozial ausgewogene Preisgestaltung für Familien, Seniorinnen und Senioren, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende und Auszubildende oder Personen mit geringerem Haushaltseinkommen. Die Kultureinrichtungen haben in den letzten Jahren viele Fortschritte in der Barrierefreiheit gemacht. Diesen Prozess konnten wir im Kulturausschuss des Landtags begleiten. Wir verstehen Barrierefreiheit als Voraussetzung von echter Teilhabe – baulich, digital und kommunikativ. Wir werden die Kultureinrichtungen bei der Umsetzung weiter unterstützen.

Frage 3 Menschen- recht Kultur	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	+	+	0	+	+	0
BBK	-	0	0	+	0	+	0
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Subsidiarität

4. Subsidiaritätsprinzip aufbrechen und Verbindung zwischen den Verwaltungsebenen fördern.

Dass der nächst kleineren Ebene das Recht zur Selbstverwaltung und eigenmächtigen Entscheidung bleibt, ist wesentliches demokratische Aushandlung stärkendes Recht. Als Doktrin jedoch verhindert es regelmäßig die produktive Verbindung von kommunaler, Landes-, Bundes-, EU- und internationaler Ebene.

Welche Maßnahmen sind für Ihre Partei denkbar, um die produktive Verbindung der Verwaltungsebenen und zivilgesellschaftlicher Akteure – zum Vorteil und in Wertschätzung der Bedarfe der nächst kleineren Einheit – umgesetzt werden kann? Welche Prinzipien zur Verteilung finanzieller wie personeller Ressourcen leiten ihre Entscheidungen im Kontext des Subsidiaritätsprinzips?

Antwort der AfD

Wir wollen die Landesebene als Plattform der Kulturförderung zu Lasten vor allem der EU- und Bundesebene weiter ausbauen. Dies jedoch nicht, um einen bornierten Länderregionalismus zu befördern, sondern um in den Ländern eine nationale Kulturpolitik zu entfalten. Die Kommunen sind vor allem durch eine Verbesserung der Kommunalfinanzierung in Stand zu setzen, ihre freiwillige Aufgabe der kommunalen Kulturförderung besser zu erfüllen.

Antwort des BSW

Wir wollen das Subsidiaritätsprinzip nicht schwächen, sondern durch bessere Zusammenarbeit zwischen den Ebenen ergänzen. Entscheidungen sollen weiterhin möglichst nah an den Menschen getroffen werden, zugleich braucht es stärkere Vernetzung zwischen Kommunen, Land, Bund und zivilgesellschaftlichen Akteuren, um Herausforderungen gemeinsam wirksam zu lösen.

Dafür setzen wir auf transparente Beteiligungsprozesse, eine engere Abstimmung von Förderprogrammen und den Abbau bürokratischer Hürden, damit Mittel schneller und zielgerichteter dort ankommen, wo sie gebraucht werden, insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen.

Wichtig ist, dass Ressourcen bedarfsorientiert, verlässlich und gerecht verteilt werden. Kleine Einrichtungen, ehrenamtliche Strukturen und lokale Initiativen müssen stärker berücksichtigt und langfristig abgesichert werden, damit gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Vielfalt vor Ort erhalten und ausgebaut werden können.

Antwort der CDU

Kulturförderung ist aus Sicht der CDU Sachsen-Anhalt eine Gemeinschaftsaufgabe. Das Subsidiaritätsprinzip ist Grundlage unserer Handlungen. Entscheidungen sollen möglichst bürgernah vor Ort in Kommunen und Einrichtungen der Kunst und Kultur getroffen werden. Das Land unterstützt Kommunen und freie Träger auf Augenhöhe. Eine enge Verzahnung erfolgt über die Kulturentwicklungsplanung, die Förderung von Netzwerken und die enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Das Kulturfördergesetz schafft den Rahmen für diese Zusammenarbeit, überlässt die praktische Kulturarbeit aber den Entscheidungsträgern vor Ort.

Antwort der FDP

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Selbstverwaltung, darf jedoch nicht als starre Abgrenzungslogik verstanden werden, die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen erschwert. Ziel muss es sein, die Eigenverantwortung der jeweils niedrigeren Ebene zu erhalten und zugleich die Verbindung zwischen kommunaler, Landes-, Bundes-, europäischer und internationaler Ebene so zu gestalten, dass gemeinsame Problemlösungen effektiv möglich werden.

Dazu braucht es verbindliche und institutionalisierte Kooperationsformate zwischen den Verwaltungsebenen. Kommunen sollten stärker und direkter in übergeordnete Entscheidungsprozesse eingebunden werden, etwa durch vereinfachten Zugang zu Förderprogrammen oder strukturierte Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren. Gleichzeitig ist der Ausbau gemeinsamer digitaler Standards und Plattformen notwendig, um Informationsflüsse zu verbessern und Verwaltungsprozesse über Ebenen hinweg effizient zu gestalten. Ergänzend können Austausch- und Rotationsprogramme für Verwaltungsmitarbeitende sowie projektbezogene, ebenenübergreifende Teams dazu beitragen, das Verständnis für unterschiedliche Perspektiven zu stärken und die Zusammenarbeit zu verbessern.

Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure sollte systematisch ausgebaut werden. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen können durch Beteiligungsformate wie Bürgerräte, Innovationspartnerschaften oder Reallabore aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Offene Daten und transparente Verfahren sind dabei zentrale Voraussetzungen, um diese Beteiligung wirksam zu ermöglichen und die Qualität politischer Entscheidungen zu erhöhen.

Für die Verteilung finanzieller und personeller Ressourcen sind klare Leitprinzipien entscheidend. Das Konnexitätsprinzip muss konsequent angewendet werden, sodass Aufgabenübertragungen stets mit einer ausreichenden Finanzierung einhergehen. Gleichzeitig sollten insbesondere Kommunen größere finanzielle Spielräume und flexiblere Budgets erhalten, um eigenständig und bedarfsgerecht handeln zu können. Ein ausgewogenes System der Mittelverteilung sollte strukturelle Unterschiede berücksichtigen und gleichzeitig Anreize für innovative und kooperative Ansätze setzen. Im personellen Bereich sind mehr Durchlässigkeit und Flexibilität erforderlich, etwa durch ebenenübergreifende Personalpools, projektorientierte Arbeitsstrukturen und die gezielte Einbindung externer Expertise. Insgesamt geht es darum, die Eigenständigkeit der unteren Ebene zu wahren und gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen so zu stärken, dass sie den tatsächlichen Herausforderungen gerecht wird. Entscheidungen sollen weiterhin möglichst bürgernah getroffen werden, jedoch eingebettet in funktionierende, kooperative Strukturen, die eine effektive Umsetzung und Abstimmung über alle Ebenen hinweg ermöglichen.

Antwort von Die Grünen

Örtliche Entscheidungen sollen weiterhin möglichst vor Ort getroffen werden. Gleichzeitig braucht es eine bessere Zusammenarbeit und Verzahnung zwischen den Ebenen. Dafür setzen wir auf Experimentierklauseln sowie stärkere Kooperationsstrukturen zwischen Kommunen, Land, Bund und EU, etwa durch gemeinsame Plattformen, abgestimmte Programme und eine frühzeitige Beteiligung aller Ebenen.

Antwort von Die Linke

Die Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens. Die Linke steht für eine Politik auf Augenhöhe – zwischen dem Land und der kommunalen Familie. Unser Ziel ist eine vertrauensvolle Partnerschaft, die Ortschaften, Gemeinden, Städte und Landkreise in ihrer Verantwortung stärkt, ihre Herausforderungen ernst nimmt und sie bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben unterstützt. Unser Ziel ist eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine lebendige Demokratie, in der Menschen unmittelbar Einfluss nehmen können und damit ein friedliches und solidarisches Miteinander vor Ort fördern. Es braucht echte Mitbestimmung im Gesetzgebungsprozess, vor allem, wenn auf Landesebene Aufgaben formuliert werden, die kommunal umgesetzt werden sollen.

Echte Beteiligung auf der Kommunalebene ist kein Zusatz, sondern eine Notwendigkeit für robuste, gerechte und zukunftsfähige Politik. Denn sie stärkt von unten nach oben das Gemeinwesen, reduziert Konflikte und erhöht die Lebensqualität der Menschen vor Ort.

Die Linke möchte eine lebendige Demokratie durch echte Bürgerbeteiligung erreichen. Wir wollen regionale Foren, Bürgerräte auf allen Ebenen, Werkstattgespräche in betroffenen Gemeinden, Bürgerbudgets, Bürgerhaushalte, und partizipative Projekte. Wir wollen regionale Beteiligungsteams aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, die messbare Ziele überprüfen (Zufriedenheit, Schnelligkeit, Kosten) und Hinweise für korrigierende Maßnahmen an die Kommunen und das Land geben. Wir wollen eine Stärkung der Ortschaftsräte.

Antwort der SPD

Wir bekennen uns zum Subsidiaritätsprinzip, das Grundlage unseres demokratischen Sozialstaats ist. Das Prinzip, dass eine höhere staatliche oder gesellschaftliche Einheit erst dann eingreifen bzw. Funktionen an sich ziehen darf, wenn die Kräfte der untergeordneten Einheit nicht ausreichen, welche die Funktion wahrnimmt, ist für uns leitend. Wir erkennen aber an, dass bspw. die kommunale Ebene mit ihren freiwilligen Aufgaben wie der Kulturförderung aufgrund von finanziellen Engpässen nicht in dem Maße handlungsfähig ist, wie es geboten wäre. Wir setzen uns dafür ein, dass „kleinere Einheiten“ gestärkt werden, damit diese ihre Aufgaben wahrnehmen können.

Frage 4 Subsidiarität	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	+	0	0	0	+	+
BBK	-	+	0	+	+	0	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Orte

5. Orte sind Anker für freiheitliche Verhandlung. Versammlungsstätten ohne Konsumzwang, barrierearm und an den Bedarfen der Publika ausgerichtet sind wesentliche Orte für gesellschaftliches Miteinander, Verbindung und Verhandlung. Nicht nur in den Freien Darstellenden Künsten Sachsen-Anhalts fehlt es an solchen Räumen.

Wie setzen Sie sich dafür ein, dass Spiel-, Produktions- und Residenzstätten der Freien Darstellenden Künste existieren können und im Sinne der Daseinsvorsorge auch auf Landesebene förderwürdig werden?

Antwort der AfD

Wir können uns vorstellen, im Rahmen der #deutschdenken-Kampagne alte Gaststättengebäude mit Theatersaal, von denen es in Sachsen-Anhalt einige gibt, für patriotische Theaterinitiativen zu öffnen.

Antwort des BSW

Orte der Begegnung, des Austauschs und der künstlerischen Arbeit sind unverzichtbarer Teil kultureller Daseinsvorsorge. Gerade die Freien Darstellenden Künste brauchen verlässliche Räume für Produktion, Aufführung und Residenz, unabhängig von kommerziellen Zwängen und auch außerhalb der urbanen Zentren.

Wir setzen uns deshalb für eine Ausweitung und Verstetigung der institutionellen Förderung, insbesondere für kleine und mittlere Einrichtungen im ländlichen Raum, ein. Auch drittmittelfinanzierte Projekte müssen abgesichert werden. Die freie Szene braucht langfristige Perspektiven, etwa durch Kulturstiftungen oder vergleichbare Modelle, die Planungssicherheit schaffen und kreative Arbeit ermöglichen.

Antwort der CDU

Die Freien Künste sind aus Sicht der CDU Sachsen-Anhalt ein wichtiger Motor für Innovation und Vielfalt in Kunst und Kultur. Spiel-, Produktions- und Residenzstätten leisten - jenseits der großen staatlichen Einrichtungen - einen wichtigen Beitrag für die kulturelle Infrastruktur unseres Landes. Künstlerisches Schaffen braucht nicht nur finanzielle Unterstützung. Es braucht auch Zeit und Raum. Daher will die CDU Sachsen-Anhalt will die künstlerische Arbeit hier nach Möglichkeit unterstützen.

Antwort der FDP

Wir als FDP Sachsen-Anhalt wollen, dass solche Orte entstehen können, weil sie Freiheit und gesellschaftlichen Austausch ermöglichen. Ein Unterschied ist für uns entscheidend, der Staat soll das ermöglichen, nicht selbst betreiben. Konkret heißt das, weniger Bürokratie, mehrjährige Förderperspektiven, Öffnung von Leerständen und bessere Rahmenbedingungen auch durch Kooperationen mit privaten Akteuren.

Unser Ziel ist klar, Freiräume sichern, in denen Kunst unabhängig entstehen kann aber durch starke Rahmenbedingungen und eben nicht durch staatliche Steuerung der Inhalte.

Antwort von Die Grünen

Kultur braucht Räume, in denen sie stattfinden kann. Deswegen setzen wir Grüne uns dafür ein, die Projektförderung schrittweise zu erhöhen und damit mehr Kulturschaffende von dieser profitieren können. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass mehr Kulturprojekte, Vereine und Akteure in die institutionelle Förderung aufgenommen werden.

Antwort von Die Linke

Aus unserer Sicht braucht es zunächst die Anerkennung dieser Orte als unverzichtbare kulturelle Infrastruktur – gleichrangig mit Theatern in öffentlicher Trägerschaft. Auf Landesebene braucht es dafür eigene, dauerhaft ausgestattete Förderprogramme, die nicht nur projektbezogen, sondern institutionell wirken. Unser Ziel ist eine vielfältige, zugängliche und sozial gerechte Kulturlandschaft, in der Freie Darstellende Künste dauerhaft ihren Platz haben.

Antwort der SPD

Wir haben uns in den Haushaltsverhandlungen der letzten Jahre für den Kulturhaushalt immer für die finanzielle Stärkung der freien Theaterszene eingesetzt. Wir wissen, unter welchen oftmals prekären Bedingungen die freie Szene arbeitet. Sie ist aber ein wichtiger Ort der professionellen künstlerischen Produktion, der Begegnung und auch des (künstlerischen) Austausches. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Produktions- und Aufführungsstätten weiterentwickeln und bessere Arbeits- und Honorarbedingungen erhalten, u.a. durch unsere Forderung zur Verpflichtung zu Mindesthonoraren bei öffentlicher Förderung und auch für längere überjährige Fördermittelvergaben. Wir werden uns in der kommenden Legislatur für eine verlässliche Spielstättenförderung einsetzen. Orte – egal ob im ländlichen oder städtischen Raum – profitieren langfristig von einer kreativen Nutzung von (verlassenen) Orten.

Frage 5 Orte	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	0	0	+	0	+	+
BBK	-	+	0	0	+	+	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Kultur ist Arbeit

6. Kulturarbeit und Kreatives Schaffen sind Arbeit. Die Leistung professioneller Kulturarbeiter*innen, Produzierender und Vermittelnder ist es, im Rahmen ihrer Tätigkeit auch beteiligende Formate zu erfinden und herzustellen, damit Kunst und Kultur zum Anlass gesellschaftlicher Verhandlung wird. Diesen Dienst an der Gesellschaft leisten Kulturakteur*innen häufig unter prekären Einkommensverhältnissen ohne Chance auf nachhaltige persönliche Absicherung. Der BBK hat für die Sparte Bildende Kunst einen Leitfaden Honorare publiziert, so dass hier entsprechende Mindeststandards vorliegen, ebenso verwenden die Freien Darstellenden Künste eine Empfehlung ihrer Bundesverbände. Wie leisten Sie den Spagat, Kunst und Kultur durch Förderung zu subventionieren und zugleich privatwirtschaftliches Handeln nicht zu erschweren? Welchen Wert messen Sie der im Oktober 2022 von der Kulturministerkonferenz (K-KMK) vorgestellten Honorarmatrix bei – und wie sichern Sie, dass diese in geförderten Projekten mit hohem Landesförderungsanteil Anwendung finden? Wie unterstützen Sie den Arbeitsmarkt der Kreativen, die angesichts vielfältiger KI-Dienste und der gesellschaftlichen Wahrnehmung vom Wert professionellen Schaffens, kaum wettbewerbsfähig sind? Wie stellen Sie sicher, dass Förderlogiken nicht dauerhaft zu einer systematischen Unterbewertung qualifizierter kreativer und unternehmerischer Arbeit führen? Welche Mechanismen sind denk- und umsetzbar, um schrittweise marktübliche, auskömmliche und wettbewerbsfähige Niveaus für den Kreativwirtschaftssektor herzustellen?

Antwort der AfD

Letztlich müssen auch Künstler sich am freien Markt bewähren. Nicht jeder, der sich für einen Künstler hält, ist es auch. Kunst kommt bekanntlich von Können und nicht von Wollen, sonst hieße sie Wulst. Das Ergebnis staatlicher Kunstförderung ist nicht umso besser, je mehr Menschen in ihren Genuss kommen – im Gegenteil. Wir wollen große Kunst durch exklusive Preise und Stipendien fördern.

Antwort des BSW

Kulturarbeit ist Arbeit – qualifizierte, gesellschaftlich unverzichtbare und wirtschaftlich relevante Arbeit. Wer von Künstlerinnen und Künstlern, Kulturvermittelnden und Kreativschaffenden erwartet, dass sie Räume für Austausch, demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen, muss auch dafür sorgen, dass diese Arbeit fair vergütet und sozial abgesichert wird. Dauerhafte Prekarität darf kein Geschäftsmodell der Kulturpolitik sein.

Wir setzen uns deshalb für verbindliche faire Honorare in öffentlich geförderten Projekten ein. Die Honorarmatrix der Kulturministerkonferenz ist für uns ein wichtiger Orientierungsrahmen, um professionelle kreative Arbeit angemessen zu vergüten und Selbstausbeutung nicht länger indirekt durch Förderlogiken zu begünstigen. Öffentliche Förderung darf nicht auf Kosten derjenigen funktionieren, die Kunst und Kultur tatsächlich schaffen.

Gleichzeitig braucht die Kreativwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen: weniger Bürokratie, mehr Planungssicherheit, bessere soziale Absicherung und Förderinstrumente, die reale Arbeits- und Produktionskosten anerkennen. Wer Qualität, Innovation und kulturelle Vielfalt will, muss kreative Arbeit als professionelles Schaffen behandeln.

Gerade im digitalen Wandel und angesichts wachsender Konkurrenz durch KI gilt: Menschliche Kreativität, künstlerische Qualität und kulturelle Vermittlung sind kein Auslaufmodell, sondern ein Zukunftsfaktor für gesellschaftliche Entwicklung und wirtschaftliche Wertschöpfung. Wir wollen einen Kultur- und Kreativsektor fördern, in dem professionelle Arbeit wieder auskömmlich, wettbewerbsfähig und gesellschaftlich angemessen anerkannt ist.

Antwort der CDU

Die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur darf keinen Ersatz für die Märkte darstellen. Sie soll aus Sicht der CDU Sachsen-Anhalt gezielt dort unterstützen, wo kulturelle Ziele anders nicht zu erreichen wären. Die genannte Honorarmatrix stellt eine wichtige Orientierung dar. Sie stärkt aus unserer Sicht die Position von Freien Künstlern. Auch im von der CDU Sachsen-Anhalt getragenen Kulturfördergesetz sind faire Honorare als wichtiges Förderziel verankert.

Antwort der FDP

Als FDP Sachsen-Anhalt gilt für uns, dass Kulturarbeit professionelle Arbeit ist und faire Rahmenbedingungen verdient. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass nachhaltige Perspektiven für Kreative nicht durch staatliche Preisvorgaben entstehen, sondern durch funktionierende Märkte, unternehmerische Freiheit und kluge Förderung. Öffentliche Kulturförderung bleibt wichtig, insbesondere in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt. Sie soll jedoch vor allem ermöglichen und Entwicklung anstoßen, nicht dauerhaft wirtschaftliche Tragfähigkeit ersetzen. Deshalb setzen wir auf zeitlich begrenzte, wirkungs- orientierte Förderprogramme, eine stärkere Einbindung privater Mittel sowie mehr unternehmerische Spielräume für Kulturakteurinnen und -akteure.

Die Honorarmatrix der Kulturministerkonferenz sowie bestehende Leitfäden verstehen wir als sinn- volle Instrumente für mehr Transparenz und bessere Kalkulationsgrundlagen. Sie können als Orientierungsrahmen bei Förderentscheidungen dienen und helfen, faire Vergütung stärker in den Blick zu rücken. Eine starre oder pauschale Verpflichtung lehnen wir jedoch ab, da sie kleinere Projekte, freie Initiativen und innovative Formate unverhältnismäßig belasten kann.

Die Herausforderungen für den Kreativarbeitsmarkt, auch im Zuge der rasanten Entwicklung von KI, nehmen wir ernst. Unsere Antwort liegt jedoch nicht in Abschottung oder zusätzlicher Regulierung, sondern in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Dazu gehören gezielte Qualifizierungsangebote im Umgang mit neuen Technologien, bessere Marktzugänge auch über Landesgrenzen hinaus sowie eine stärkere Vernetzung der Kultur- und Kreativwirtschaft mit anderen Branchen. Kreative sollen die Chancen technologischer Entwicklungen nutzen können, anstatt durch neue Hürden ausgebremst zu werden.

Viele Probleme im Kulturbereich sind struktureller Natur. Deshalb setzen wir bei den Rahmenbedingungen an, weniger Bürokratie bei Förderverfahren, mehr Planungssicherheit durch verlässlichere und teils mehrjährige Förderperspektiven sowie Entlastungen für Selbstständige, etwa im steuerlichen Bereich. Unser Ziel ist ein Umfeld, in dem kreative Arbeit sich wirtschaftlich tragen kann.

Langfristig müssen sich faire und auskömmliche Honorare auch außerhalb staatlicher Förderung etablieren. Dafür braucht es mehr Transparenz über marktübliche Vergütungen, eine stärkere Nachfrage nach kreativen Leistungen und eine konsequente Förderung unternehmerischer Kompetenzen im Kulturbereich. Wir wollen keine Kulturpolitik, die Preise vorgibt, sondern eine, die faire Bezahlung ermöglicht eben durch bessere Rahmenbedingungen, mehr Freiheit und einen starken, lebendigen Markt für kreative Leistungen in Sachsen-Anhalt.

Antwort von Die Grünen

Wir Grünen stehen dazu: Kultur und Kunst müssen angemessen bezahlt werden. Deshalb haben wir in der vergangenen Legislaturperiode als Teil der Kenia-Koalition die tarifliche Bezahlung in institutionell geförderten Einrichtungen schrittweise wieder eingeführt.

Im Kulturfördergesetz setzen wir uns dafür ein, dass Honoraruntergrenzen auf Grundlage bundesweiter Empfehlungen sowie der Empfehlungen von Berufs- und Fachverbänden in der Kulturförderung Sachsen-Anhalts verbindlich eingehalten werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine nachhaltige Stärkung der sozialen Absicherung und der Altersvorsorge für Künstler*innen und Kreative ein. Dazu gehört ein Urheberrecht, das eine angemessene Vergütung von Kulturschaffenden sicherstellt, ebenso wie die Stärkung ihrer Rechte durch ein Verbandsklagerecht. Zusätzlich setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Zugangskriterien zur Künstler*innensozialkasse zu erweitern, damit weitere Berufsgruppen aufgenommen werden können.

Antwort von Die Linke

Öffentliche Förderung soll nicht den Markt verzerren, sondern faire Mindestbedingungen schaffen, unter denen künstlerische und kreative Arbeit überhaupt erst nachhaltig möglich ist. Kunst und Kultur sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb ist es legitim und notwendig, sie zu subventionieren. Gleichzeitig achten wir darauf, dass Förderung nicht zu unfairem Wettbewerb führt, etwa indem öffentlich geförderte Projekte zu Dumpingbedingungen arbeiten. Genau hier setzen verbindliche Standards an: Wer öffentliche Mittel erhält, muss faire Honorare zahlen und soziale Mindeststandards einhalten. Das schützt sowohl die Kreativen als auch privatwirtschaftlich tätige Akteurinnen und Akteure vor einem Unterbietungswettbewerb.

Der Honorarmatrix der Kulturministerkonferenz messen wir dabei einen hohen Stellenwert bei. Sie ist ein wichtiges Instrument, um Transparenz und Orientierung für angemessene Vergütung zu schaffen. Aus unserer Sicht muss sie jedoch verbindlicher Bestandteil der Förderpraxis werden – insbesondere bei Projekten mit hohem Landesförderanteil. Das heißt konkret: Förderanträge müssen realistische Honoraransätze auf Basis der Matrix enthalten, und deren Einhaltung wird auch geprüft. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die öffentliche Hand die Fördermittel entsprechend erhöht, damit diese Standards tatsächlich umsetzbar sind.

Um den Arbeitsmarkt der Kreativen insgesamt zu stärken, braucht es darüber hinaus strukturelle Maßnahmen. Dazu gehören eine bessere soziale Absicherung von Solo-Selbstständigen sowie einen Ausbau von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten. Angesichts wachsender Konkurrenz durch KI- Dienste ist es zudem wichtig, den Wert professioneller künstlerischer Arbeit politisch und gesellschaftlich klar zu betonen und urheberrechtliche Schutzmechanismen weiterzuentwickeln.

Damit Förderlogiken nicht zu einer dauerhaften Unterbewertung führen, müssen sie regelmäßig überprüft und angepasst werden. Wir setzen uns für transparente Kostenkalkulationen ein, die den tatsächlichen Arbeitsaufwand inklusive Vor- und Nachbereitung realistisch abbilden. Förderprogramme dürfen nicht auf Selbstausbeutung basieren. Unser Ziel ist ein Kreativsektor, in dem künstlerische Qualität, wirtschaftliche Tragfähigkeit und soziale Sicherheit kein Widerspruch sind.

Antwort der SPD

Wenn Kultureinrichtungen, Vereine oder Verbände Fördermittel für bestimmte Aufgaben oder Projekte erhalten, können die Mittel aus rechtlichen Gründen nur für diesen Zweck eingesetzt werden. Das ist auch gut so. Wir kennen aber Fälle, wo es Konflikte zwischen wirtschaftlich erfolgreichen Produktionen und so gewonnenen Einnahmen oder Sponsoring gibt und dies die Finanzplanung von Projekten ins Ungleichgewicht bringt. Wir haben derzeit noch keinen wirksamen Ansatz, um diesen Konflikt aufzulösen. Wenn es von Seiten der Kultur Ideen gibt, stehen wir für einen Austausch gern zur Verfügung. Wir haben uns für die gesetzliche Verankerung von Mindesthonoraren für Künstlerinnen und Künstler eingesetzt, um prekäre Beschäftigung einzudämmen und zu beenden.

Mit der vom BKM entwickelten Honorarmatrix wurde eine lange Forderung der SPD nach besserer Bezahlung im Kulturbereich umgesetzt. Viel zu lange herrschte die Auffassung vor, dass künstlerische Arbeit nicht angemessen entlohnt werden muss. Wir begrüßen daher die verbindliche Anwendung der Honorarmatrix und haben sie im Kulturfördergesetz des Landes als Gesetzesänderung eingebracht. Wenn die Honorarmatrix bzw. die Mindesthonorare zur Anwendung kommen, müssen im Zuge dessen auch die Förderanteile angehoben werden, um dem gerecht zu werden.

Der Einsatz von KI verändert die Art wie wir arbeiten, Prozesse gestalten und auch unseren grundlegenden Umgang mit Wissen, Daten und Informationen. Es gibt vielfach Befürchtungen, dass KI den Arbeitsmarkt verändert und kreative und künstlerische Leistungen durch KI-Modelle ersetzt werden. Wir unterstützen daher regulative Bestrebungen auf EU-Ebene, die Leistungen von Kreativen zu schützen, u.a. beim stärkeren Schutz des Urheberrechts bei Werken, eine angemessene Vergütung für bisher erbrachte kreative Leistungen und neue Lizenzvereinbarungen. Globale Lizenzen für das Training der KI-Modelle lehnen wir ab, da für uns die individuelle kreative Leistung im Vordergrund steht. Wir unterstützen eine hohe Transparenz bei der Nutzung von KI-Inhalten der KI-Anbieter. Es braucht klare Vergütungs-Regeln und Rechtssicherheit für die Verwendung urheberrechtlich geschützter Inhalte für das Training von KI.

Auf der anderen Seite eröffnet der Einsatz von generativer KI oder auch Werkzeugen für Bild, Ton und Video etc. auch neue Potenziale für kreative digitale Neuschöpfungen und beschleunigte Prozesse. Es entstehen auch neue Berufsbilder wie Prompt Engineers, KI-Grafikdesigner.

Es bleibt eine globale Herausforderung, dass alle Kreativen an den Prozessen wirtschaftlich beteiligt werden und Gewinne der großen Tech-Unternehmen, die auf Basis von Trainingsdaten der kreativen Leistung anderer, allein profitieren. Hier muss es verpflichtende Beteiligungen geben. Der EU Digital Service Act ist ein erster Anfang.

Wir sind der Auffassung, dass sich wirtschaftliches Handeln und der Einsatz von Fördergeldern sich nicht per se ausschließen. Wenn Drittmittel zum Einsatz kommen bzw. Sponsoring eingeworben wird, stellt das keine Einschränkung in den Wirtschaftsplänen oder dem unternehmerischen Tun dar. Wenn Projekte sich so entwickeln, dass sie keine Fördermittel mehr benötigen, ist dies grundsätzlich zu begrüßen, da es zeigt, dass eine gesunde Unternehmensentwicklung vorliegt. Bei kreativer und künstlerischer Arbeit besteht immer der Konflikt, dass sie sich nicht einer Marktlogik unterwerfen möchte, kann oder soll. Das ist Kunst und Kultur als Wesensmerkmal inhärent. Ob entsprechende Fördermittel dem marktüblichen Niveau entsprechen, können wir nur begrenzt bewerten und muss ggf. neu bewertet und überprüft werden.

Frage 6 Kultur ist Arbeit	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	0	0	0	+	+	0
BBK	-	+	-	+	0	+	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Selbstständigkeit

7. Künstlerische Arbeit in Selbstständigkeit ermöglichen und gleichstellen. Seit dem Herrenbergurteil und seinen Folgen ist die Existenz der Selbstständigkeit im Kulturbereich basal und konkret gefährdet. Sollte der Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene an den Realitäten vorbeigehen, bricht eine bereits prekär und grenzwertig funktionale Landschaft Kulturreller Bildung wie Kunstpräsentation weitestgehend zusammen. Welche Maßnahmen unternehmen Sie, den Prozess auf Bundesebene so zu begleiten, dass sein Ergebnis mit den Arbeitsrealitäten in Sachsen-Anhalt verbindbar und die Existenz der Freien Darstellenden Künste gewährleistet bleibt. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass Selbstständige und Angestellte gleichgestellt werden, auch in Momenten existentieller Gefahr durch unvorhersehbare Ereignisse.

Antwort der AfD

Prinzipiell streben wir danach, so viele Musikschullehrer wie möglich fest anzustellen. Das Honorarunwesen bringt für die Betroffenen erhebliche Nachteile und Unsicherheiten mit sich. Die Vergütung fest angestellter Musikschullehrer sollte allerdings leistungsabhängige Anteile enthalten, um Anreize zur Steigerung der Unterrichtsqualität zu schaffen.

Antwort des BSW

Freie und projektbezogene künstlerische Arbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt. Politische Rahmenbedingungen müssen diese Arbeitsrealitäten berücksichtigen und dürfen bestehende Strukturen kultureller Arbeit nicht gefährden.

Wir setzen uns generell für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden ein. Etwa durch eine Reform der Künstlersozialkasse, besseren Schutz vor Altersarmut und Verdienstaufschlägen sowie die Stärkung der Arbeitsbedingungen freier und projektbezogen arbeitender Akteure. Ziel sind verlässliche Rahmenbedingungen, die kulturelle Arbeit langfristig ermöglichen und Planungssicherheit schaffen. Unser Anspruch ist, freie künstlerische Arbeit strukturell zu stärken und auch in Krisenzeiten verlässlich abzusichern.

Antwort der CDU

Ziel der CDU Sachsen-Anhalt ist eine bessere Verzahnung von Bundes- und Landesförderung, damit Programme in der Praxis wirken und Strukturen im Land stabil bleiben. Verlässliche Förderung, Stärkung der Infrastruktur und eine verbesserte Kofinanzierung zwischen Bund, Land und Kommunen können der freien Szene helfen. Auch hier greift das Subsidiaritätsprinzip: Die Verantwortung liegt vor Ort, Land und Bund unterstützen.

Antwort der FDP

Die Freien Demokraten setzen sich entschieden für den Erhalt und die Stärkung selbstständiger Erwerbsformen ein und das gerade im Kulturbereich, wo projektbezogene Arbeit und unternehmerische Freiheit die Grundlage künstlerischer Tätigkeit sind. Das Herrenberg-Urteil hat deutlich gemacht, dass die bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht praxistauglich sind und zu erheblicher Rechtsunsicherheit führen.

Wir treten daher auf Bundesebene für eine klare und verlässliche Abgrenzung von Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung ein. Entscheidend ist, dass Selbstständigkeit nicht durch pauschale Kriterien infrage gestellt wird. Künstlerische Tätigkeit ist ihrem Wesen nach frei, eigenverantwortlich und häufig nicht in klassische Arbeitsverhältnisse einzuordnen. Diese Realität muss sich im Sozial- und Arbeitsrecht widerspiegeln.

Für uns ist klar, Selbstständigkeit ist kein Problem, sondern Teil der Lösung. Deshalb lehnen wir Bestrebungen ab, Selbstständige faktisch in die Festanstellung zu drängen. Vielmehr brauchen wir rechtssichere Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, weiterhin flexibel und eigenverantwortlich zu arbeiten. Die Künstlersozialversicherung ist ein bewährtes Instrument, das wir erhalten und bürokratiearm weiterentwickeln wollen. Gleichzeitig setzen wir uns für mehr Wahlfreiheit und passgenaue Lösungen in der sozialen Absicherung ein, statt starrer Einheitsmodelle.

In Krisensituationen müssen staatliche Hilfen schnell, unbürokratisch und zielgenau bei den Betroffenen ankommen auch bei Selbstständigen. Dabei setzen wir auf temporäre Unterstützung, nicht auf dauerhafte Ausweitung staatlicher Strukturen.

Unser Ansatz ist klar, wir stärken die Freiheit der Selbstständigen, schaffen Rechtssicherheit und sorgen für faire, schlanke Rahmenbedingungen damit die Freien Darstellenden Künste auch in Zukunft bestehen können.

Antwort von Die Grünen

Wir stehen in einem kontinuierlichen und konstruktiven Austausch mit unserer grünen Bundestagsfraktion, die intensiv an Lösungen arbeitet. Im Sommer dieses Jahres soll ein Gesetzentwurf zu diesem Thema in den Bundestag eingebracht werden. Dabei ist innerhalb der grünen Bundestagsfraktion ein klares Bewusstsein dafür vorhanden, dass sich das Thema im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen bewegt.

Die grüne Bundestagsfraktion wird darauf hinwirken, klare Kriterien für Selbstständigkeit zu schaffen und für mehr Transparenz zu sorgen. Ein zentrales Anliegen ist dabei eine eindeutige Abgrenzung zwischen selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung, um die Statusfeststellung in einer modernen Arbeitswelt zu erleichtern und zugleich Scheinselbstständigkeit zu verhindern.

Dafür braucht es eine einheitliche und gerechte Definition von Selbstständigkeit im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht. Nur so lassen sich Doppel- und Mehrfachprüfungen vermeiden. Unabhängig vom gesetzlichen Umgang mit dem Herrenberg-Urteil ist eine zentrale Voraussetzung für den Schutz von Selbstständigen im Kulturbereich die Bereitstellung ausreichender Mittel in der staatlichen Kulturförderung – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Nur so können Mindesthonorare zuverlässig ermöglicht werden.

Antwort von Die Linke

Wir setzen uns sowohl auf Landesebene und über den Bundesrat aktiv dafür ein, dass der Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene eng an den tatsächlichen Arbeitsrealitäten orientiert wird. Dazu gehört insbesondere, die Perspektiven von Verbänden, freien Trägern und Solo-Selbstständigen systematisch einzubeziehen. Es darf keine Regelungen geben, die faktisch zu einem „Zwang in die Scheinselbstständigkeit oder Nicht-Beschäftigung“ führen und damit gewachsene Strukturen der kulturellen Bildung und Produktion zerstören.

Zentral ist für uns die Forderung nach klaren, rechtssicheren und zugleich praxisnahen Kriterien, die selbstständige künstlerische Tätigkeit anerkennen und schützen. Kulturelle Bildungsarbeit, projektbezogene Engagements und hybride Erwerbsformen müssen weiterhin möglich sein, ohne dass Auftraggeber aus Angst vor Nachzahlungen oder rechtlichen Risiken auf Zusammenarbeit verzichten.

Gleichzeitig treten wir für eine echte soziale Gleichstellung von Selbstständigen und Angestellten ein – insbesondere in Krisensituationen. Die Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie haben gezeigt, wie unzureichend die bestehenden Sicherungssysteme für viele Kreative sind. Deshalb fordern wir unter anderem:

- den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme für Solo-Selbstständige, etwa durch einen erleichterten Zugang zur Arbeitslosenversicherung,
- krisenfeste Absicherungsinstrumente wie einen bundesweiten Sicherungsfonds für Kulturschaffende,
- eine Weiterentwicklung der Künstlersozialkasse zu einer echten Erwerbstätigenversicherung für Kreative.

Auf Landesebene wollen wir ergänzend eigene Schutzmechanismen stärken, etwa durch Notfallfonds, flexible Förderinstrumente und die Absicherung laufender Projekte auch in Krisenzeiten.

Unser Ziel ist es, die Vielfalt der Erwerbsformen im Kulturbereich zu erhalten, statt sie durch unpassende Regulierung einzuschränken. Selbstständigkeit darf kein Risiko sein, das zur Existenzbedrohung wird – sie muss eine tragfähige und abgesicherte Arbeitsform bleiben.

Antwort der SPD

Im Grund begrüßen wir das sogenannte Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts, das eine freiberufliche Lehrtätigkeiten und/oder künstlerische Dienstleistungen als scheinselbstständig einstuft, wenn sie beim immer gleichen Arbeitgeber erfolgt. In Folge dessen wurden beispielsweise freiberuflich tätige Musikerinnen oder Musiker, die an einer Musikschule regelmäßig unterrichten oder Honorarkräfte an Volkshochschulen, fest angestellt und damit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Weitere darüberhinausgehende Honorartätigkeiten oder eine echte (künstlerische) Selbstständigkeit sind damit aber nicht ausgeschlossen und können ggf. fort- und weitergeführt werden. Eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schafft soziale Absicherung, u.a. Renten- und Krankenversicherung und verhindert prekäre Beschäftigung und langfristig auch Altersarmut.

Wir begrüßen zudem die Entscheidung der Bundesregierung zu einer Übergangsregelung zur Umsetzung des Herrenberg-Urteils bis Ende 2027. In Sachsen-Anhalt wurden bereits alle auf Honorarbasis tätigen Musiklehrkräfte an den Musikschulen fest sozialversicherungspflichtig angestellt. Befürchtungen, dass es zu einer Reduzierung der Angebote in der musischen oder kulturellen Bildung im Land kommt, konnten wir bisher nicht feststellen.

Für Künstlerinnen oder Künstler stellt sich immer die Frage, ob eine Selbstständigkeit und damit die Freiheit und Flexibilität für den künstlerischen Schaffensprozess oder eine Festanstellung vorzuziehen ist. Das ist aber eine individuelle persönliche Entscheidung.

Frage 7 Selbstständigkeit	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	+	0	0	0	+	0
BBK	-	0	-	+	+	+	-
KWSA	0	+	0	+	+	+	0

Thema Kulturförderung

8. Kultur als Pflichtaufgabe absichern. Die Kulturförderung von einer „freiwilligen Aufgabe“ zu einer „Pflichtaufgabe“ zu machen, würde die Sicherung künstlerischer Entfaltungsmöglichkeiten und den Erhalt kultureller Einrichtungen, Leistungen und Angebote bedeuten. Setzen Sie sich dafür ein, die kulturelle Grundversorgung zu einer Pflichtaufgabe zu machen?

Antwort der AfD

Was ist damit gewonnen, wenn die Kulturförderung auf dem Papier zu einer Pflichtaufgabe wird, aber nach wie vor das Geld fehlt? Anstatt Gesetze zu ändern, sollten die tatsächlichen Verhältnisse verbessert werden. Wir treten deshalb für eine Reform der Kommunalfinanzierung ein, die den Kommunen auch die Freiheit lässt, sich freiwilligen Aufgaben zu widmen.

Antwort des BSW

Kultur ist für uns kein nachrangiges Angebot, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine wesentliche Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Teilhabe und Lebensqualität. Deshalb setzen wir uns dafür ein, kulturelle Infrastruktur dauerhaft abzusichern und verlässliche Rahmenbedingungen für kulturelle Einrichtungen und Angebote in allen Regionen Sachsen-Anhalts zu schaffen.

Dazu gehören eine langfristige und strukturelle Förderung von Theatern, Museen, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen, soziokulturellen Zentren sowie der freien Kulturszene – insbesondere auch im ländlichen Raum. Kultur darf nicht von kurzfristigen Haushaltslagen abhängig sein.

Unser Ziel ist eine flächendeckend gesicherte kulturelle Grundversorgung, die allen Menschen Zugang zu kultureller Teilhabe ermöglicht.

Antwort der CDU

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für eine verlässliche und auskömmliche Kulturförderung ein, für die Förderung von Strukturen und bekennt sich zu einer klaren, auch finanziellen Mitverantwortung des Landes für die kulturelle Daseinsvorsorge.

Antwort der FDP

Wir als FDP Sachsen-Anhalt erkennen die zentrale Bedeutung von Kunst und Kultur für eine offene, vielfältige Gesellschaft ausdrücklich an. Kultur schafft Räume für Freiheit, Kreativität und gesellschaftlichen Dialog.

Eine pauschale Umwandlung der Kulturförderung von einer freiwilligen in eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen lehnen wir jedoch ab. Eine solche Verpflichtung würde die kommunale Selbstverwaltung einschränken und den finanziellen Handlungsspielraum vor Ort unnötig verengen.

Stattdessen setzen wir uns für verlässliche, auskömmliche und zielgerichtete Förderstrukturen ein, die kulturelle Einrichtungen stärken und künstlerische Entfaltung ermöglichen und das ohne starre gesetzliche Vorgaben. Hierzu sollten die bestehenden Möglichkeiten entsprechend angepasst werden. Wir wollen Kommunen befähigen, eigenverantwortlich über ihre kulturellen Schwerpunkte zu entscheiden, und sie dabei durch das Land sinnvoll unterstützen.

Unser Ziel ist eine lebendige Kulturlandschaft, die durch Vielfalt, Innovation und bürgerschaftliches Engagement getragen wird und nicht durch zusätzliche Bürokratie.

Antwort von Die Grünen

Ja, wir wollen, dass Kultur zur Pflichtaufgabe der Kommunen wird. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass mindestens 1,5 Prozent des Landeshaushalts für Kultur ausgegeben werden.

Antwort von Die Linke

Die Linke Sachsen-Anhalt setzt sich grundsätzlich für eine umfassende öffentliche Kulturförderung und eine kulturelle Grundversorgung ein. Ziel ist, Kultur für alle zugänglich zu machen, unabhängig von Einkommen oder Wohnort.

Antwort der SPD

Die Forderung nach einer Pflichtaufgabe „Kultur“ wird in der Kulturpolitik seit vielen Jahren (u.a. Enquete-Kommission Deutscher Bundestag „Kultur in Deutschland“) immer wieder intensiv diskutiert und berührt die Frage, ob Kultur eine freiwillige Leistung oder eine Pflichtaufgabe des Staates ist. Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten, da sie das grundlegende Verhältnis von Staat, Markt, Gesellschaft sowie Kommunen und Verwaltung berührt. Es gibt Teilbereiche der Kultur, die quasi bereits jetzt schon Pflichtaufgabe sind, da sie durch Spartengesetze wie beispielsweise das Bibliotheksgesetz oder das Musikschulgesetz oder durch langfristige Förderverträge finanziell abgesichert sind, wie die Theater- und Orchesterverträge. Auf der anderen Seite gibt es Kulturbereiche, wo dies nicht zutrifft und zeitlich befristete Projektförderungen vorherrschen.

Nach unserer Auffassung bietet die Verankerung von Kunst und Kultur in unserer Landesverfassung Artikel 36, insbesondere Artikel 1 „Kunst, Kultur und Sport sind durch das Land und die Kommunen zu schützen und zu fördern“ eine ausreichende rechtliche Verankerung. Dies begründet zwar keine landesverfassungsrechtliche Pflicht zur Förderung von Kunst und Kultur und einen unmittelbar durchsetzbaren Rechtsanspruch gegen den Staat, bindet aber den Staat als Staatsziel Kunst und Kultur nach allen Kräften zu schützen und zu fördern. Dieses Ziel ist mit Kulturfördergesetz des Landes noch einmal deutlicher geworden. Nichtsdestotrotz müssen mögliche Ungleichgewichte in der Kulturförderung zwischen den einzelnen Sparten bzw. zwischen freier und institutioneller Kultur ausgeglichen werden.

Frage 8 Pflichtaufgabe	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	+	0	-	+	0	+
BBK	-	-	-	-	+	-	-
KWSA	0	+	0	-	+	+	0

Thema Kulturförderungsgesetz

9. Kulturförderungsgesetz spezifizieren. Der aktuell laufende Gesetzgebungsprozess zum Kulturförderungsgesetz schließt eine lange unbeantwortete Gesetzeslücke im Verfassungsauftrag. In seiner aktuellen Form beschreibt es den Status Quo unserer Kulturszene, lässt jedoch gezielte Strategien bzw. deren Entwicklung außen vor. Eine Option wäre, das aktuelle Mantelgesetz mit ergänzenden spartenbezogenen Förderungsgesetzen zu verzahnen. Beabsichtigen Sie die Debatte von Spartengesetzen, die u.a. die Rahmenbedingungen der Bildenden Kunst sowie der Darstellenden Künste in den Blick nimmt? Welche anderen Instrumente möchten Sie entwickeln, um eine Vision für die Kulturförderung in Sachsen-Anhalt – inklusive einer professionellen Evaluierung – auf den Weg zu bringen? Werden zivilgesellschaftliche Akteure und Repräsentant*innen in den Prozess von ergänzenden Spartengesetzen von Anfang an einbezogen? Welche Lösungen finden Sie, um strukturelle Unterschiede zwischen Freien und institutionellen Kulturakteur*innen auszugleichen?

Antwort der AfD

Wir werden das Kulturförderungsgesetz nach Maßgabe unserer #deutschdenken-Kampagne einer gründlichen Novellierung unterziehen.

Antwort des BSW

Wir unterstützen die Verabschiedung des Kulturförderungsgesetzes als wichtigen Schritt, um Kultur in Sachsen-Anhalt dauerhaft abzusichern. Entscheidend ist für uns jedoch, dass das Gesetz nicht beim Status quo stehen bleibt, sondern kontinuierlich auf seine Wirksamkeit überprüft und weiterentwickelt wird.

Dafür setzen wir auf eine professionelle Evaluation der Förderinstrumente, mehr Transparenz in Förderverfahren und den Abbau bürokratischer Hürden. Ziel ist eine Kulturförderung, die verlässlich, langfristig planbar und an den realen Bedarfen unterschiedlicher Kulturakteure ausgerichtet ist.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die strukturelle Stärkung der freien Szene durch verstetigte Förderung, mehr Planungssicherheit und bessere soziale Absicherung freier und projektbezogen arbeitender Akteure. Gleichzeitig wollen wir kleine und mittlere Einrichtungen, insbesondere im ländlichen Raum, institutionell stärker absichern.

Zivilgesellschaftliche Akteure, Kulturinitiativen und Kulturschaffende müssen in die Weiterentwicklung kulturpolitischer Rahmenbedingungen frühzeitig einbezogen werden, damit Förderpolitik praxisnah, vielfältig und gerecht ausgestaltet werden kann.

Antwort der CDU

Das Kulturfördergesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist ein Rahmengesetz, dass die Förderung nach Grundsätzen, aber nicht nach einzelnen Kunstsparten vorsieht. Zu dieser gesamtstrategischen Steuerung unserer Kulturpolitik, unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure, bekennen wir uns als CDU Sachsen-Anhalt.

Antwort der FDP

Die FDP begrüßt ausdrücklich, dass mit dem Kulturfördergesetz erstmals ein klarer gesetzlicher Rahmen für die Kulturförderung in Sachsen-Anhalt geschaffen wird. Damit wird der verfassungsrechtliche Auftrag konkretisiert und zugleich eine verlässliche Grundlage für Transparenz und Planungssicherheit geschaffen. In seiner jetzigen Form erfüllt das Gesetz vor allem die wichtige Funktion, bestehende Strukturen abzusichern und nachvollziehbar zu machen. Eine weitergehende Ausdifferenzierung in zahlreiche spartenbezogene Einzelgesetze wird jedoch eher kritisch gesehen. Stattdessen setzt ein liberaler Ansatz auf flexible Förderinstrumente und klare, transparente Förderrichtlinien, die sich an den tatsächlichen Bedarfen der jeweiligen Sparten orientieren und zugleich offen für neue Entwicklungen bleiben.

Die Weiterentwicklung der Kulturförderung sollte aus Sicht der FDP nicht primär durch zusätzliche gesetzliche Steuerung erfolgen, sondern durch dynamische und überprüfbare Instrumente. Dazu gehört insbesondere eine regelmäßige Evaluation der bestehenden Förderpraxis anhand nachvollziehbarer Kriterien wie Wirksamkeit, Reichweite und Innovationskraft. Ebenso wichtig ist eine stärkere Datenbasierung und Transparenz bei Förderentscheidungen. Eine langfristige Vision für die Kulturpolitik kann im Dialog mit der Kulturszene entwickelt werden, sollte jedoch nicht in Form starrer staatlicher Vorgaben festgeschrieben werden. Im Mittelpunkt steht dabei das Prinzip der Ermöglichung statt der Steuerung.

Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure ist für die FDP ein selbstverständlicher Bestandteil guter Kulturpolitik. Diese Beteiligung sollte frühzeitig, kontinuierlich und praxisnah erfolgen, etwa durch offene Dialogformate und Anhörungen. Gleichzeitig wird darauf geachtet, dass keine zusätzlichen, schwerfälligen Gremienstrukturen entstehen, die Entscheidungsprozesse verlangsamen könnten. Ziel ist eine effiziente und zugleich inklusive Beteiligung, die unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt, ohne die Handlungsfähigkeit der Politik einzuschränken.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Bedingungen von freien und institutionellen Kulturakteurinnen und -akteuren erkennt die FDP die bestehenden Unterschiede an, strebt jedoch keine Umverteilung nach starren Quoten an. Im Vordergrund steht vielmehr die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen. Dazu gehören ein vereinfachter Zugang zu Fördermitteln, insbesondere für die freie Szene, sowie ein konsequenter Abbau bürokratischer Hürden bei Antragstellung und Abrechnung. Innovation, Projektarbeit und Kooperationen zwischen freien Akteurinnen und Akteuren sowie etablierten Institutionen sollen gezielt gefördert werden. Anstelle von Sonderstrukturen setzt die FDP auf Chancengleichheit und Offenheit. Darüber hinaus versteht die FDP Kulturpolitik auch als Bestandteil moderner Standortpolitik. Deshalb wird angestrebt, öffentliche und private Förderung stärker miteinander zu verzahnen, neue Finanzierungsmodelle zu ermöglichen und die Digitalisierung im Kulturbereich gezielt voranzubringen. Auch die Stärkung kultureller Angebote im ländlichen Raum spielt dabei eine wichtige Rolle. Insgesamt verfolgt die FDP das Leitbild einer Kulturpolitik, die Freiräume schafft, Eigenverantwortung stärkt und Vielfalt ermöglicht, ohne durch übermäßige Regulierung die Entwicklungspotenziale der Kulturszene einzuschränken.

Antwort von Die Grünen

Auch wenn wir Grüne dem Kulturfördergesetz grundsätzlich zustimmen und es begrüßen, dass es endlich eine gesetzliche Grundlage für die Kulturförderung in Sachsen-Anhalt gibt, kritisieren wir, dass im aktuellen Gesetzentwurf im Wesentlichen nur der Status quo festgeschrieben wird. Damit ist es nicht ausreichend auf die Zukunft ausgerichtet. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Kulturfördergesetz als Grundlage zu nutzen und in der nächsten Legislaturperiode weiterzuentwickeln, damit es der sich stetig wandelnden kulturellen Vielfalt Sachsens-Anhalts gerecht werden kann.

Antwort von Die Linke

Wir wollen eine umfassende Kulturstrategie als Landesprogramm aufbauen, die mit klaren Zielen, messbaren Indikatoren und regelmäßiger Evaluation durch unabhängige Expert:innen eine Vision für die Kulturförderung in Sachsen-Anhalt entwickelt. Eine Verzahnung und Erweiterung der Spartengesetze mit dem Kulturfördergesetz halten wir für richtig und notwendig, um den spezifischen Bedingungen der Kultursparten gerecht zu werden.

Um einen Ausgleich struktureller Unterschiede zwischen Freien und institutionellen Kulturrakteurinnen und -akteuren herzustellen, stellen wir uns verschiedene Maßnahmen vor. Neben gleichen Zugangs- und Unterstützungswegen zu Fördermitteln, flexibleren Förderprogrammen, Förderung von Kooperationsformen zwischen Freier Szene und Institutionen, wollen wir auch den Aufbau einer transparenten Evaluierung, die Ungleichgewichte sichtbar macht und Anpassungen ermöglicht.

Antwort der SPD

Wenn man die Idee verfolgt für einzelne Kultursparten eigene Fördergesetze auf den Weg zu bringen, sollte mit den Interessenvertretern und jenen, die ein solches Gesetz unmittelbar betrifft, vor Erarbeitung besprochen werden. Es sollte sich über Ziele und Ausgestaltung, über Wirksamkeit und Anwendbarkeit eines solchen Gesetzes ausgetauscht werden. Das würde unserem Verständnis von Beteiligung und Miteinander der verschiedenen Ebenen entsprechen.

Im Rahmen der Beratungen zum Kulturfördergesetz hat sich die SPD-Fraktion für einige wichtige Änderungen am vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung eingesetzt. So konnten wir erreichen, dass § 40 Evaluation neu aufgenommen wurde. Es heißt jetzt: „Das Land überprüft regelmäßig, mindestens einmal in der Legislatur, die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit seiner Fördermaßnahmen im Kulturbereich. Es kann Fördernehmer im Rahmen der Förderung verpflichten, an Evaluationsmaßnahmen nach Satz 1 in einer der jeweiligen Förderung angemessenen Art und Weise mitzuwirken.“ Diese Verpflichtung zur Evaluation ist wichtig, um frühzeitig Änderungsbedarfe an Förderkriterien, Fördermaßnahmen, Richtlinien etc. zu erkennen, zu kommunizieren und dann auch vorzunehmen.

Eine weitere von uns eingebrachte Änderung ist der neu aufgenommene § 41 Transparenz und Landeskulturbericht. Es heißt: „(1) Einmal in jeder Legislaturperiode legt das für Kultur zuständige Ministerium einen Landeskulturbericht vor, der zu kulturpolitischen Zielen und Lage der Kultur und Kulturschaffenden in Sachsen-Anhalt berichtet und Stellung nimmt.“

Der Bericht soll mögliche Schlussfolgerungen für künftige kulturpolitische Förderung darstellen. Das für Kultur zuständige Ministerium kann zur Vorbereitung Sachverständigengutachten in Auftrag geben und Forschungsaufträge erteilen. Und in (2) Das für Kultur zuständige Ministerium leitet den Landeskulturbericht dem Landtag zu.“

Wir sind froh, dass die Änderungen von den Koalitionspartnern mitgetragen wurden. Diese beiden Änderungen stellen aus unserer Sicht sehr wichtige Ergänzungen in Sachen Transparenz und Evaluation der Kulturförderung dar.

Frage 9 Kultur-Fördergesetz	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	0	-	-	0	+	+
BBK	-	0	-	-	+	+	+
KWSA	-	+	0	+	+	+	+

Thema Entbürokratisierung

10. Zur Entbürokratisierung beitragen. Die Verwaltungsvorschriften auf Landes- wie auf Bundesebene sollen die adäquate Verwendung von Steuergeldern absichern – in ihrer Detailtiefe jedoch erhöhen die Landeshaushaltsordnung, Verwaltungsvorschriften und der Zuwendungsrechtsergänzungserlass den Aufwand unverhältnismäßig, stellen rigide Grenzen für die Umsetzung (z.B. ehrenamtliche Eigenarbeitsleistungen, verpflichtende Eigenmittel) und sorgen mitunter für Notwendigkeit juristischen Beistands. Damit erschweren sie freiheitliche wie eigenverantwortliche Arbeit in Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft. In der Anwendung der Verwaltungsvorschriften scheinen außerdem die Interessen des Förderers nicht auf Augenhöhe mit denen der Geförderten zu stehen. Setzen Sie sich dafür ein, die Grundsätze der Förderung auf den Prüfstand zu stellen und einen besseren Ausgleich zwischen den Anforderungen der Förderinstitution und den Notwendigkeiten der Freien Kunst und Kultur herzustellen? Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie zur fortschreitenden Entbürokratisierung der Förderverfahren? Einige der durch Landespolitik initiierten Verbesserungen in den Verfahren der Kulturförderung finden bis heute keine Anwendung (z.B. die bevorzugte Ausgabe von Festbetragsförderung gegenüber Anteils- oder Fehlbedarfsförderung) – welche Verbesserungen hinsichtlich Kontroll- und Steuerungsmechanismen planen Sie für die folgende Legislatur, ohne weitere Verwaltungsapparate aufzubauen?

Antwort der AfD

Wir planen, die Kulturförderung so weit wie möglich zu entbürokratisieren und zu vereinfachen.

Antwort des BSW

Förderstrukturen müssen so ausgestaltet sein, dass sie kulturelle Arbeit ermöglichen und nicht durch übermäßige Bürokratie behindern. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Förderprogramme transparenter und praxisnäher auszugestalten sowie bürokratische Hürden konsequent abzubauen.

Dazu gehören für uns vereinfachte Antrags- und Nachweisverfahren, mehr Planungssicherheit, bessere Vorfinanzierungsmöglichkeiten und Förderbedingungen, die sich stärker an den tatsächlichen Arbeitsrealitäten freier und projektbezogen arbeitender Akteure orientieren. Gerade kleine Initiativen und ehrenamtlich getragene Strukturen dürfen nicht durch unverhältnismäßige Verwaltungsanforderungen benachteiligt werden.

Zugleich braucht es eine regelmäßige Überprüfung der Förderpraxis auf Wirksamkeit und Praxistauglichkeit. Ziel ist eine Kulturförderung, die öffentliche Mittel verantwortungsvoll einsetzt, aber den Kulturschaffenden auf Augenhöhe begegnet und kreative Arbeit nicht durch unnötige Hürden ausbremst.

Antwort der CDU

Aus Sicht der CDU Sachsen-Anhalt sind Förderverfahren immer und regelmäßig aus ihre Praxistauglichkeit zu überprüfen. Dies gilt auch im kulturellen Bereich. Das neue Kulturfördergesetz enthält daher die Verpflichtung zur regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung der Kulturförderung. Die CDU Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, dass diese gesetzlich verankerte Verpflichtung konsequent umgesetzt wird.

Antwort der FDP

Die bestehenden haushalts- und zuwendungsrechtlichen Regelungen gehen in ihrer aktuellen Ausprägung in Teilen über das notwendige Maß hinaus und erschweren die Arbeit von Kunst- und Kulturschaffenden erheblich. Was der Sicherung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern dient, führt in der Praxis häufig zu einem hohen administrativen Aufwand, der insbesondere kleinere Träger und die freie Szene überproportional belastet. Wenn für die Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln ein unverhältnismäßig hoher bürokratischer Aufwand entsteht, wird die eigentliche kulturelle Arbeit erschwert. Wir setzen uns daher dafür ein, die Fördergrundsätze zu überprüfen und stärker an den realen Bedingungen der Kulturpraxis auszurichten. Ziel ist ein besseres Gleichgewicht zwischen den berechtigten Kontrollinteressen der öffentlichen Hand und den notwendigen Handlungsspielräumen der Geförderten. Der Staat sollte klare Rahmenbedingungen und Ziele definieren, dabei jedoch auf unnötige Detailsteuerung verzichten und den Akteurinnen und Akteuren vor Ort mehr Eigenverantwortung ermöglichen.

Ein zentraler Ansatz ist die konsequente Vereinfachung der Förderinstrumente. Die Festbetragsförderung sollte deutlich häufiger zur Anwendung kommen, da sie Planungssicherheit schafft und den Verwaltungsaufwand reduziert. Komplexe Finanzierungsmodelle sollten auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und, wo möglich, vereinfacht werden. Auch bestehende Regelungen zu Eigenmitteln und Eigenleistungen sollten flexibler ausgestaltet werden, um Projekte nicht unnötig zu erschweren, ohne dabei die Eigenverantwortung der Träger grundsätzlich infrage zu stellen.

Darüber hinaus ist eine spürbare Entlastung bei Nachweis- und Dokumentationspflichten erforderlich. Verwendungsnachweise sollten stärker standardisiert und auf das Wesentliche konzentriert werden. Gleichzeitig können risikoorientierte Prüfverfahren und stichprobenartige Kontrollen dazu beitragen, den Mitteleinsatz weiterhin angemessen zu überprüfen, ohne alle Projekte gleichermaßen mit hohem Aufwand zu belasten.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Digitalisierung der Förderverfahren. Einheitliche, benutzerfreundliche und vollständig digitale Antrags- und Abrechnungssysteme können Prozesse deutlich vereinfachen und beschleunigen. Dabei ist entscheidend, dass Digitalisierung tatsächlich zu einer Reduktion von Komplexität führt und nicht lediglich bestehende bürokratische Verfahren digital abbildet. Zugleich gilt es, bereits beschlossene Vereinfachungen konsequenter umzusetzen. Instrumente wie die Festbetragsförderung sollten nicht nur politisch gewollt, sondern auch in der Praxis systematisch angewendet werden. Hier kommt es weniger auf zusätzliche Verwaltungsstrukturen an als auf klare Leitlinien, Schulungen und eine entsprechende Anwendungspraxis innerhalb der bestehenden Verwaltung.

Insgesamt verfolgen wir das Ziel einer Kulturförderung, die auf Vertrauen, Verhältnismäßigkeit und Praktikabilität basiert. Eine moderne Förderpraxis muss die notwendige Kontrolle gewährleisten, ohne die Handlungsspielräume der Kulturszene unnötig einzuschränken. Der Staat sollte verlässliche Rahmen setzen und gleichzeitig die Freiheit und Eigenverantwortung der kulturellen Akteurinnen und Akteure stärken.

Antwort von Die Grünen

Grundsätzlich setzen wir Grüne uns für Entbürokratisierung ein. Für Engagierte und Kulturschaffende vor Ort sind eine verlässliche Förderung sowie passgenaue Information und Beratung bei Förderanträgen entscheidend. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Antragstellung zu vereinfachen, indem bürokratische Hürden abgebaut und Verfahren zugänglicher gestaltet werden. Dazu sollen bestehende Förderprogramme überprüft und weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Kulturschaffende an der Entwicklung von Förderprogrammen und -richtlinien beteiligt werden, damit diese den Anforderungen der Praxis gerecht werden. Dies wollen wir gesetzlich im Kulturfördergesetz verankern. Einen entsprechenden Änderungsantrag haben wir in die aktuellen Beratungen zum Gesetzentwurf eingebracht.

Antwort von Die Linke

Ziel linker Kulturpolitik ist die Entbürokratisierung der Verwaltungsprozesse. Um diese zu erreichen werden wir die Anwendung von Festbetragsfinanzierungen bei der Vergabe von Kulturfördermitteln verbindlich gestalten, den Einsatz von unabhängigen Fachjürs vorantreiben, verbindliche Verfahren und Standards bei der Einbindung der Fachverbandsstrukturen bezüglich Beratung von Antragsstellern und Vergabe von Fördermitteln festlegen sowie überjährige Förderungen, weniger Projektorientierung und eine Ausdifferenzierung der Förderinstrumente in den verschiedenen Kultursparten festschreiben. Mit diesen Instrumenten werden wir eine deutliche Verkürzung der Antragszeiträume erreichen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob die zweimalige Antragsstellung im Haushaltsjahr umsetzbar ist.

Antwort der SPD

Dies Problematik wurde in den letzten Jahren immer wieder an uns herangetragen und als SPD- Fraktion haben wir im Kulturausschuss zu Beginn der 8. Legislatur den Selbstbefassungsantrag: Förderpraxis und Kommunikation in der Kulturverwaltung gestellt. Dazu gab es eine Anhörung mit Vertretern der Landesverwaltung. Wir plädieren seit vielen Jahren dafür, dass die Antragstellung, die Abrechnung und die Kommunikationsprozesse in der Kulturförderung vereinfacht werden. Unsere Ideen wären: mehr Festbetragsfinanzierung, pauschale Abrechnungen und mehr-jährige Förderungen für langjährig geförderte Vereine und Verbände, Einrichtungen sowie vereinfachte und digitalisierte Anträge. Dies würde beide Seiten – Verwaltung und Fördermittelempfänger entlasten, ohne zu überfordern. Es ist notwendig, da wo öffentliche Mittel zum Einsatz kommen, dass ihre Verwendung auch geprüft wird. Dies kann aber auch vereinfacht erfolgen. Der Prozess der Fördermittelbeantragung und -vergabe sollte von einem vertrauensvollen Klima, Kommunikation und des Miteinanders geprägt sein. Wir werden diese Ansätze weiterverfolgen, brauchen aber auch das Miteinander der Verwaltung dazu.

Frage 10 Entbürokratisierung	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	-	0	0	0	0
BBK	+	+	-	+	+	+	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Strukturschwache Räume

11. Kulturarbeit in strukturschwachen Räumen. Sachsen-Anhalt ist ein Land der Regionen, dessen öffentliche Angebotsstruktur nicht gleichwertig aufgestellt ist. Die benötigten Ressourcen für professionelle, wirksame und nachhaltige Kulturarbeit und Kulturelle Bildung sind daher in strukturschwachen Räumen unlängst größer – zugleich ist die Dringlichkeit für langfristige, partizipative Projekte höher. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass eine gerechtere Ressourcenverteilung stattfindet? Sind Sie bereit, im Rahmen grundsätzlicher Strukturdebatten langfristige Mehrkosten in Kauf zu nehmen, da die Verteilung von kurzfristigen Mikro- und Projektförderungen in genannten Räumen keine ausreichenden Effekten nach sich ziehen können?

Antwort der AfD

Die Probleme strukturschwacher Räume löst man, indem man die Strukturen stärkt. Dies gelingt nur mit einer neuen Wirtschafts- und Energiepolitik, die Wachstum und Wohlstand erzeugt.

Antwort des BSW

Sachsen-Anhalt ist geprägt durch starke regionale Unterschiede, weshalb Kulturpolitik gezielt die strukturschwächeren Räume stärker in den Blick nehmen muss. Eine gleichwertige kulturelle Teilhabe in Stadt und Land erfordert eine bedarfsgerechte und langfristig angelegte Ressourcenverteilung.

Wir setzen uns daher dafür ein, insbesondere ländliche Regionen und strukturschwache Räume durch eine verstetigte institutionelle Förderung sowie durch den Ausbau kultureller Infrastruktur zu stärken. Kurzfristige Projektförderungen allein reichen dort oft nicht aus, um nachhaltige Strukturen für kulturelle Arbeit und kulturelle Bildung aufzubauen.

Zugleich wollen wir kulturelle Angebote besser verzahnen, Mobilität fördern und lokale Kulturorte wie soziokulturelle Zentren, Bibliotheken, Museen und Bildungseinrichtungen gezielt absichern. Entscheidend ist für uns, dass Förderpolitik nicht nur kurzfristige Projekte ermöglicht, sondern langfristige Entwicklungsprozesse unterstützt.

Dabei ist klar: Eine gerechtere Verteilung von Ressourcen kann auch höhere langfristige Aufwendungen bedeuten. Diese sind jedoch notwendig, um gleichwertige Lebens- und Teilhabechancen in allen Regionen des Landes zu gewährleisten und kulturelle Infrastruktur dauerhaft zu sichern.

Antwort der CDU

Institutionelle Förderung, Förderung der Infrastruktur und langfristige Planungssicherheit stehen für die CDU Sachsen-Anhalt für eine gerechte Ressourcenverteilung. Wir setzen auf dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen. „Zuverlässige Strukturen und finanzielle Grundlagen“ sind daher auch das Ziel des Kulturfördergesetzes. Punktuelle Mikroförderungen allein können keine nachhaltigen Effekte erzielen.

Antwort der FDP

Kulturschaffende in strukturschwachen Räumen leisten einen enorm wichtigen Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Lebensqualität. Als FDP wollen wir Ihre Arbeit nicht durch immer neue Förderprogramme verkomplizieren, sondern die Rahmenbedingungen so verbessern, dass Sie freier und nachhaltiger arbeiten können.

Unser Ansatz ist, weniger Bürokratie, mehr Vertrauen in Ihre Arbeit. Fördermittel müssen einfacher zugänglich sein, Verfahren schneller werden und stärker auf die Realität vor Ort eingehen. Gerade in ländlichen Regionen braucht es mehr Flexibilität statt starrer Programme.

Wir sehen auch, dass kurzfristige Projektförderungen oft nicht ausreichen. Deshalb setzen wir uns dort, wo es sinnvoll ist, für mehrjährige und verlässliche Förderperspektiven ein; allerdings gekoppelt an klare Ziele und Wirkung, nicht als pauschale Dauerfinanzierung.

Eine gerechtere Ressourcenverteilung erreichen wir aus unserer Sicht vor allem durch:

- stärkere Entscheidungsfreiheit vor Ort, statt zentraler Verteilung
- bessere Förderung von Kooperationen, Netzwerken und privaten Initiativen
- neue Finanzierungswege, z. B. durch Stiftungen, Sponsoring oder digitale Formate

Wir sind bereit, Mittel gezielter einzusetzen, wenn sie nachweislich nachhaltige Strukturen schaffen. Entscheidend ist für uns ihre Wirkung.

Unser Ziel ist, dass Sie vor Ort die Freiheit und die Möglichkeiten haben, Kultur langfristig zu gestalten also nicht abhängig von kurzfristigen Fördertöpfen, sondern getragen von stabilen, im Idealfall eigenständigen Strukturen.

Antwort von Die Grünen

Wir Grüne sind immer offen für Debatten und konstruktiven Austausch, insbesondere wenn es um die sinnvolle Ausgestaltung und Verteilung der Kulturförderung geht. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, im Kulturförderungsgesetz festzuschreiben, dass Kulturschaffende an der Ausgestaltung von Förderprogrammen beteiligt werden.

Um Kulturschaffende in strukturschwachen Regionen zu unterstützen, planen wir konkrete Maßnahmen: Kreative Ideen für kulturelle Projekte scheitern dort häufig an fehlenden finanziellen Mitteln, unzureichenden Rahmenbedingungen oder bürokratischen Hürden. Zwar gibt es zahlreiche Fördermöglichkeiten, diese sind jedoch oft wenig bekannt oder die Antragsverfahren sind unübersichtlich und schwer verständlich. Insbesondere im Kulturbereich werden viele Projekte ehrenamtlich umgesetzt, ebenso wie die Beantragung von Fördermitteln. Dadurch werden vorhandene Mittel häufig nicht vollständig ausgeschöpft.

Wir wollen daher als ersten Schritt sicherstellen, dass Kulturschaffende besser dabei unterstützt werden, bestehende Fördermittel von EU, Bund und Land abzurufen. Dafür planen wir die Einrichtung einer landesweiten Beratungs- und Servicestelle für kulturelle Projekte, die insbesondere Ehrenamtliche bei der Beantragung von Fördergeldern unterstützt. Auf diese Weise können zusätzliche Mittel von Bund, Stiftungen und EU-Fonds erschlossen werden.

Antwort von Die Linke

Die Linke Sachsen-Anhalt setzt sich für eine gerechtere Verteilung öffentlicher Mittel ein, mit klaren Zielen, unabhängiger Evaluierung und transparenter Mittelverteilung, die Freie Szene, kommunale Einrichtungen und Institutionen gleichermaßen berücksichtigt.

Ja. Wir sind bereit, im Rahmen grundsätzlicher Strukturdebatten langfristige Mehrkosten in Kauf zu nehmen, wenn damit eine nachhaltige, faire Infrastruktur, verlässliche Rahmenbedingungen und Wirkungsnachweise erreicht werden. Kurzfristige Mikro- und Projektförderungen allein reichen nicht aus.

Antwort der SPD

Die Kommunen sind die größten Kulturförderer im Land, das wird gern übersehen. Die finanzielle Lage der Kommunen wird seit Jahren immer schwieriger und die Handlungsspielräume kleiner. Es bedarf daher einer grundlegenden Debatte über die finanzielle Ausstattung der Kommunen, u.a. durch Entschuldungsprogramme, eine Reform des Finanzausgleichsgesetzes, Aufgabenentlastung durch Land und Bund sowie weitere strukturelle Diskussionen wie längerfristige Förderungen. An diesen Diskussionen beteiligen wir uns gern.

Frage 11 struktur- schwache Räume	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	+	0	0	0	+	0
BBK	-	0	0	0	0	0	0
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Resilienz

12. Resilienz absichern. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Kunst- und Kulturszene in Krisenzeiten sehr verletzlich ist. Stipendienprogramme wie „Kultur ans Netz I-III“ gelten im Großen und Ganzen rückblickend als erfolgreich, waren jedoch aufgrund des erheblichem Zeitdrucks und nicht etablierter Strukturen fehlerbehaftet. Welche Vorkehrungen werden durch Ihre Kulturpolitik getroffen, um in akuten Situationen schnelle Unterstützung durch das Land Sachsen-Anhalt zu gewähren? Wie wollen Sie die wirtschaftliche Stabilität von Solo-Selbstständigen in der Kreativwirtschaft verbessern – insbesondere in Krisenzeiten und Übergangsphasen? Welche Priorität räumen Sie ihren Mitwirkungsoptionen an bundespolitischen Gesetzesgrundlagen für die gesundheitliche und soziale Absicherung von Kreativschaffenden (z. B. Kranken-, Renten-, Altersvorsorge) ein?

Antwort der AfD

Wenn mit der Verletzlichkeit der Kunst- und Kulturszene, die sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, die Auswirkungen der unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen gemeint sein sollten, so werden wir dafür sorgen, dass sich eine solche Politik der Unfreiheit nie wiederholt. Was die Situation der Krankenversicherung angeht, so ist eine günstige Versicherung für jedermann ein Desiderat, das nicht nur Künstler betrifft. Generell gilt: Künstler, die von ihrer Kunst leben wollen, müssen eine Qualität liefern, die entsprechende Einnahmen generiert.

Antwort des BSW

Die Krisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, wie verletzlich die Kunst- und Kulturszene ist. Deshalb braucht es verlässliche und schnell aktivierbare Unterstützungsinstrumente, die in akuten Situationen ohne lange Vorlaufzeiten greifen können.

Wir setzen uns daher für stärker verstetigte Förderstrukturen und flexible Programme ein, die im Krisenfall kurzfristig angepasst und ausgeweitet werden können. Ziel ist es, nicht erst neue Programme unter Zeitdruck entwickeln zu müssen, sondern auf bestehende, belastbare Strukturen zurückgreifen zu können, die schnelle Hilfe ermöglichen.

Die wirtschaftliche Stabilität von Kulturschaffenden wollen wir insbesondere durch bessere soziale Absicherung stärken – etwa durch Reformen der Künstlersozialkasse, besseren Schutz vor Verdienstaufschlägen sowie verlässlichere Förder- und Einkommensperspektiven auch in Übergangs- und Krisenzeiten. Wichtig ist dabei, dass freie und projektbezogene Arbeit nicht systematisch in prekären Strukturen verbleibt.

Bundespolitische Gesetzgebungsprozesse zur sozialen Absicherung von Kreativschaffenden sehen wir als zentralen Handlungsbereich. Sachsen-Anhalt soll sich hier aktiv einbringen, um die Realität der Kultur- und Kreativarbeit stärker in Fragen von Kranken-, Renten- und Altersvorsorge zu berücksichtigen und bestehende Schutzsysteme weiterzuentwickeln.

Antwort der CDU

Unbürokratische Verfahren, kurzfristig aktivierbare Fonds und enge Abstimmung mit Kommunen – das sind für uns die Wege für schnelle Hilfen. Solo-Selbstständige sollen durch mehr Planungssicherheit, bessere Verzahnung von Kultur- und Wirtschaftsförderung sowie gezielte Hilfen in Übergangsphasen unterstützt werden. Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt darüber hinaus eine praxistaugliche Verbesserung der sozialen Absicherung (Kranken-, Renten- und Altersvorsorge) auf Bundesebene.

Antwort der FDP

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie verletzlich die Kunst- und Kulturszene in Krisenzeiten ist. Viele Solo-Selbstständige standen innerhalb kürzester Zeit vor existenziellen Herausforderungen. Programme wie „Kultur ans Netz“ haben in dieser Situation geholfen, zugleich aber auch deutlich gemacht, dass schnelle Unterstützung bislang zu stark improvisiert werden musste. Unser Anspruch ist es, daraus zu lernen und Strukturen so weiterzuentwickeln, dass Hilfe künftig verlässlicher und schneller bei Ihnen ankommt.

Für uns als FDP Sachsen-Anhalt steht im Mittelpunkt, dass Unterstützung im Krisenfall unbürokratisch, digital und planbar erfolgt. Anträge müssen einfach gestellt werden können, Entscheidungen schnell fallen und Auszahlungen zeitnah erfolgen. Dafür wollen wir bestehende Strukturen, insbesondere über zentrale Stellen wie die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, so aufstellen, dass im Ernstfall keine neuen Programme erst aufgebaut werden müssen, sondern vorhandene Instrumente direkt greifen.

Gleichzeitig wissen wir, dauerhafte Sicherheit kann nicht allein durch staatliche Hilfen entstehen. Viele von Ihnen arbeiten selbstständig, projektbezogen und unternehmerisch und genau diese Freiheit wollen wir stärken. Förderangebote sollen dabei verlässlich, transparent und verständlich sein.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die soziale Absicherung. Wir wissen, dass gerade hier viele Unsicherheiten bestehen, etwa bei Krankheit, im Alter oder bei schwankenden Einkommen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die bestehenden Systeme auf Bundesebene weiterzuentwickeln, damit sie besser zur Realität von Kreativschaffenden passen. Wichtig ist uns dabei, dass Lösungen flexibel bleiben und unterschiedliche Lebens- und Arbeitsmodelle berücksichtigen, ohne die Selbstständigkeit unnötig einzuschränken.

Unser Ziel ist eine Kulturpolitik, die Sie in Ihrer Arbeit stärkt, ohne Sie einzuengen; mit klaren Regeln, verlässlichen Strukturen und einem Staat, der im Krisenfall schnell hilft, sich aber im Alltag auf das Wesentliche konzentriert. Denn eine wirklich resiliente Kulturszene entsteht dort, wo Kreativität, unternehmerische Freiheit und gute Rahmenbedingungen zusammenkommen.

Antwort von Die Grünen

Die Corona-Krise hat gezeigt, unter welchen prekären Bedingungen viele Kultur- und Medienschaffende arbeiten. Wir wollen deshalb die Künstlersozialkasse stärken, Rechtssicherheit für die Mitgliedschaft schaffen und die freiwillige Weiterversicherung für Selbstständige in der Arbeitslosenversicherung vereinfachen.

Zudem fordern wir eine Altersvorsorgeverpflichtung für Selbstständige, die Schutz bietet, gleichzeitig aber die Realität selbstständigen Arbeitens anerkennt und flexibel ausgestaltet ist. Kreative sollen angemessen an den Gewinnen von Plattformen beteiligt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie faire Bezahlung ein, damit prekäre Beschäftigungsverhältnisse insbesondere an öffentlichen, aber auch an privaten Kulturinstitutionen überwunden werden.

Antwort von Die Linke

Aus den vergangenen Krisen müssen wir lernen. Wir stellen uns ein Krisen- und Resilienz-Toolkit auf Landesebene vor, das schnell abrufbare Instrumente (Notfallfonds, unbürokratische Sofortmaßnahmen, vereinfachte Förderzugänge) sowie eine schnelle Ansprechpartner-Struktur für Kulturschaffende schafft.

Solo-Selbstständige in der Kreativwirtschaft benötigen stabile, flexible Förderrahmen mit niedrigschwelligen Anträgen, längeren Förderzeiträumen, Antikrisen-Rücklagen und sozialversicherungsunterstützten Bausteinen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung für alle Erwerbstätigen, inklusive Solo-Selbstständiger in der Kreativwirtschaft, in solidarischer Finanzierung ein. Wir wollen die Mindestabsicherung bei Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Alter durch gesetzliche Regelsysteme mit passenden Zuschüssen oder pauschalen Beitragsentlastungen sowie die Einführung oder den Ausbau von Künstlersozialversicherungsähnlichen Modellen auf Bundesebene, die Selbstständige besser erreichen und versichern.

Antwort der SPD

Nach Jahrzehnten des Wohlstands und des Friedens leben wir derzeit in einer Zeit, die durch eine Überlagerung multipler, simultaner Krisen gekennzeichnet ist. Klimawandel, Pandemien, Kriege in Europa und im Nahen Osten und deren Auswirkungen auf wirtschaftliche Stabilität sowie Veränderungen in der Arbeitswelt und Digitalisierung, prägen unsere Zeit. Alle gesellschaftlichen Bereiche mussten (neu) lernen mit Krisen umzugehen, sich den neuen Herausforderungen zu stellen, resiliente und nachhaltige Strukturen aufzubauen bzw. zu stärken und sich auf mögliche Ausnahmesituationen einzustellen.

Im Kulturbereich gibt es bspw. die neue Einrichtung von Notfallverbünden, die Absicherung der Archive oder auch Sicherungssysteme, um Kulturgüter zu schützen. Es ist ein verstärktes Denken in der Vorsorge und Notfallvorbereitung zu beobachten, was die Schaffung von Strukturen mitdenkt. Wir unterstützen Ansätze einer nachhaltigen Kulturpolitik (Risikoanalysen, Notfallplanungen, Resilienz etc.) für alle Kulturbereiche, im Hinblick auf Organisationsstrukturen, Strategien des Schutzes, aber auch programmatischen Überlegungen weg von Wachstumsimperativen hin zu nachhaltigen und stabilen Strukturen – auch für Förderkultissen.

Auf der anderen Seite ist zu beobachten, dass die kulturellen und sozialen Erfahrungsräume der Kultur helfen, multiple Krisen zu bewältigen, Gemeinschaft zu stärken und Ort der Auseinandersetzung und Reflexion sind. Elemente der Resilienz und kulturpolitische Veränderungen können nur im Miteinander entwickelt werden. Es versteht sich von selbst, dass dies allein keine regionale oder landespolitische Auseinandersetzung sein kann, sondern mit Akteuren auf verschiedenen Ebenen besprochen und diskutiert werden muss. Ebenso mögliche Umsetzungsstrategien. In akuten Krisenphasen (Klimawandel, Brände, Hochwasser, Corona, Energiekrise etc.) war es bisher immer möglich, dass das Land finanzielle Mittel für die Träger, aber auch die Akteure bereitstellen konnte. Ob dies auch in Zukunft immer möglich sein wird, können wir zum aktuellen Zeitpunkt nicht beurteilen.

Frage 12 Resilienz	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	0	+	0	+	0
BBK	-	+	0	+	+	+	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Landeshaushalt

13. Kommende Haushaltspläne verfassungsgemäß beschließen. Im letzten Jahrzehnt konnten die freien Träger lediglich dreimal zu Beginn des Jahres verbindlich und rechtssicher arbeiten. Sehen Sie eine Mitverantwortung daran, dass sich der Landtag – unabhängig von Zugehörigkeit zu Regierung oder Opposition – ab sofort an seine Verfassung hält und eine Verabschiedung des Haushaltsplans vor Beginn des entsprechenden Haushaltsjahres garantiert? Wie stehen sie dazu, dass in den kommenden Haushalten nicht bei den freiwilligen Leistungen gestrichen wird?

Antwort der AfD

Die Regierung sollte sich stets an die Verfassung halten. Was die Kulturförderung angeht, so werden wir sie entsprechend unserer #deutschdenken-Kampagne umstrukturieren.

Antwort des BSW

Eine verlässliche und rechtzeitige Haushaltsaufstellung ist zentrale Voraussetzung dafür, dass kulturelle Einrichtungen und freie Träger planungssicher arbeiten können. Die wiederholte späte Verabschiedung von Haushalten führt in der Praxis zu erheblichen Unsicherheiten und erschwert insbesondere die Arbeit freier und projektbezogener Strukturen. Wir sehen deshalb die klare politische Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Haushalte künftig rechtzeitig beschlossen und verfassungsgemäß umgesetzt werden. Nur so kann verlässliches Arbeiten im Kultur- und Bildungsbereich gewährleistet werden.

Freiwillige Leistungen im Kulturbereich sind kein verzichtbarer Restposten, sondern bilden die Grundlage kultureller Vielfalt und Teilhabe im Land. Entsprechend setzen wir uns dafür ein, dass diese Leistungen auch in künftigen Haushalten verlässlich abgesichert und nicht kurzfristigen Sparlogiken untergeordnet werden.

Ziel muss eine Haushaltsplanung sein, die kulturelle Infrastruktur stärkt, Planungssicherheit gewährleistet und den freien Trägern stabile Rahmenbedingungen für ihre Arbeit ermöglicht.

Antwort der CDU

Freiwillige Leistungen sollten aus Sicht der CDU Sachsen-Anhalt nicht pauschal zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden.

Antwort der FDP

Dass Haushalte in Sachsen-Anhalt in der Vergangenheit wiederholt nicht rechtzeitig beschlossen wurden, ist aus unserer Sicht, und da sind wir ehrlich, ein politisches Versagen. Für freie Künstlerinnen und Künstler sowie kulturelle Träger bedeutet das Unsicherheit, Verzögerungen und im Zweifel existenzielle Risiken. Wer Verlässlichkeit von der freien Szene erwartet, muss sie selbst liefern. Deshalb ist für uns klar, der Landtag muss seiner Verantwortung gerecht werden und Haushalte künftig konsequent vor Jahresbeginn beschließen und das unabhängig von parteipolitischen Interessen.

Ebenso klar ist, dass wir pauschale Kürzungen bei freiwilligen Leistungen ablehnen. Gerade im Kulturbereich wird oft zuerst gestrichen, obwohl hier mit vergleichsweise geringen Mitteln große gesellschaftliche Wirkung erzielt wird. Freie Kunst und Kultur sind ein Standortfaktor und Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Statt blind zu kürzen, braucht es klare Prioritäten, transparente Entscheidungen und verlässliche Förderung.

Unser Ziel ist ein Staat, der funktioniert und der die freie Szene nicht durch eigene Unzuverlässigkeit ausbremst.

Antwort von Die Grünen

Wir stehen zur wertvollen Arbeit der freien Träger. Gleichzeitig müssen haushälterische Herausforderungen verantwortungsvoll berücksichtigt werden. Unser Ziel ist es daher, durch vorausschauende Haushaltsplanung und klare Prioritätensetzung sicherzustellen, dass diese wichtige Arbeit verlässlich umgesetzt werden kann, ohne die langfristige finanzielle Stabilität des Landes zu gefährden.

Freien Trägern, die für das Land Aufgaben wahrnehmen, wollen wir mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit bieten. Förderbescheide sollen künftig nicht nur jährlich erteilt werden, sondern über längere Zeiträume gelten. Zudem sollen sie verpflichtend spätestens bis zum 30. April eines Jahres vorliegen.

Antwort von Die Linke

Die Verzögerungen ergeben sich im Haushaltsgenehmigungsprozess durch u.a. Beratungs- und Förderprioritäten. Politische Konflikte können dabei die Beschlussfassungen verzögern. Wir sind uns des Problems sehr bewusst und haben in den vergangenen Haushaltsabstimmungen aus der Opposition heraus stets das in unserer Hand liegende getan, um nicht weitere Verzögerungen zu verursachen.

Antwort der SPD

Es ist richtig, dass die Haushaltspläne in den letzten Jahren nicht immer rechtzeitig zum Jahres- ende für das kommende Jahr vom Parlament verabschiedet wurden. Dies hatte mehrere Ursachen, zum einen auch verspätete Haushaltsentwürfe der Landesregierung und mehrwöchige sich anschließende Beratungen im Landesparlament. In den Fällen der verspäteten Verabschiedung trat die vorläufige Haushaltsführung in Kraft und es gab sogenannte Abschlagszahlungen. Damit ist eine vorläufige Weiterarbeit bis zur Erteilung der endgültigen Förderbescheide gewährleistet. Wir werden im Miteinander von Exekutive und Legislative darauf hinwirken, dass Zeitpläne ein- gehalten werden.

Frage 13 Landes- haushalt	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	+	-	+	0	+	0
BBK	-	0	0	+	-	0	0
KWSA	-	+	+	+	0	0	0

Thema Kulturelle Bildung

14. Kulturelle Bildung in Schule. Die Schulpflicht ermöglicht es, Kindern den Zugang zu Kunst und Kultureller Bildung auch unabhängig von Einkommen oder Interessen der Eltern zugänglich zu machen. Der hohe Druck auf die Schulleitungen zur Erfüllung wachsender Anforderungen an Wissenscurricula zwingt künstlerische Fächer in die Knie. Die Regel ist bereits, Musik und Kunst gegeneinander aufzurechnen und zu kürzen, die Darstellenden Künste finden in Sachsen-Anhalt bis heute nicht verbindlich (und abiturrelevant) statt, obwohl in vielen anderen Bundesländern die positiven Wirkungen auch auf Persönlichkeitsentwicklung bekräftigt werden. Kulturelle Bildung, in Kooperation mit externen professionellen Fachkräften, als grundsätzliches Schulband und die Rhythmisierung aufbrechendes Element könnte nicht nur Zugang zu ergänzenden Lernformen legen, sondern auch lebensrelevante Fähigkeiten vermitteln. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass Schule ganzheitlicher Lernraum wird, der verbindlich allen Kindern zur Verfügung steht? Anerkennen Sie die belegbaren Wirksamkeiten Kultureller Bildung auf die Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsbefähigung (junger) Menschen?

Antwort der AfD

Wir sind der Auffassung, dass die Schule in erster Linie belastbare Kompetenzen und Kulturtechniken vermitteln sollte: Lesen, Schreiben, Rechnen. In weiterführenden Schulen kommen Fremdsprachen und MINT-Fächer hinzu. Darauf liegt unser Hauptaugenmerk. Nur wenn noch Kapazitäten frei sind, können Kunst und Musik berücksichtigt werden. Das ist bedauerlich, doch der Lehrermangel zwingt zu einer klaren Priorisierung.

Antwort des BSW

Kulturelle Bildung ist ein zentraler Bestandteil ganzheitlicher Bildung und trägt wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung, Kreativität, sozialen Kompetenz und demokratischen Teilhabe junger Menschen bei. Sie eröffnet Zugänge zu Ausdrucksformen jenseits rein kognitiver Leistungsanforderungen und stärkt damit individuelle Entwicklungs- und Bildungsprozesse.

Wir setzen uns dafür ein, dass kulturelle Bildung im schulischen Kontext gestärkt und besser in den Schulalltag integriert wird. Dazu gehören insbesondere Kooperationen zwischen Schulen und externen professionellen Akteuren aus Kunst und Kultur sowie der Ausbau entsprechender Angebote in allen Regionen Sachsen-Anhalts.

Ziel ist ein Bildungsverständnis, das künstlerische Fächer nicht als nachrangig behandelt, sondern als gleichwertigen Bestandteil schulischer Bildung begreift. Kulturelle Bildung soll für alle Kinder unabhängig von Herkunft oder Einkommen zugänglich sein und stärker dazu beitragen, Schule als ganzheitlichen Lern- und Erfahrungsraum zu gestalten.

Antwort der CDU

Die CDU erkennt die Bedeutung kultureller Bildung als Bestandteil eines umfassenden Bildungsauftrags an. Kulturelle Angebote in Schule leisten einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, stärken soziale Kompetenzen und eröffnen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft Zugänge zu kreativen Ausdrucksformen. Gleichzeitig steht das Schulsystem vor großen Herausforderungen: Lehrkräftemangel, steigende Anforderungen an Kerncurricula und organisatorische Belastungen erschweren es vielen Schulen, künstlerische Fächer in der gewünschten Qualität und Verlässlichkeit anzubieten. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, kulturelle Bildung strukturell zu stärken, ohne die Kernfächer weiter zu belasten. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen, die Kooperationen mit externen Kulturpartnern ermöglichen, sowie eine Weiterentwicklung der Ganztagsstrukturen, damit kreative Lernformen sinnvoll in den Schulalltag integriert werden können. Als CDU wollen wir die Handlungsspielräume der Schulen vergrößern. Das heißt, neben flexiblen Schulbudgets sollen Schulen die Möglichkeit erhalten, befristet externes Personal und weitere Unterstützungskräfte einzustellen mit dem Ziel, Lehrkräfte von Aufgaben zu entlasten.

Antwort der FDP

Für uns als Freie Demokraten ist klar, Bildung bedeutet mehr als das Abarbeiten von Lehrplänen. Schule muss ein Ort sein, der junge Menschen befähigt, ihre eigenen Stärken zu entdecken, Verantwortung zu übernehmen und ihren individuellen Weg zu gehen. Kulturelle Bildung leistet dazu einen entscheidenden Beitrag, weil sie Kreativität fördert, Selbstvertrauen stärkt und neue Zugänge zum Lernen eröffnet.

Wir sehen jedoch auch, dass der zunehmende Druck auf Schulen häufig dazu führt, dass kreative Fächer ins Hintertreffen geraten. Das halten wir für den falschen Weg. Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik darf künstlerische Angebote nicht gegeneinander ausspielen oder als nachrangig behandeln. Wer junge Menschen auf eine komplexe, dynamische Welt vorbereiten will, muss ihnen auch Raum für kreative und persönliche Entwicklung geben. Dies ist in vielen Schulen, wenn der reguläre Unterricht es nicht zulässt, in AGs möglich.

Unser Ansatz ist dabei klar, wir wollen mehr Vertrauen in die Schulen vor Ort. Schulen sollen selbst entscheiden können, wie sie kulturelle Bildung sinnvoll in ihren Alltag integrieren ob durch Projekte, Kooperationen mit externen Kulturschaffenden oder neue Unterrichtsformate. Gerade die Zusammenarbeit mit Praktikerinnen und Praktikern aus Kunst und Kultur eröffnet Chancen, die klassischer Unterricht allein oft nicht bieten kann. Die positiven Effekte kultureller Bildung auf Persönlichkeitsentwicklung und Lernfähigkeit sind aus unserer Sicht unbestritten.

Antwort von Die Grünen

Siehe Antwort auf Frage 15.

Antwort von Die Linke

Die Linke setzt sich für verbindliche, gut ausgestattete kulturelle Bildung als festen Bestandteil des Schulalltags ein, damit alle Kinder gleichberechtigt davon profitieren und lebensrelevante Kompetenzen entwickeln können.

Wir unterstützen Kooperationen mit externen professionellen kulturellen Partnern (Theater, Bibliotheken, Musikschulen, Bildenden Künstlern, Medienexpert:innen). An dieser Stelle sehen wir einen Ausbaubedarf. Dennoch dürfen diese Programme nicht den Fachunterricht an den Schulen ersetzen, sondern stellen hier vielmehr eine qualitative Ergänzung dar.

Antwort der SPD

Wir unterstützen alle Formen der kulturellen Bildung an Schule, da sie dazu beiträgt, dass Kompetenzen wie Sprach- und Bildverständnis, Körperwahrnehmung, Kritikfähigkeit, Teamarbeit und soziale Verantwortung ausgebaut und gefördert werden. Wir verstehen kulturelle Bildung als einen zentralen Bestandteil demokratischer Bildung. Sie stärkt Orientierung, Reflexionsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensphasen. Die zahlreichen außerschulischen Projekte wie MäBi, Klatsch oder andere, sind für viele Kinder eine erste Berührung mit kulturellen Ausdrucksformen außerhalb des Elternhauses und sollen unbedingt fortgeführt werden.

Als SPD unterstützen wir die Entwicklung von Ganztagschulen, dort wo sie vor Ort in den Regionen gewollt werden. Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, wo Kinder und Jugendliche in rhythmisierten Bändern lernen. Inwiefern bspw. ein Fach wie darstellendes Spiel, dass die kulturelle oder künstlerische Bildung in den Mittelpunkt stellt, Prüfungsfach für die gymnasiale Oberstufe sein kann, muss auch mit den verbindlichen KMK-Standards geprüft werden. Sollte man sich dafür entscheiden, muss dazu die Oberstufenverordnung vom Bildungsministerium angepasst werden. Aus unserer Erfahrung kann dies ein längerer Diskussionsprozess werden.

Unser Ziel ist eine Schule, die Vielfalt ermöglicht, Talente sichtbar macht und junge Menschen zu selbstbestimmten, verantwortungsbewussten Persönlichkeiten entwickelt. Kulturelle Bildung ist dafür kein Zusatz, sondern ein selbstverständlicher Teil moderner Bildung.

Frage 14 kulturelle Bildung	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	+	+	+	+	+	+
BBK	-	+	-	+	0	+	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Schulische Bildung

15. Ganztagsbildung statt Ganztagsbetreuung ermöglichen. Schulen können externe Expert*innen zur kulturellen Bildung ihrer Schüler*innen heranziehen. Die anfallenden Honorare zahlen sie aus einem entsprechenden frei zu vergebenden Schuletat. Angemessene Honorare werden häufig verweigert, auch wenn der entsprechende Erlass eine angemessene Vergütung zuließe. Ein Lösungsansatz liegt aus unserer Sicht in der Erhöhung der Schuletats sowie der Bereinigung entgegenstehender Verwaltungsvorschriften und Maßgaben der LHO. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Hürden für professionell unterstützte Ganztagsbildung zu beseitigen?

Antwort der AfD

Wir sehen die Ganztagschule kritisch und wollen sie nicht weiter fördern. Zur Erläuterung dieser Position verweisen wir auf den Artikel „Ganztagschule?“ des Philosophen Heino Bosselmann, der öffentlich hier einsehbar ist: <https://sezes-sion.de/61825/ganztags-schule>.

Antwort des BSW

Ganztagsbildung muss über reine Betreuung hinausgehen und als integriertes Bildungsangebot verstanden werden, das kulturelle Bildung ausdrücklich einschließt. Externe Fachkräfte aus Kunst und Kultur leisten dabei einen wichtigen Beitrag und müssen entsprechend ihrer professionellen Tätigkeit angemessen vergütet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen in Sachsen-Anhalt verlässlich auf externe Expertise zurückgreifen können und dafür auch die notwendigen finanziellen Spielräume erhalten. Dazu gehört eine auskömmliche Ausstattung der Schuletats, damit kulturelle Bildungsangebote nicht an fehlenden Mitteln oder bürokratischen Hürden scheitern.

Zugleich unterstützen wir den Abbau von Verwaltungshemmnissen und eine praxistaugliche Ausgestaltung der entsprechenden Regelungen, damit Ganztagsbildung tatsächlich professionell, vielfältig und verlässlich umgesetzt werden kann.

Ziel ist eine Ganztagschule, die kulturelle Bildung als festen Bestandteil versteht und Kindern unabhängig von Herkunft und Wohnort Zugang zu qualifizierten Angeboten ermöglicht.

Antwort der CDU

Die CDU setzt sich für eine qualitativ hochwertige Ganztagsbildung ein, die über reine Betreuung hinausgeht und Kindern vielfältige Lern- und Entwicklungsräume eröffnet. Dazu gehört ausdrücklich auch die Möglichkeit, externe Expertinnen und Experten aus Kultur, Musik, Theater oder anderen Bereichen einzubinden. Diese Kooperationen bereichern den Schulalltag und stärken Kompetenzen, die für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen von großer Bedeutung sind. Die CDU befürwortet daher Maßnahmen, die Hindernisse in der Verwaltungspraxis reduzieren und die finanziellen Grundlagen für qualitätsvolle Ganztagsbildung verbessern.

Antwort der FDP

Für uns Freie Demokraten ist klar, der Ganzttag darf sich nicht in bloßer Betreuung erschöpfen, sondern muss echte Bildungsqualität bieten. Gerade die Zusammenarbeit mit externen Expertinnen und Experten aus Kunst und Kultur eröffnet Schülerinnen und Schülern neue Perspektiven und stärkt wichtige Kompetenzen, die über den klassischen Unterricht hinausgehen. Damit solche Angebote jedoch nicht die Ausnahme bleiben, brauchen Schulen vor allem eines: mehr Freiheit in ihren Entscheidungen.

Wir setzen uns deshalb für eigenverantwortlich handelnde Schulen mit einem flexibel einsetzbaren Budget ein, das es ermöglicht, qualifizierte Fachkräfte auch angemessen zu vergüten. Es ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass vorhandene Möglichkeiten durch bürokratische Hürden oder eine zu enge Auslegung haushaltsrechtlicher Vorgaben eingeschränkt werden. Hier wollen wir ansetzen und unnötige Regelungen abbauen, damit Schulen pragmatisch und im Sinne ihrer Schülerinnen und Schüler handeln können.

Gleichzeitig ist uns Verlässlichkeit besonders wichtig. Ganztagsangebote müssen für Familien planbar sein und dauerhaft in hoher Qualität stattfinden. Unser Ziel ist ein moderner Ganzttag, der Freiheit und Qualität verbindet eben mit starken Schulen vor Ort, weniger Bürokratie und verlässlichen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten.

Antwort von Die Grünen

Die Fragen 14 und 15 werden gemeinsam beantwortet:

Wir Grüne setzen uns für mehr kulturelle Bildung über alle Bildungsphasen hinweg ein – von der Kita über die Schule bis hin zu außerschulischen Lernorten und Weiterbildungseinrichtungen.

Dazu fordern wir unter anderem die gezielte Förderung von Kunstprojekten, Literaturaktionen und einer „Bildungstafel“ an Schulen, um kulturelle Bildung zu stärken und kreative Ausdrucksformen für alle Schüler*innen zugänglich zu machen.

Zudem setzen wir uns dafür ein, alle Schulen zu Ganztagschulen weiterzuentwickeln. Die konkrete Ausgestaltung des Ganztags, insbesondere die Rhythmisierung von schulischer Bildung, informeller Bildung, Freizeit und Erholung, sollen die Schulen gemeinsam mit dem Schulträger entsprechend den örtlichen Gegebenheiten gestalten. Dafür sollen an allen Schulen Angebote von Volkshochschulen, Musikschulen, Sportvereinen sowie aus dem Ehrenamt integriert werden, sodass allen Schüler*innen ein möglichst kostenfreier oder zumindest kostengünstiger Zugang zu kultureller, sportlicher und ehrenamtlicher Bildung ermöglicht wird.

Gleichzeitig setzen wir uns für ein Schulbudget ein, über das die Schulen frei verfügen können. Dieses kann unter anderem für Vertretungslehrkräfte sowie für Angebote der kulturellen Bildung eingesetzt werden. Gesetzliche und verwaltungsrechtliche Hürden, die die Einbindung kultureller, sportlicher und ehrenamtlicher Angebote in Schulen erschweren, wollen wir abbauen.

Auch für die Stärkung der Jugendkulturarbeit setzen wir uns ein. Jugendkulturelle Angebote sollen gezielt gefördert und ausgebaut werden, damit junge Menschen Räume für kreative Entfaltung, kulturelle Teilhabe und eigene Ausdrucksformen erhalten.

Antwort von Die Linke

Ja, wir werden uns in künftigen Haushaltsberatungen insgesamt dafür einsetzen, dass den Schulen für die Organisation von Bildungsangeboten – nicht nur im Rahmen von Ganztagsangeboten – deutlich mehr Mittel zur freien Verfügung gestellt werden. Diese zusätzlichen Gelder sollen aus den Personalkosten gewonnen werden, die durch den wachsenden Lehrkräftemangel und den vielfachen Einsatz kostengünstiger Lehrkräfte im Seiteneinstieg nicht in Anspruch genommenen werden. In diesem Zusammenhang müssen die Schulen auch angehalten und in die Lage versetzt werden, zur Gewinnung geeigneter Bildungsangebote auch angemessene Honorare zu zahlen.

Antwort der SPD

Ja, wir setzen uns für mehr Entscheidungsfreiheiten und Budgetverantwortung der Schulleitungen ein. Dies wird bereits schon umgesetzt. Wir wollen, dass Schulen eigene Budgets zur Bewirtschaftung bekommen und auch eigenständig Verträge etc. abschließen können. In unserem Wahlprogramm heißt es: „Schulleitungen bekommen dafür neben einem eigenen Budget die Rückendeckung des Landes sowie Angebote zur Begleitung und Qualifizierung.“ Über Anpassungen der Budgets und Honorare können wir gern ins Gespräch kommen.

Frage 15 Ganztags- schule	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	+	+	+	+	+	0
BBK	-	0	0	0	0	+	0
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Standortpolitik

16. Sachsen-Anhalt weltoffen positionieren und sichern. Das Narrativ über das Bundesland ist nicht nur von den Aktivitäten der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft abhängig, sondern signifikant auch von den verun-/ermöglichenden Strukturen und politischen Entscheidungen. Wie wollen Sie Sachsen-Anhalt als weltoffenen, diskriminierungsfreien Kultur- und Kreativstandort positionieren und gezielt Künstler*innen und Kreative unterschiedlicher Herkunft, Lebensentwürfe und Perspektiven unterstützen=

Antwort der AfD

Unser Ziel ist es nicht, Künstler nach ihrer Herkunft oder ihren Lebensentwürfen zu beurteilen oder zu fördern. Wir wollen Kunst fördern – und zwar in möglichst hoher Qualität. Da nur derjenige wirklich weltoffen sein kann, der eine stabile eigene Identität besitzt, sehen wir in unserer #deutschdenken-Kampagne zugleich einen Beitrag zu echter Weltoffenheit.

Antwort des BSW

Sachsen-Anhalt soll als offenes, vielfältiges und diskriminierungsfreies Land wahrgenommen und weiterentwickelt werden. Das kulturelle Leben im Land lebt von unterschiedlichen Perspektiven, Herkunftsgeschichten und Lebensentwürfen, die ausdrücklich Teil einer lebendigen Kulturlandschaft sind.

Wir setzen uns dafür ein, Förderstrukturen transparent und diskriminierungsfrei so zu gestalten, dass Künstlerinnen und Künstler unabhängig von Herkunft oder Lebensentwurf gleichberechtigt an kultureller Förderung teilhaben können. Kulturelle Vielfalt soll dabei nicht nur anerkannt, sondern aktiv unterstützt werden.

Zugleich wollen wir kulturelle Infrastruktur, soziokulturelle Zentren und Orte des Austauschs stärken, die Begegnung ermöglichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Gerade solche Räume tragen dazu bei, Sachsen-Anhalt als offenen Kultur- und Kreativstandort sichtbar zu machen.

Unser Ziel ist ein Klima der Offenheit, in dem künstlerische Freiheit, Vielfalt und gesellschaftlicher Dialog selbstverständlich möglich sind und aktiv geschützt werden.

Antwort der CDU

Für die CDU Sachsen-Anhalt sind Kunst und Kultur eine verbindende Kraft in der Gesellschaft. Grundlage unseres Handelns sind die im Grundgesetz verankerte Kunstfreiheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein respektvolles Miteinander. Mit dem Kulturfördergesetz setzen wir uns für Verlässlichkeit, Transparenz und Teilhabe ein.

Antwort der FDP

Es ist entscheidend, Sachsen-Anhalt nicht durch staatlich verordnete Kulturpolitik „zu formen“, sondern als offenen Möglichkeitsraum zu gestalten, in dem sich kreative Vielfalt aus eigener Dynamik entfalten kann. Ein weltoffener, diskriminierungsfreier Kultur- und Kreativstandort entsteht aus Sicht der FDP vor allem dort, wo Freiheit, Eigenverantwortung und faire Rahmenbedingungen gewährleistet sind. Der Staat sollte dabei nicht als inhaltlicher Dirigent auftreten, sondern als Ermöglicher, der Hürden abbaut, Transparenz schafft und Chancen eröffnet.

Zentral ist zunächst ein modernes Standortverständnis. Die FDP setzt sich daher für den konsequenten Abbau bürokratischer Hürden, die Vereinfachung von Förderanträgen und die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ein.

Ein liberaler Ansatz bedeutet auch, Vielfalt nicht staatlich zu verordnen, sondern durch offene Zugänge zu ermöglichen. Förderprogramme sollten diskriminierungsfrei, transparent und leistungsorientiert gestaltet sein. Entscheidend ist, dass alle Kreativen unabhängig von Herkunft, Identität oder Lebensmodell die gleichen Chancen haben, ihre Projekte umzusetzen. Statt starrer Quoten oder politischer Vorgaben setzt die FDP auf faire Wettbewerbsbedingungen, in denen sich Qualität, Innovation und unternehmerischer Mut durchsetzen können. Gleichzeitig braucht es klare rechtsstaatliche Rahmenbedingungen, die Diskriminierung verhindern und individuelle Freiheit schützen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft als wirtschaftlicher Motor. Kreative sind nicht nur Kulturschaffende, sondern auch Unternehmerinnen und Unternehmer. Deshalb müssen Gründungsbedingungen verbessert, Zugang zu Kapital erleichtert und Kooperationen mit anderen Branchen gefördert werden. Kreativzentren, Co-Working-Spaces und die Nutzung leerstehender Immobilien können gezielt unterstützt werden; idealerweise in öffentlich-privaten Partnerschaften. So entsteht ein lebendiges Ökosystem, das Innovation und kulturelle Vielfalt stärkt.

Internationale Vernetzung ist aus liberaler Sicht ein Schlüssel zur Weltoffenheit, was sich in unseren Augen auch in den gegebenen Fördermöglichkeiten wiederfinden sollte. Gleichzeitig gilt es, die Hochschulen und kulturellen Einrichtungen stärker international auszurichten und Kooperationen mit europäischen und globalen Partnern auszubauen.

Nicht zuletzt spielt die kulturelle Infrastruktur im gesamten Land eine wichtige Rolle. Auch ländliche Räume bieten großes Potenzial für kreative Projekte, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Hier setzt die FDP auf flexible Nutzungskonzepte, etwa für leerstehende Gebäude, sowie auf digitale Infrastruktur, die ortsunabhängiges Arbeiten ermöglicht.

Entscheidend ist, dass Kreative selbst entscheiden können, wo und wie sie arbeiten wollen. Der Staat sollte diese Freiheit unterstützen, nicht einschränken.

Insgesamt verfolgt die FDP das Ziel, Sachsen-Anhalt als offenen, dynamischen und international vernetzten Kreativstandort zu etablieren, der durch Freiheit, Chancen und unternehmerische Dynamik geprägt ist. Weltoffenheit entsteht dabei nicht durch staatliche Steuerung, sondern durch die konsequente Stärkung individueller Freiheit, fairer Wettbewerbsbedingungen und eines innovationsfreundlichen Umfelds.

Antwort von Die Grünen

Wir Grüne wollen, dass Sachsen-Anhalt ein vielfältiges, tolerantes und weltoffenes Bundesland ist und bleibt. Deshalb haben wir in der aktuellen Legislaturperiode ein Antidiskriminierungsgesetz in den Landtag eingebracht, das zum einen Lücken in der Umsetzung des EU-Rechts schließen und zum anderen für einen einheitlichen Schutz vor Diskriminierung sorgen sollte. Ziel des Gesetzentwurfs ist die tatsächliche Herstellung und Durchsetzung von Chancengleichheit, die Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung sowie die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt. Leider hat der grüne Gesetzentwurf keine Mehrheit gefunden, dennoch halten wir an unserer Forderung fest.

Darüber hinaus braucht es eine gesamtgesellschaftliche Strategie zur Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir wollen Antidiskriminierungsbildung entlang der gesamten Bildungskette stärken – von der Kita über die Schule bis hin zur Erwachsenenbildung. Auch Vereine und Unternehmen sollen Teil dieser Strategie sein. Mobile Beratungsangebote für Betroffene von Diskriminierung wollen wir finanziell und personell ausbauen. Das macht Sachsen-Anhalt zu einem sichereren und zugleich attraktiveren Ort für alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Muttersprache. Davon profitiert auch der Kultur- und Kreativstandort.

Antwort von Die Linke

Die Linke Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, das Land als weltoffenen, diskriminierungsfreien Kultur- und Kreativstandort zu positionieren und Künstler*innen sowie Kreative mit unterschiedlicher Herkunft, Lebensentwürfen und Perspektiven gezielt zu unterstützen. Dies wollen wir u.a. mit dem Abbau von Barrieren, mit dem Aufbau von Förderprogrammen für künstlerische Vielfalt, mit Investitionen in digitale Zugänge, Ton- und Bildtechnik, Coworking-Spaces, Kulturzentren in benachteiligten Regionen, die kreative Arbeit ortsnahe ermöglichen sowie mit Transparenz und Evaluation erreichen.

Zusammengefasst steht Die Linke für mehr Diversität durch gezielte Förderangebote, echte Mitbestimmung, faire Arbeitsbedingungen und eine Kulturpolitik, die Weltoffenheit sichtbar macht und Diskriminierung keinen Raum lässt.

Antwort der SPD

Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 16 Standort- politik	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	0	0	+	+	+	0
BBK	-	0	0	0	+	+	0
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Fachkräftegewinnung

17. Attraktivität für Fachkräfte sichern. Die Szene der zeitgenössischen Kunst ist von großer Agilität und Mobilität geprägt, sodass viele, insbesondere junge Künstler*innen unser Bundesland verlassen, obwohl im bundesdeutschen Vergleich hier gute Arbeits- und Lebensbedingungen existieren. Als problematisch wird ein schwacher Kunstmarkt, aber auch eine zu geringe Anerkennung und Würdigung künstlerischer Leistungen durch die öffentliche Hand angesehen. Für die Darstellenden Künste kommt erschwerend das Fehlen künstlerischer Ausbildungsorte hinzu. Welche Instrumente sind aus Ihrer Sicht dazu geeignet, den Standort Sachsen-Anhalt attraktiver zu gestalten, um einer Abwanderung entgegenzuwirken und Zuzug zu generieren?

Antwort der AfD

Wenn wir ab September hier die Regierung übernehmen, werden wir auch mit einer neuen patriotischen Kulturpolitik einen Aufschwung bewirken, der die Lebensbedingungen für alle Bürger nachhaltig verbessert. Wir werden einen neuen Patriotismus vorleben und eine Aufbruchstimmung schaffen, die gut ausgebildete, zahlungskräftige Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet anziehen wird.

Antwort des BSW

Die Attraktivität Sachsen-Anhalts für Künstlerinnen und Künstler hängt wesentlich von verlässlichen Arbeitsbedingungen, Anerkennung künstlerischer Leistung und einer gut ausgebauten kulturellen Infrastruktur ab.

Wir setzen uns daher für eine langfristig stabile Kulturförderung ein, die insbesondere der freien Szene und jungen Kulturschaffenden Planungssicherheit bietet. Dazu gehören verlässliche institutionelle Förderstrukturen, bessere soziale Absicherung sowie faire und angemessene Honorare, um künstlerische Arbeit als professionelle Tätigkeit zu stärken. Zugleich ist der Ausbau kultureller Bildungs- und Ausbildungsstrukturen ein wichtiger Baustein, insbesondere auch im Bereich der Darstellenden Künste. Kooperationen, Netzwerke und die Stärkung bestehender Einrichtungen sollen dazu beitragen, Ausbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Land zu verbessern.

Darüber hinaus wollen wir kulturelle Orte, Produktions- und Residenzstätten stärken und die Anerkennung künstlerischer Leistungen durch die öffentliche Hand weiter erhöhen. Ziel ist es, Sachsen-Anhalt als attraktiven, offenen und lebendigen Kulturstandort zu profilieren, der nicht nur Abwanderung verhindert, sondern gezielt Zuzug fördert.

Antwort der CDU

Um Sachsen-Anhalt als Standort für zeitgenössische Kunst nachhaltig zu stärken, setzen wir zunächst auf eine gezielte Förderung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit von Künstlern. Eine Möglichkeit besteht darin, den heimischen Kunstmarkt beleben, um die Sichtbarkeit lokaler Talente durch gezielte Marketingmaßnahmen und Kooperationen mit der Wirtschaft erhöhen. Aus Sicht der CDU muss sich die öffentliche Anerkennung künstlerischer Leistungen in einer verlässlichen und transparenten Förderpolitik widerspiegeln, die kreative Exzellenz als Standortvorteil begreift. Trotz fehlender staatlicher Schauspielschulen unterstützen wir die Vernetzung freier Spielstätten mit etablierten Theaterhäusern, um praxisnahe Entwicklungschancen in den Darstellenden Künsten zu schaffen. Wir setzen auf eine Entbürokratisierung der Förderprozesse, damit sich Kulturschaffende stärker auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. Ein attraktives Lebensumfeld durch bezahlbare Mieten und eine hohe Lebensqualität bleibt unser zentrales Argument im Wettbewerb um die besten Köpfe. Durch diese Verknüpfung von wirtschaftlicher Substanz und wertschätzender Kulturpolitik sichern wir die Zukunftsfähigkeit unserer vielfältigen Kulturlandschaft.

Antwort der FDP

Aus unserer Sicht entscheidet sich die Attraktivität eines Kulturstandorts nicht primär an der Höhe staatlicher Förderung, sondern an der Qualität der Rahmenbedingungen für eigenverantwortliches und unternehmerisches Arbeiten. Sachsen-Anhalt hat hier grundsätzlich gute Voraussetzungen, etwa durch vergleichsweise niedrige Lebenshaltungskosten. Diese Vorteile müssen jedoch konsequent durch eine wirtschaftsfreundliche Kulturpolitik ergänzt werden, die auf Freiheit, Wettbewerb und private Initiative setzt.

Künstlerinnen und Künstler brauchen vor allem funktionierende Absatzmöglichkeiten, nicht dauerhaft staatliche Abhängigkeit. Wo staatliche Unterstützung erfolgt, muss sie wettbewerbsfähig, transparent und manchmal auch zeitlich befristet sein, um Innovation zu ermöglichen, ohne Fehlanreize zu setzen.

Gleichzeitig ist ein konsequenter Abbau bürokratischer Hürden notwendig. Komplexe Förderstrukturen, intransparente Verfahren und kurzfristige Projektlogiken schrecken gerade junge Talente ab. Eine liberale Politik setzt hier auf einfache, digitale Verfahren, klare Zuständigkeiten und maximale Planungssicherheit.

Ein weiterer entscheidender Faktor sind attraktive Arbeitsbedingungen. Die Bereitstellung von Ateliers, Proberäumen und kreativen Freiräumen kann effizient durch Kooperationen mit privaten Eigentümern und die Nutzung leerstehender Immobilien erfolgen. Solche marktnahen Lösungen verbinden Kulturförderung mit Stadtentwicklung und stärken gleichzeitig lokale Wirtschaftskreisläufe.

Im Bereich Ausbildung sollte Sachsen-Anhalt stärker auf Wettbewerb und Kooperation setzen, etwa durch Partnerschaften mit Hochschulen, privaten Bildungsträgern und internationalen Institutionen. Flexible, auch digitale Angebote können dazu beitragen, Talente im Land zu halten, ohne neue staatliche Strukturen dauerhaft auszubauen.

Nicht zuletzt braucht es eine stärkere Sichtbarkeit des Standorts. Diese entsteht vor allem durch eine lebendige Szene, internationale Vernetzung und private Initiativen. Der Staat kann hier unterstützend wirken, indem er Plattformen schafft und Kooperationen erleichtert, sollte jedoch nicht selbst zum zentralen Akteur werden.

Insgesamt gilt: Sachsen-Anhalt wird dann für Künstlerinnen und Künstler attraktiv, wenn es Freiheit, wirtschaftliche Chancen und verlässliche Rahmenbedingungen bietet. Eine liberale Kulturpolitik setzt daher konsequent auf die Stärkung des Marktes, den Abbau von Bürokratie und die Förderung privater Initiative und schafft so die Grundlage für eine dynamische und nachhaltige Entwicklung der Kulturszene.

Antwort von Die Grünen

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass der Wegzug von Fachkräften aus Sachsen-Anhalt nicht nur die Kulturszene betrifft. Ziel muss es sein, Sachsen-Anhalt weiter zu einer attraktiven Region für junge Menschen und Fachkräfte zu entwickeln. Dafür braucht es neben branchenübergreifend attraktiven Arbeitsbedingungen vor allem gute Standortfaktoren. Ein vielfältiges Kulturangebot vor Ort sowie der Erhalt von Clubs, Diskotheken und Kneipen sind dabei ebenso wichtig wie der Erhalt von Schul- und Kitastandorten auch in ländlichen Regionen. Ebenso entscheidend sind eine gute ÖPNV-Anbindung, eine verlässliche Gesundheitsversorgung und qualitativ hochwertige Einkaufsmöglichkeiten.

Konkret für die künstlerische Szene fordern wir Grüne:

Wir setzen uns dafür ein, Programme zur Förderung von Künstler*innen auszubauen, insbesondere in ländlichen Räumen. Ziel ist es, ihre Sichtbarkeit zu erhöhen und den Zugang zu notwendigen Räumen wie Ateliers und Galerien sowie zu Fördermitteln, etwa für Arbeitsstipendien, zu verbessern.

Zudem engagieren wir uns für die Einführung von Arbeits- und Aufenthaltsstipendien für nationale und internationale Künstler*innen in Sachsen-Anhalt. Damit sollen Künstler*innen gezielt gefördert und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Projekte vor Ort umzusetzen und sich kreativ zu entfalten.

Insbesondere die Heimatstipendien der Kunststiftung Sachsen-Anhalt sind weit über das Land hinaus bekannt und eine Erfolgsgeschichte. Dieses Programm, wollen wir verstetigen und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass dafür die Struktur der Kunststiftung Sachsen-Anhalt ausgebaut und die finanzielle Ausstattung verbessert wird.

Antwort von Die Linke

Die Linke erkennt in dieser Problematik vor allem eine strukturelle Unterfinanzierung und mangelnde öffentliche Wertschätzung von Kunst und Kultur. Um Sachsen-Anhalt als Standort nachhaltig zu stärken, braucht es aus unserer Sicht verbindliche öffentliche Rahmenbedingungen, die künstlerisches Arbeiten unabhängig vom Markt absichern.

Ein zentraler Ansatz ist die deutliche Stärkung der öffentlichen Kulturförderung. Kultur muss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden und entsprechend finanziert werden – verlässlich, langfristig und nicht nur projektbezogen. Gerade junge Künstler*innen brauchen Planungssicherheit statt kurzfristiger Förderlogik. Dazu gehören auch Stipendienprogramme, Residenzen und Arbeitsstipendien, die gezielt an den Standort gebunden sind.

Ebenso wichtig ist der Ausbau von Infrastruktur: bezahlbare Ateliers, Proberäume, Produktionsorte und Aufführungsstätten. Die Linke setzt sich dafür ein, das Leerstand in Städten und ländlichen Räumen gezielt für künstlerische Nutzung erschlossen werden kann. Solche Freiräume sind aus unserer Sicht entscheidender für die Standortwahl als ein funktionierender Kunstmarkt.

Für die Darstellenden Künste ist der Aufbau und die Stärkung von Ausbildungsstrukturen entscheidend. Die Linke setzt sich dafür ein, Studiengänge und Ausbildungsmöglichkeiten im Land neu zu schaffen sowie Kooperationen mit bestehenden Hochschulen und Theatern zu fördern. Schließlich setzt Die Linke auch auf kooperative und gemeinwohlorientierte Modelle: Netzwerke, soziokulturelle Zentren und selbstverwaltete Projekte stärken die Szene vor Ort und schaffen Bindung an den Standort – jenseits reiner Marktlogik.

Im Kern geht es uns darum, Sachsen-Anhalt nicht über Konkurrenz im Kunstmarkt attraktiver zu machen, sondern über gute Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, kulturelle Infrastruktur und öffentliche Wertschätzung.

Antwort der SPD

Es ist bedauerlich, wenn sich junge Künstlerinnen und Künstler entscheiden das Land (vorübergehend) zu verlassen. Wir haben gute Arbeits- und Lebensbedingungen, geringere Mieten für Ateliers und Studios und eine gute Förderkulisse, u.a. durch Stipendien und Landespreise. Allerdings stimmen wir der Aussage zu, dass es einen eher schwach ausgeprägten Kunstmarkt und Verlagsmarkt gibt, was seine Ursachen in der Wirtschaftskraft, dem Lohnniveau und einer anderen Kunsttradition hat. In den letzten Jahren konnte sich aber bspw. mit der KunstMitte Magdeburg ein Anbieter für eine Kunstmesse etablieren, der dem Kunstmarkt neue Impulse verliehen hat. Wenn sich ähnliche Initiativen an anderen Orten im Land herausbilden, unterstützen wir das gern. Die neu etablierte Landeskunstaussstellung („Re:Present“) zu Kunstankäufen des Landes ist ein weiterer Baustein, um der Kunst im Land und seinen vielfältigen Künstlerinnen und Künstlern einen Ort der Repräsentation zu bieten. Ob es langfristig eine eigene Ausbildungsstätte wie bspw. eine Kunst- oder Musikhochschule im Land geben wird, ist zu diskutieren. Wir setzen eher auf gute Arbeitsbedingungen und eine unterstützende Förderkulisse.

Frage 17 Fachkräfte	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	0	0	+	0	+	0
BBK	-	0	0	0	+	+	-
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Kulturtourismus

18. Kulturtourismuspotentiale nutzen. Sachsen-Anhalt hat das Potential, mit seiner zeitgenössischen Kulturszene touristisch zu punkten. Bislang fokussiert die Kommunikationsstrategie auf Welterbestätten, historische Baustätten und Naturtourismus. Das kreative Potenzial unserer Gegenwart wird zwar häufig in Reden beschworen und gelobt, doch bleiben gezielte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder der Vermarktung häufig aus. Wie unterstützen Sie die Zusammenarbeit zwischen Kulturakteur*innen, Tourismusverantwortlichen in den Regionen und der Marketinggesellschaft?

Antwort der AfD

Die Potenziale der zeitgenössischen Kulturszene in Sachsen-Anhalt halten wir für – noch – eher begrenzt. Entsprechend unserer #deutschdenken-Kampagne sehen wir unser größtes Potenzial in nationalkulturell hochbedeutsamen Erinnerungsorten: Merseburg als Ort der Merseburger Zaubersprüche und damit des ältesten Sprachdenkmals des Althochdeutschen, Eisleben und Wittenberg als zentrale Lebens- und Wirkungsstätten Martin Luthers, Magdeburg als Herrschaftssitz Ottos des Ersten, Schönhausen (Elbe) als Geburtsort Bismarcks und so weiter. Sachsen-Anhalt birgt einen Reichtum an nationalen Erinnerungsorten, wie ihn kaum ein anderes Bundesland zu bieten hat. Es gilt nur, diese Kulturorte in einer bündigen Erzählung zusammenzufassen und zu vermarkten. Eben das wird unsere #deutschdenken-Kampagne leisten.

Antwort des BSW

Sachsen-Anhalt verfügt neben seinen herausragenden historischen und landschaftlichen Attraktionen auch über eine vielfältige zeitgenössische Kulturszene, die stärker in touristische Strategien einbezogen werden sollte.

Wir setzen uns für eine engere Zusammenarbeit zwischen Kulturakteuren, regionalen Tourismusverantwortlichen und der Marketinggesellschaft ein, um das kreative Potenzial des Landes sichtbarer zu machen und gezielt zu kommunizieren. Dabei sollen bestehende Strukturen besser vernetzt und Synergien zwischen Kulturarbeit, kultureller Bildung und Tourismusentwicklung genutzt werden.

Ziel ist es, neben Welterbestätten und Naturtourismus auch zeitgenössische Kunst- und Kulturangebote stärker zu profilieren und als festen Bestandteil der Außendarstellung Sachsen-Anhalts zu etablieren. Dadurch können neue Zielgruppen angesprochen und die kulturelle Vielfalt des Landes sichtbarer gemacht werden.

Antwort der CDU

Sachsen-Anhalt hat das Potential, mit seiner zeitgenössischen Kulturszene touristisch zu punkten. Bislang fokussiert die Kommunikationsstrategie auf Welterbestätten, historische Baustätten und Naturtourismus. Das kreative Potenzial unserer Gegenwart wird zwar häufig in Reden beschworen und gelobt, doch bleiben gezielte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder der Vermarktung häufig aus.

Sachsen-Anhalt verfügt über eine lebendige zeitgenössische Szene, die als moderner Gegenpol zu den historischen Welterbestätten fungiert. Um dieses Potenzial touristisch nutzbar zu machen, fordert die CDU eine aktive Vernetzung zwischen freien Kulturschaffenden und regionalen Tourismusverbänden. Durch die Bereitstellung von digitalen Plattformen schaffen wir Sichtbarkeit für temporäre Ausstellungen und Festivals, die bisher im Schatten der Baudenkmäler standen. Finanzielle Anreize für Kooperationsprojekte stellen sicher, dass zeitgenössische Kultur nicht nur ideell gelobt, sondern strukturell in die Landesvermarktung integriert wird. Zudem unterstützen wir den Aufbau von Clustern, die Synergien zwischen Industriekultur, moderner Kunst und dem ländlichen Raum gezielt bündeln. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit ermöglicht es den Akteuren, überregionale Zielgruppen direkt anzusprechen und neue Besucherschichten zu erschließen. Letztlich schaffen wir durch diese enge Zusammenarbeit ein authentisches Gesamtbild Sachsen-Anhalts, das Tradition und Gegenwart als gleichwertige touristische Säulen präsentiert.

Antwort der FDP

Wir unterstützen die Zusammenarbeit zwischen Kulturakteurinnen und -akteuren, Tourismusverantwortlichen und der Marketinggesellschaft, indem wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kooperationen einfacher entstehen und sich auch praktisch lohnen.

Dabei ist uns wichtig, dass insbesondere die zeitgenössische Kulturszene stärker integriert wird. Hier sehen wir noch deutliches Potenzial, sowohl in der Vernetzung als auch in der Entwicklung gemeinsamer, marktfähiger Angebote.

Bei der Marketinggesellschaft sehen wir Luft nach oben, sowohl in einer innovativeren Ausrichtung als auch in der stärkeren Einbindung aktueller kultureller Formate. Ziel sollte es auch sein, nicht nur bestehende Angebote zu kommunizieren, sondern aktiv Kooperationen anzustoßen, neue Themen zu setzen und auch die Vielfalt der heutigen Kulturszene sichtbarer zu machen.

Insgesamt setzen wir darauf, Zusammenarbeit gezielt zu erleichtern, Anreize für gemeinsame Projekte zu schaffen und gleichzeitig Raum für neue Ideen zu geben. So kann die zeitgenössische Kultur stärker in den Tourismus integriert und als eigenständiges Profil Sachsen-Anhalts weiterentwickelt werden.

Antwort von Die Grünen

Wir setzen uns grundsätzlich dafür ein, dass touristische und kulturfördernde Maßnahmen ministeriumsübergreifend – insbesondere zwischen Wirtschaft, Bildung, Kultur und Landesentwicklung – inhaltlich, organisatorisch und finanziell besser abgestimmt werden.

Insbesondere muss die Zusammenarbeit zwischen der IMG (Investitions- und Marketinggesellschaft), dem Landestourismusverband, den regionalen Tourismusverbänden sowie den Kultur- und Schulverwaltungen verbessert werden.

Zudem sollten die vielfältigen Kulturangebote auf Landesebene stärker und gezielter beworben werden. Neben dem Fokus auf Jubiläen, Themenjahre und Welterbestätten mit großer Außenwirkung gilt es, vor allem die zahlreichen Angebote in den Regionen besser zu erschließen – sowohl für die Bevölkerung vor Ort und den Binnentourismus als auch für eine stärkere überregionale Wahrnehmung.

Antwort von Die Linke

Die Linke strebt eine bessere Verzahnung von Förderprogrammen des Bundes mit denen des Landes an, um eine engere Zusammenarbeit von Kultur und Tourismus zu ermöglichen. Die Verknüpfung von Tourismus mit Kultur, aber auch Sport birgt ein großes Potenzial für die regionale Entwicklung und ist aus unserer Sicht ausbaufähig.

Antwort der SPD

Unsere zahlreich vorhandenen touristischen Möglichkeiten sollen in Zukunft wesentlich stärker im Fokus stehen. Durch überregionale und internationale Vermarktung sowie mehrsprachige und barrierefreie Angebote wollen wir die Attraktivität des Landes erhöhen. Der Kreativwirtschaft soll dabei eine tragende Rolle zukommen: Wir wollen mehr Kooperationen der Kreativwirtschaft mit der Tourismusbranche sowie der Regionalentwicklung unterstützen, die sowohl Sachsens-Anhalts Regionen als auch die Kreativen selbst bewerben.

Frage 18 Kulturtourismus	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	+	+	+	+	0	0
BBK	-	0	-	+	0	0	0
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Bildende Kunst

19. Potentiale für Sichtbarkeit nutzen. Die Kunstsammlung des Landes wurde im Sommer 2025 erstmals in einer Ausstellung einem breiten Publikum vorgestellt („Re—present. Kunstankäufe des Landes Sachsen-Anhalt aus 35 Jahren“). Die Ankaufspolitik, die zur stetigen Erweiterung dieser offenbar hochkarätigen Sammlung führt, bleibt jedoch weitgehend im Dunkeln. Während in Sachsen regelmäßig die Neuerwerbungen des Freistaates öffentlich präsentiert werden (siehe Sammlung des Kunstfonds des Freistaates Sachsen der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden), verschwinden die Ankäufe in Sachsen-Anhalt ohne Pressemitteilung oder Ausstellung im Depot des Landesverwaltungsamtes oder von Museen. Das Land verschenkt hier die Chance, sein Ansehen als Förderer der zeitgenössischen Kunst und das der dadurch gewürdigten Künstler*innen zu steigern. Was wollen Sie in der kommenden Legislatur gegen das Schattendasein der landeseigenen Kunstsammlung unternehmen?

Antwort der AfD

Die Kunstsammlung des Landes Sachsen-Anhalt ist mit öffentlichen Mitteln entstanden und gehört deshalb sichtbar in die Öffentlichkeit. Wir wollen, dass Kunstankäufe künftig transparent dokumentiert, regelmäßig ausgestellt und digital zugänglich gemacht werden – mit Angaben zu Werk, Künstler, Ankaufssumme und Entscheidungsgrundlage. Das hat die AfD bereits Ende 2023 im Landtag thematisiert. Die Ausstellung „Re-present“ war ein richtiger, aber überfälliger erster Schritt. In der kommenden Legislatur muss daraus ein dauerhaftes Konzept werden: wechselnde Ausstellungen, ein öffentliches Online-Verzeichnis, Leihgaben an Museen, Schulen und Landesbehörden sowie eine klare Rechenschaft über die Ankaufspolitik. Kunstförderung ist nur dann effektiv, wenn sie nicht nur Künstler würdigt, sondern die Bürger einbezieht und den Umgang mit Steuergeld transparent und nachvollziehbar macht.

Antwort des BSW

Die landeseigene Kunstsammlung ist ein bedeutendes kulturpolitisches Instrument, das die Förderung zeitgenössischer Kunst sichtbar machen und die Wertschätzung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern stärken kann. Diese Potenziale sollten künftig stärker genutzt werden.

Wir setzen uns daher dafür ein, die Sichtbarkeit der Kunstankäufe des Landes zu erhöhen und regelmäßige öffentliche Präsentationsformate zu etablieren. Dazu gehören Ausstellungen, transparente Kommunikation über Neuerwerbungen sowie eine stärkere Einbindung der Sammlung in die öffentliche Kulturvermittlung.

Die Ankaufspolitik des Landes soll nachvollziehbarer und öffentlich zugänglicher gestaltet und die landeseigene Sammlung als aktives kulturpolitisches Instrument der Förderung zeitgenössischer Kunst gestärkt werden. Dadurch kann sowohl die Anerkennung der geförderten Künstlerinnen und Künstler als auch das kulturelle Profil Sachsen-Anhalts insgesamt geschärft werden.

Antwort der CDU

Im Kulturfördergesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist die Pflege und Erschließung des kulturellen Erbes ausdrücklich als staatliche Aufgabe geregelt. Dazu stehen wir als CDU Sachsen-Anhalt. Die landeseigene Kunstsammlung ist ein wichtiger Teil dieses Erbes und sollte stärker als bisher ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Die ist durch Digitalisierung sowie Kooperationen mit Museen und Bildungseinrichtungen möglich.

Antwort der FDP

Es kann nicht sein, dass Kunst auf Kosten der Steuerzahler im Depot verschwindet. Wir wollen volle Transparenz, eine digitale Sammlung und mehr Kooperation mit privaten Partnern. Kunst gehört in die Öffentlichkeit und nicht in die Verwaltung.

Antwort von Die Grünen

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass mit den Kunstankäufen des Landes transparenter und wertschätzender umgegangen wird. Dazu fordern wir, dass die Empfehlungen des Kunstbeirats zu Ankäufen nach den jeweiligen Sitzungen im Rahmen einer Pressekonferenz sowie online über das Landesportal Sachsen-Anhalt veröffentlicht werden.

Zudem soll die Auflistung der Kunstankäufe durch zusätzliche Informationen weiter qualifiziert werden. Dazu gehören Kurzbiografien und Fotos der jeweiligen Künstler*innen sowie Abbildungen der Werke und Angaben zu deren Aufbewahrungs- beziehungsweise Ausstellungsorten.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Staatskanzlei jährlich eine Ausstellung organisiert, in der die Kunstankäufe des Landes der breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Diese Ausstellung soll kostenfrei zugänglich sein und im Beisein der beteiligten Künstler*innen stattfinden.

Antwort von Die Linke

Die Präsentation der Kunstankäufe aus fast 35 Jahren Praxis mit der Ausstellung „Re-present“ durch die Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2025 war überfällig. Aus Sicht der Linken muss die Unterstützung neben dem reinen Ankauf zwingend an eine regelmäßige Präsentation gekoppelt werden, die sowohl für Transparenz sorgt als auch einen repräsentativen Nutzen für die Künstler:innen darstellt. Eine Anlehnung an die Praxis im Freistaat Sachsen unterstützen wir für Sachsen-Anhalt ausdrücklich.

Antwort der SPD

Es ist der SPD-Fraktion und der steten Nachfragen unseres kulturpolitischen Sprechers, Holger Hövelmann, und seiner Kleinen Anfragen zum Thema Kunstankäufe des Landes und der Berichterstattung des MDR (<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/landesregierung-kunstankaeufe-liste-100.html>), zu verdanken, dass es nach vielen Jahren Bewegung in dieser Thematik gab. Die Kleinen Anfragen haben dazu beigetragen, dass die Ankaufslisten von Kunstwerken des Landes veröffentlicht wurden und es im Nachgang erstmals eine Ausstellung zu den Ankäufen des Landes in der Kunststiftung des Landes in Halle (Saale) gab. Wir haben in unserem Wahlprogramm folgende Festlegung getroffen: „Eine Landeskunstaussstellung präsentiert angekaufte Werke und sichert Künstlernachlässe dauerhaft. Kunst braucht Öffentlichkeit, nicht nur Depots.“ Dies wollen wir weiter fortsetzen, da wir der Meinung sind Kunst braucht Sichtbarkeit und die Künstlerinnen und Künstler des Landes brauchen sich nicht zu verstecken.

Frage 19 Bildende Kunst	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	0	0	0	0	0
BBK	+	+	0	+	+	0	+
KWSA	+	+	+	+	+	+	+

Thema Kulturelles Erbe

20. Das zukünftige kulturelle Erbe physisch sichern. Der BBK setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass ein Zentrum für Künstlernachlässe Sachsen-Anhalt gegründet wird, in dem ausgewählte Nachlässe bildender Künstler*innen bewahrt und zugänglich gemacht werden. Die Relevanz dokumentiert sich bereits im Koalitionsvertrag der Legislatur 2021–2026, die Umsetzung steht noch aus. Im Zuge der Umstrukturierungsmaßnahmen des Landesverwaltungsamts könnte nunmehr die bereits dort angesiedelte Dokumentationsstelle Bildende Kunst Sachsen-Anhalt in eine Landeskunstsammlung und Zentrum für Künstlernachlässe überführt werden. Setzen Sie sich dafür ein?

Antwort der AfD

Ja, allerdings werden wir ausgewählte Nachlässe von Künstlern bewahren, nicht von „Künstler*innen“, was auch immer das sein soll.

Antwort des BSW

Der Erhalt des künstlerischen Nachlasses ist ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Kulturpolitik und trägt wesentlich dazu bei, das kulturelle Erbe Sachsen-Anhalts dauerhaft zu sichern und zugänglich zu machen.

Wir unterstützen grundsätzlich die Stärkung von Strukturen, die der Bewahrung, Dokumentation und Vermittlung künstlerischer Nachlässe dienen. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung bestehender Einrichtungen und Kompetenzen innerhalb der Landesverwaltung, um eine bessere Sichtbarkeit und langfristige Sicherung bildkünstlerischer Werke zu gewährleisten.

Es ist wichtig, das zukünftige kulturelle Erbe nicht nur zu bewahren, sondern auch öffentlich zugänglich zu machen und in die kulturelle Vermittlung einzubinden. Die Weiterentwicklung geeigneter Strukturen zur Sammlung und Betreuung von Künstlernachlässen sehen wir dabei als wichtigen Baustein einer verantwortungsvollen Kulturpolitik.

Antwort der CDU

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich grundsätzlich für die Bewahrung des kulturellen Erbes ein. Einzelne Projekte prüfen wir auf ihre Machbarkeit unter organisatorischen und finanziellen Gesichtspunkten.

Antwort der FDP

Der Erhalt künstlerischer Nachlässe ist wichtig. Deshalb wollen wir die bestehende Dokumentations- stelle gezielt zu einem Zentrum für Künstlernachlässe weiterentwickeln. Konkret heißt das, klare Auswahlkriterien, professionelle Lagerung, konsequente Digitalisierung und feste Kooperationen mit Museen, BBK und privaten Partnern. So sichern wir kulturelles Erbe effizient und machen es endlich sichtbar.

Antwort von Die Grünen

Wir Grüne plädieren dafür, Künstler*innennachlässe öffentlich zugänglich zu machen, um das kulturelle Erbe zu bewahren. Wir sind offen für Vorschläge und Diskussionen darüber, wie dies umgesetzt werden kann, etwa durch die Einrichtung eines eigenen Zentrums für Künstler*innennachlässe.

Antwort von Die Linke

Die Linke teilt das Anliegen des BBK. Die Weiterführung der Erforschung von Strukturen und das daraus zu entwickelnde Konzept zur Sicherung und Bewahrung künstlerischer Nachlässe stellen aus unserer Sicht eine zwingende Notwendigkeit dar. Der vom BBK ermittelte hohe Bedarf an Lagerkapazitäten, Dokumentationsmöglichkeiten und professioneller Betreuung im Bereich Künstlernachlassssicherung zeigt die Erfordernis einer Dokumentationsstelle. Die Linke möchte sich diesem Thema gemeinsam mit dem BBK in der kommenden Legislatur annehmen.

Antwort der SPD

Ja. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Zur Sicherung künstlerischen Nachlasses unterstützt das Land den Berufsverband bildender Künstler (BBK) beim Aufbau eines Nachlassarchives.“ (Zeile 5375). Als SPD haben wir das Projekt in der 8. Legislatur unterstützt und auch in den Verhandlungen zum Haushalt 2025/2026 immer wieder vorgetragen. Leider konnten wir in den Beratungen nicht die Unterstützung der Koalitionspartner gewinnen. Wir unterstützten die Idee eines landeseigenen Künstlerinnen- und Künstlernachlasses und werden uns weiterhin für die notwendigen Mittel in den kommenden Jahren einsetzen.

Frage 20 Kulturelles Erbe	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	0	0	0	0	0
BBK	-	0	0	+	+	+	+
KWSA	0	+	0	+	+	+	+

Thema Digitalisierung Kulturelles Erbe

21. Das zukünftige kulturelle Erbe digital sichern. Der BBK betreibt die „Werkdatenbank bildende Kunst Sachsen-Anhalt“, die auf einem angemieteten Firmenserver gehostet wird. Eine zusätzliche Sicherung auf einem Landesserver ist dringend erforderlich. Das Land verfügt derzeit aber nicht über eine digitale Infrastruktur, auf die Landeseinrichtungen, aber auch Kultureinrichtungen wie Museen, Verbände oder Vereine zurückgreifen können. Setzen Sie sich für eine landeseigene Strategie für die Langzeitarchivierung von digitalem Kulturgut ein?

Antwort der AfD

Ja. Angesichts der Bedeutung des kulturellen Erbes für unsere kulturelle Identität im Hier und Jetzt sind solche Sicherungsmaßnahmen sinnvoll.

Antwort des BSW

Die digitale Sicherung kulturellen Erbes ist eine zentrale Zukunftsaufgabe der Kulturpolitik. Werke, Daten und Dokumentationen der bildenden Kunst müssen dauerhaft, sicher und unabhängig von kommerziellen Infrastrukturangeboten archiviert werden können. Wir setzen uns für die Entwicklung einer landeseigenen Strategie zur digitalen Langzeitarchivierung von Kulturgut ein. Dazu gehört der Aufbau bzw. die Bereitstellung geeigneter digitaler Infrastrukturen, auf die Landeseinrichtungen sowie Museen, Verbände und kulturelle Initiativen verlässlich zugreifen können. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit bestehenden Fachstellen und kulturellen Akteuren weiterentwickelt werden, um praktikable und nachhaltige Lösungen zu schaffen.

Antwort der CDU

Die Digitalisierung im Kulturbereich und die Bewahrung des kulturellen Erbes auch im digitalen Wandel erachtet die CDU Sachsen-Anhalt als wichtig. Dabei haben wir die Sicherung des Erbes, den Zugang dazu und die Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur im Blick.

Antwort der FDP

Digitales Kulturerbe darf nicht vom Zufall oder einzelnen Serverlösungen abhängen. Die aktuelle Situation zeigt klar, es fehlt an verlässlicher Infrastruktur.

Wir setzen uns für eine landesweite Strategie ein, die sichere Speicherlösungen, verbindliche Standards und einfachen Zugang für Museen, Verbände und Initiativen schafft. Dabei setzen wir auf Kooperationen und bestehende Technologien statt neuer Bürokratie.

Ziel ist eine dauerhaft sichere, effiziente und moderne Archivierung unseres kulturellen Erbes.

Antwort von Die Grünen

Durch die wertvolle Arbeit des BBK konnten immer mehr Verzeichnisse in die Werk- Datenbank aufgenommen werden. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung im Rahmen einer Bedarfsanalyse und einer Machbarkeitsstudie prüft, inwiefern das digitale kulturelle Erbe gesichert werden kann.

Antwort von Die Linke

Die derzeitige Situation – dass zentrale kulturelle Daten wie die „Werkdatenbank bildende Kunst Sachsen-Anhalt“ lediglich auf extern angemieteten Servern liegen – ist weder nachhaltig noch sicher. Kulturelles Erbe ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht von privaten Infrastrukturen abhängig sein, deren Verfügbarkeit, Datensicherheit und langfristige Stabilität nicht demokratisch kontrolliert werden.

DIE LINKE setzt sich daher dafür ein:

- eine öffentliche, landeseigene digitale Infrastruktur aufzubauen, die auch von Kultureinrichtungen, Museen, Verbänden und freien Trägern genutzt werden kann;
- verbindliche Standards für Datensicherung, Archivierung und Zugänglichkeit zu entwickeln;
- kulturelle Daten als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu behandeln – also ähnlich wie Bibliotheken oder Archive;
- Open-Source-Lösungen und offene Schnittstellen zu fördern, um Abhängigkeiten von kommerziellen Anbietern zu reduzieren.

Gerade kleinere Einrichtungen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Es braucht zentrale Unterstützung, Beratung und technische Infrastruktur, damit digitales Kulturgut nicht verloren geht.

Antwort der SPD

Ja. Das unterstützen wir. Über die genauen Modalitäten und Ausgestaltung können wir gern ins Gespräch kommen. Langzeitarchivierung und Digitalisierung sind Fragestellungen, die auch für andere Sparten und Bereiche der Kulturlandschaft (Museen, Stiftungen, Musik etc.) von Relevanz sind. Hier müsste sich ggf. auf ein übergreifendes Konzept verständigt werden.

Frage 21 Digitalisierung	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	0	0	0	0	0
BBK	-	+	0	+	+	+	+
KWSA	+	+	+	+	+	+	+

Thema Kooperation Landesregierung mit Verbänden

22. Zusammenarbeit zwischen Landespolitik und BBK festigen. Der BBK verfügt über eine breite Expertise in mehreren kulturellen Bereichen (Stadtgestaltung, Kunst am Bau, Kunst im öffentlichen Raum, Jurys und Preisgerichte, Stipendien, Künstlernachlässe, Kulturelle Bildung etc.) und ist bereit, diese im Landesinteresse fruchtbar zu machen. Wie möchte Ihre Partei die Expertise des BBK in der kommenden Legislaturperiode in die eigene kulturpolitische Arbeit integrieren?

Antwort der AfD

Wenn der BBK uns bei der Umsetzung unserer #deutschdenken-Kampagne unterstützen will, ist er herzlich willkommen.

Antwort des BSW

Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und fachlich spezialisierten Akteuren wie dem BBK ist ein wichtiger Bestandteil einer praxisnahen und wirksamen Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt.

Wir finden es wichtig, die Expertise des BBK systematisch in kulturpolitische Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse einzubeziehen, insbesondere in Bereichen wie Kunstförderung, kulturelle Bildung, Kunst im öffentlichen Raum, Juryarbeit sowie der Entwicklung von Förderstrukturen und Programmen. Eine frühzeitige und kontinuierliche Einbindung relevanter Akteure, um kulturpolitische Maßnahmen stärker an der Praxis auszurichten und vorhandenes Fachwissen besser zu nutzen, ist hierbei essenziell. Dadurch kann Kulturpolitik transparenter, fachlich fundierter und näher an den realen Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern gestaltet werden.

Antwort der CDU

Die CDU Sachsen-Anhalt sieht im BBK einen wichtigen fachlichen Ansprechpartner für den Fachbereich der Bildenden Kunst. Der Austausch soll auch weiterhin über die bewährten Formate der Kulturpolitik erfolgen.

Antwort der FDP

Die Expertise des BBK ist wichtig und soll stärker in die Praxis einfließen. Wir setzen auf gezielte Einbindung in Projekte, Jurys und Anhörungen eben dort, wo sie konkret gebraucht wird.

Gleichzeitig gilt für uns: keine festen Abhängigkeiten, sondern offene Beteiligung und Wettbewerb der Ideen. So entsteht bessere Kulturpolitik nah an der Praxis.

Antwort von Die Grünen

Wir Grüne stehen in einem guten und regelmäßigen Austausch mit dem BBK. Wir schätzen die Expertise und die fachkundigen Hinweise, die wir vom BBK erhalten, sehr. Der BBK kann sich jederzeit an uns wenden – wir freuen uns über den fortlaufenden Austausch.

Antwort von Die Linke

Die Linke Sachsen-Anhalt misst der Expertise des BBK eine große Bedeutung bei. Unsere Kulturpolitik schließt deutlich die systematische und verbindliche Hinzuziehung externer Expertise (so durch die Dachverbände) in politische Entscheidungsprozesse ein. Konkret setzen wir uns dafür ein, den BBK als festen beratenden Partner der Landespolitik zu etablieren. Das bedeutet unter anderem, ihn regelmäßig in kulturpolitische Gremien, Anhörungen und Strategieprozesse einzubinden – etwa bei Fragen der Stadtgestaltung, Kunst am Bau, Kunst im öffentlichen Raum oder der Ausgestaltung von Förderprogrammen.

Antwort der SPD

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder einen anregenden und informativen Austausch über kulturpolitische Fragestellungen mit dem BBK gehabt und freuen uns dies auch fortzuführen. Gern kommen wir mit Ihnen und den Kolleginnen und Kollegen zu Fragestellungen ins Gespräch.

Frage 22 Kooperation mit Landesregierung	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	0	0	0	0	0
BBK	-	0	0	+	0	0	0
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Freie Darstellende Künste

23. Etat für Freies Theater schrittweise stärken. Die 2022 eingeführten neuen Förderinstrumente für Theater in Freier Trägerschaft haben quer durchs Land für Nachwuchs sowie für qualitative Entwicklungsschritte gesorgt. Nach 3 Jahren Erprobung werden 2026 Veränderungen in Kraft treten, die noch stärker als bislang mittelfristige Planungssicherheit und qualitative Entwicklung in der Produktionsarbeit ermöglichen sollen. Die Richtlinie bleibt am Puls der Zeit, die Akteur*innen eröffnen sich neue Finanzierungswege – wenn der Etat für Theater in freier Trägerschaft weiter flexibel bleibt und seine verabredete Zielstellung der schrittweisen Erhöhung nicht vergisst. Setzen Sie sich dafür ein, diesen in der Nachhaltigkeit wirksamen Pfad der finanziellen wie rahmengebenden Entwicklung für Theater in Freier Trägerschaft zu verfolgen und die 1 Mio. € Grenze in 2027 zu erreichen? Unterstützen Sie die Forderung nach einer ergänzenden Förderung für Spiel- und Produktionsorte der Freien Szene, um strukturelle Entwicklungen bei Einzelakteur*innen durch adäquat ausgestattete Spiel- und Produktionsorte zu flankieren, sowie Chancen auf bundesweite Vernetzung und Sichtbarkeit zu erhöhen?

Antwort der AfD

Das hängt davon ab, welche Qualität die geförderten Aktivitäten erreichen und ob sie sich von politischer Agitation freihalten. Wenn das der Fall ist, können je nach Lagebild sogar mehr als eine Million Euro freigemacht werden. Außerdem sollte natürlich die lächerliche *-Schreibweise abgelegt werden.

Antwort des BSW

Die positiven Erfahrungen mit den neuen Förderinstrumenten für Theater in freier Trägerschaft zeigen, dass verlässliche und weiterentwickelte Strukturen entscheidend für künstlerische Qualität, Nachwuchsarbeit und nachhaltige Produktionsbedingungen sind. Wir setzen uns dafür ein, diesen eingeschlagenen Weg der schrittweisen Stärkung der freien Theaterszene fortzuführen und die langfristige Planungssicherheit weiter auszubauen. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung der finanziellen Ausstattung ist dabei ein wichtiger Bestandteil, um qualitative künstlerische Arbeit im Land zu sichern und weiterzuentwickeln. Zugleich unterstützen wir ergänzende Förderansätze für Spiel- und Produktionsorte der freien Szene, um strukturelle Arbeitsbedingungen zu verbessern und Vernetzung sowie Sichtbarkeit über das Land hinaus zu stärken. Nur so können künstlerische Entwicklungen nachhaltig verankert und bundesweite Anschlussfähigkeit ermöglicht werden.

Antwort der CDU

Die Unterstützung der Freien Szene und der Theater in freier Trägerschaft ist Teil der Kulturförderung des Landes. Ziel der CDU Sachsen-Anhalt ist es, ihre Entwicklung im Rahmen einer verlässlichen Förderung weiter zu unterstützen.

Antwort der FDP

Die Freien Theater sind kreativ, beweglich und nah am Publikum. Dass die Förderinstrumente seit 2022 moderner, flexibler und entwicklungsorientierter aufgestellt sind, ist auch ein Ergebnis unserer Regierungsbeteiligung als FDP. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

Unser Fokus liegt auf verlässlichen Rahmenbedingungen statt starrer Vorgaben. Mehr Planungssicherheit, weniger Bürokratie und eine Förderung, die Qualität, Reichweite und künstlerische Entwicklung belohnt.

Gerade für die freie Szene sind starke Spiel- und Produktionsorte wichtig. Wir wollen sie so fördern, dass sie Kooperationen ermöglichen, neue Finanzierungswege erschließen und die Sichtbarkeit über Sachsen-Anhalt hinaus stärken.

Unser Ziel ist klar, mehr Freiheit, mehr Vertrauen und echte Entwicklungsperspektiven für die Freien Darstellenden Künste.

Antwort von Die Grünen

Wir Grüne wollen freie Theater und Spielstätten gezielt unterstützen, da sie einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und Innovation in Sachsen-Anhalt leisten. Deshalb werden wir die Projektförderung schrittweise erhöhen und ihren Anteil an der Gesamtförderung ausbauen. Langfristig streben wir eine institutionelle Förderung freier Ensembles sowie von Theaterhäusern und Produktionsorten an.

Antwort von Die Linke

Die Linke Sachsen-Anhalt setzt sich klar dafür ein, den eingeschlagenen Weg bei der Förderung von Theatern in freier Trägerschaft konsequent weiterzugehen und auszubauen. Die bisherigen Reformen haben gezeigt, dass verlässliche und zugleich flexible Förderinstrumente entscheidend sind, um künstlerische Qualität, Nachwuchsförderung und nachhaltige Arbeitsstrukturen in der Freien Szene zu stärken. Diese Entwicklung darf nicht abgebrochen werden. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich das Ziel, den Förderetat schrittweise zu erhöhen.

Für uns ist dabei zentral, dass Planungssicherheit und künstlerische Entwicklung Hand in Hand gehen. Mehrjährige Förderperspektiven ermöglichen es den Akteur*innen, kontinuierlich zu arbeiten, Personal zu halten und künstlerische Handschriften zu entwickeln, statt von Projekt zu Projekt zu springen. Ebenso unterstützen wir die Forderung nach einer ergänzenden Förderung von Spiel- und Produktionsorten der Freien Szene. Gute künstlerische Arbeit braucht verlässliche Räume und Infrastruktur. Unser kulturpolitischer Ansatz versteht die Freie Szene als unverzichtbaren Bestandteil der Theaterlandschaft.

Antwort der SPD

Ja, dieses Ziel unterstützen wir. Ob es ausreichende finanzielle Handlungsspielräume in den kommenden Jahren im Landeshaushalt geben wird, können wir derzeit noch nicht verbindlich einschätzen. Eine eigene Spielstättenförderung wird von uns ebenfalls unterstützt.

Frage 23 Etats	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	-	+	0	0	+	+	+
BBK	-	+	0	0	+	+	0
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Sichtbarkeit der Kultur- & Kreativwirtschaft

24. Sichtbarkeit fördern, Daten austauschen. Gerade für kleine Kulturakteure wie Soloselbstständige oder Amateurtheatergruppen ist die überregionale Sichtbarkeit abseits von Aufführungs- oder Workshopterminen sehr erschwert. Die Förderung darf nicht eingesetzt werden für Kosten, die auch außerhalb von Projekten laufen – professionelle Unterstützung für Homepagebetrieb, Ticketing, Reach-out und Marketing für das Künstlerische Unternehmen abseits der Projekte können sich die meisten nicht leisten. Gemeinsam betriebene Plattformen können hier unterstützen, wenn mittels Datentransfer neue Akquiseoptionen erschließen – und bereiten zugleich den Boden für eine digitale Sammlung hiesig produzierter Werke der freien darstellenden Künste. Unterstützen Sie digitale Vorhaben, die solidarisch (und DSGVO- und Urheberrecht konform) aufgestellt sind durch passende Förderinstrumente, die deren Aufbau und laufenden Betrieb ermöglichen? Sehen Sie einen förderfähigen Mehrwert in der Unterstützung von Reichweitenerhöhung und Vernetzungsprozessen zugunsten erhöhter Sichtbarkeit? Wie bewerten Sie die Potentiale von THEATRIS für die Freien Darstellenden Künste?

Antwort der AfD

Das sind letztlich Detailfragen zur Struktur des Kunstbetriebs, die den Staat und die Politik nichts angehen. Die Politik sollte einzelne Kunstprojekte, Künstler oder Institutionen fördern, aber auf welchen Plattformen sich Künstler wie vernetzen, ist dann deren Sache.

Antwort des BSW

Grundsätzlich sehen wir in der Stärkung von Reichweite, Vernetzung und digitaler Infrastruktur einen klaren kulturpolitischen Mehrwert, da sie zur Professionalisierung und besseren Wahrnehmbarkeit der freien Szene beitragen können. Gerade Soloselbstständige und kleinere Gruppen benötigen Unterstützung, um ihre Arbeit über regionale Grenzen hinaus sichtbar zu machen und langfristig tragfähige Strukturen aufzubauen.

Wir unterstützen digitale, solidarisch organisierte und rechtssichere Lösungen, die den Austausch von Daten, die Vernetzung von Akteuren und die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur ermöglichen. Dabei ist entscheidend, dass solche Vorhaben DSGVO-konform und unter Wahrung von Urheberrechten umgesetzt werden und zugleich eine nachhaltige Nutzung auch außerhalb einzelner Projektförderungen ermöglichen.

Digitale Plattformen und gemeinsame Strukturen können dazu beitragen, Produktions- und Aufführungsbedingungen zu verbessern und die Sichtbarkeit zeitgenössischer darstellender Kunst zu erhöhen. Förderinstrumente sollten daher so ausgestaltet sein, dass sowohl Aufbau als auch perspektivisch der Betrieb solcher Strukturen unterstützt werden können, sofern sie einen nachhaltigen Beitrag zur kulturellen Infrastruktur leisten.

Antwort der CDU

Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich zur Digitalisierung, Vernetzung und Sichtbarkeit. Digitale, rechtssichere und nachhaltige Kulturprojekte sollen grundsätzlich gefördert werden können - ob und in welcher Höhe dies erfolgt, soll weiter im Förderverfahren fachlich geprüft werden.

Antwort der FDP

Als FDP Sachsen-Anhalt stehen wir klar für digitale Vorhaben, die sowohl das gesellschaftliche, als auch das unternehmerische Leben vereinfachen. Hierzu zählt auch das Portal für freies Theater THEATRIS, welches bereits gefördert wird. Positiv hervorzuheben ist diesbezüglich, dass es eine gemeinsam betriebene Plattform ist. Aus Sicht der FDP ist dies anzustreben, entgegen vieler einzelner Plattformen. So kann es möglich gemacht werden die benötigten Informationen sowie auch einen umfassenden Gesamtüberblick zu erhalten. Speziell zum Thema der Förderfähigkeit muss realistisch betrachtet werden, dass nicht alles gefördert werden kann. Umso wichtiger sind gemeinsame Möglichkeiten, um auch so Sichtbarkeit und Reichweite zu stärken.

Antwort von Die Grünen

Wir Grüne befürworten die (digitale) Vernetzung von Kulturschaffenden und Künstler*innen der freien Szene, da sie gegenseitige Unterstützung sowie Ideen- und Wissensaustausch ermöglicht und eine große Bereicherung darstellt.

Antwort von Die Linke

Sichtbarkeit, Reichweite und Vernetzung sind heute zentrale Voraussetzungen für künstlerische Arbeit und wirtschaftliches Überleben. Die Linke sieht hier einen klaren kulturpolitischen Handlungsauftrag.

Solche Ansätze schaffen nicht nur bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch einen nachhaltigen Mehrwert für die gesamte Kulturlandschaft: Sie erhöhen die Auffindbarkeit künstlerischer Angebote, erleichtern Kooperationen und tragen zur Dokumentation und Archivierung künstlerischer Produktionen bei.

Die Potenziale von THEATRIS bewerten wir in diesem Zusammenhang positiv. Als gemeinsame Plattform kann THEATRIS dazu beitragen, Sichtbarkeit zu erhöhen, Akteur*innen zu vernetzen und langfristig auch eine digitale Sammlung der freien darstellenden Künste im Land aufzubauen. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass solche Strukturen dauerhaft abgesichert, offen zugänglich und partizipativ weiterentwickelt werden.

Antwort der SPD

Um als solosebständige Künstlerinnen oder Künstler, neben der eigenen künstlerischen Arbeit und Produktion, Zeit und Raum für das „drumherum“ (Kommunikation, Marketing, Vertrieb, Werbung, Finanzen etc.) zu finden und umzusetzen, ist für viele eine fast nicht zu leistende Herausforderung. Wenn sich Kunstschaftende zusammenschließen und gemeinsame Plattformen wie THEATRIS /Auftritte etc. betreiben und nutzen wollen, dann unterstützen wir das gern. Über die genaue Umsetzung und mögliche Bedingungen, um solche Projekteideen zum Gelingen zu bringen, dafür sollten wir gern in den Austausch kommen.

Frage 24 Sichtbarkeit	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	+	0	0	+	+	0
BBK	0	0	0	+	0	+	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Chancen der Kultur- & Kreativwirtschaft

25. Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen. Welche Steuerungs- und Weisungsmöglichkeiten sehen Sie auf Landesebene gegenüber nachgeordneten Behörden, Einrichtungen und landeseigenen Institutionen, um die Vergabep Praxis so auszugestalten, dass kleinere und mittelständische Unternehmen sowie Solo-Selbstständige realistische Beteiligungschancen erhalten:

- z. B. durch sachgerechte Losbildung,
- das qualitative Zuschlagskriterien stärker berücksichtigt werden
- und regionale Wertschöpfung innerhalb Sachsen-Anhalts gestärkt wird, – unter Beachtung der geltenden europäischen und nationalen Vergabevorschriften?

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Vergabep Praxis mittelstands- und kreativwirtschaftsfreundlicher zu gestalten?

Antwort der AfD

Die geltenden europäischen Vergabevorschriften sehen wir eher kritisch. Nachgeordneten Behörden, Einrichtungen und landeseigenen Institutionen wollen wir im Sinne der Entbürokratisierung so wenig wie möglich in ihre Vergabep Praxis hineinreden.

Antwort des BSW

Ein fairer und zugänglicher öffentlicher Vergabemarkt ist auch für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt von großer Bedeutung. Gerade kleinere Unternehmen und Soloselbstständige müssen realistische Chancen haben, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen.

Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende vergaberechtliche Spielräume konsequent genutzt werden, insbesondere durch sachgerechte Losbildung und eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Ausschreibungen. Dadurch können auch kleinere Akteure stärker berücksichtigt werden.

Zugleich unterstützen wir eine stärkere Berücksichtigung qualitativer Kriterien bei der Vergabe, um nicht ausschließlich den niedrigsten Preis, sondern auch künstlerische und inhaltliche Qualität angemessen zu bewerten. Damit kann die Vielfalt und Professionalität der Angebote besser abgebildet werden.

Darüber hinaus wollen wir die regionale Wertschöpfung stärken, indem öffentliche Aufträge transparenter gestaltet und stärker an Akteure im Land angebunden werden. Ziel ist eine Vergabep Praxis, die sowohl rechtssicher als auch praxisnah ist und die kulturelle und wirtschaftliche Struktur Sachsen-Anhalts nachhaltig stärkt.

Antwort der CDU

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für eine mittelstands- und kreativwirtschaftsfreundliche Vergabe- und Förderpraxis ein. Unser Ziel ist es, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, Solo-Selbstständigen sowie Akteurinnen und Akteuren der Kultur- und Kreativwirtschaft einen fairen und praktikablen Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Förderinstrumenten zu ermöglichen. Vereinfachung und Bürokratieabbau haben für uns Priorität.

Antwort der FDP

Die FDP Sachsen-Anhalt setzt sich für einen offenen, fairen und unbürokratischen Zugang der Kultur- und Kreativwirtschaft zu öffentlichen Ausschreibungen ein. Gerade Solo-Selbstständige und kleine kreative Unternehmen brauchen realistische Beteiligungschancen. Deshalb wollen wir die Losvergabe konsequent als Regelfall etablieren und Vergaben stärker in kleinere, passgenaue Einheiten aufteilen. Eignungsanforderungen müssen verhältnismäßig sein, Nachweise sollen erst vom Zuschlagsbieter verlangt werden. Qualität und künstlerische Leistung müssen stärker gewichtet werden als der reine Preis. Gleichzeitig setzen wir auf flexible Vergabeformate wie Wettbewerbe oder Pitch-Verfahren, die der Arbeitsweise der Kreativwirtschaft besser entsprechen. Digitale und schlanke Verfahren senken Zugangshürden zusätzlich. Regionale Kreativstrukturen stärken wir durch bessere Beteiligung, nicht durch Protektionismus. Unser Ziel ist eine Vergabep Praxis, die kreative Leistungen fair berücksichtigt und kulturelle Vielfalt stärkt.

Antwort von Die Grünen

Das Vergabegesetz des Landes mit seinen gesetzlichen Vorgaben für öffentliche Auftraggeber soll bei der Auftragsvergabe neben auftragsspezifischen auch sogenannte vergabefremde Kriterien berücksichtigen können. Es geht dabei nicht um zusätzliche Bürokratie, sondern darum, dass die öffentliche Hand für ihren eigenen Zuständigkeitsbereich entsprechende Kriterien festlegen kann. Wichtig sind zudem eine sachgerechte Losbildung, niedrighschwellige Verfahren und transparente Kriterien.

Antwort von Die Linke

Öffentliche Aufträge sind ein wichtiges politisches Steuerungsinstrument. Sie dürfen nicht allein nach dem billigsten Preis vergeben werden, sondern müssen Qualität, soziale Kriterien und regionale Effekte stärker berücksichtigen. Wir wollen die vorhandenen rechtlichen Spielräume konsequent ausschöpfen, statt sie aus Vorsicht ungenutzt zu lassen und das Landesvergabegesetz zu einem klar kreativwirtschaftlichen Instrument weiterentwickeln. Darüber hinaus sind auch verbesserte Beratungs- und Unterstützungsangebote für Solo-Selbstständige eine notwendige Maßnahme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. Eine faire Vergabep Praxis stärkt nicht nur die regionale Wirtschaft, sondern sichert auch Vielfalt, Qualität und gute Arbeitsbedingungen – gerade in der Kultur- und Kreativbranche.

Antwort der SPD

Mit der Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (TVergG LSA) haben wir bereits in dieser Legislatur bedeutende Vereinfachungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge umgesetzt. So wurden die Mindestschwellenwerte deutlich nach oben gesetzt und freihändige Vergaben erleichtert, was kleinere vor Ort verankerte Unternehmer begünstigt. Zudem ist nicht mehr das günstigste Angebot das entscheidende Argument für die Zuschlagsbewertung. Wir werden weiterhin bei den Kommunen und Landkreisen dafür werben, diese Vereinfachungen auch zu nutzen.

Die 2025 geschaffenen zusätzlichen Erleichterungen im TVergG LSA laufen zum 31.12.2028 aus. Spätestens dann werden wir die Regelungen gerade mit Blick auf die Nutzbarkeit für KMU und Solo-Selbstständige evaluieren. Eine Abschaffung des Gesetzes lehnen wir ab, da es gerade die fair und sauber arbeitenden Unternehmen schützen soll.

Frage 25 Ausschreibungen	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	0	0	0	0	0
BBK	0	0	0	+	0	+	+
KWSA	-	+	+	+	+	+	+

Thema Regionale Innovationsstrategie

26. Kreativwirtschaft als eigenständiger Wirtschaftszweig. Die in der Präambel gezeigten Werte zeigen die Bedeutung als eigenes Marktsegment. Welche Rolle soll die Kreativwirtschaft künftig in der Wirtschafts-, Innovations- und Standortpolitik Sachsen-Anhalts spielen – jenseits ihrer Funktion als „weicher Standortfaktor“?

Antwort der AfD

Kunstförderung sollte sich nicht dadurch legitimieren müssen, als weicher Standortfaktor zur Steigerung der Wirtschaftsleistung beizutragen. Ökonomische Wachstumsnarrative, Standortattraktivität und die sogenannte Umwegrentabilität spielen in der Kunstförderung, wie wir sie anstreben, keine Rolle. Sicherlich ergeben sich solche Effekte, wir sind jedoch überzeugt, dass sie sich am besten entfalten, wenn sie nicht bewusst bezweckt werden. Wir laden die Kreativwirtschaft ein, sich auf unsere #deutschdenken-Kampagne einzulassen und sich mit Leib und Seele daran zu beteiligen. Dann werden alle ein gedeihliches Auskommen finden.

Antwort des BSW

Die Kreativwirtschaft ist ein eigenständiger und relevanter Wirtschaftszweig, der weit über ihre Funktion als Standortfaktor hinausgeht. Sie verbindet künstlerische, kulturelle und unternehmerische Leistungen und trägt wesentlich zu Innovation, Beschäftigung und gesellschaftlicher Entwicklung bei.

Wir setzen uns dafür ein, die Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt stärker als eigenständigen Teil der Wirtschafts- und Innovationspolitik zu verankern. Dazu gehören bessere Rahmenbedingungen für Gründungen, verlässliche Förderstrukturen sowie der Abbau bürokratischer Hürden, um kreative und unternehmerische Potenziale besser zu entfalten.

Zugleich wollen wir die Vernetzung zwischen Kreativwirtschaft, Kulturinstitutionen, Bildung und anderen Wirtschaftsbereichen stärken, um Innovationsprozesse zu fördern und neue Wertschöpfung zu ermöglichen. Die Kreativwirtschaft soll als aktiver Motor für wirtschaftliche Entwicklung, regionale Dynamik und gesellschaftliche Innovation verstanden und entsprechend politisch berücksichtigt werden.

Antwort der CDU

Die Kultur- und Kreativbranche ist für uns nicht nur „weicher Standortfaktor“, sondern verfügt als eigenständige Zukunfts- und Innovationsbranche über erhebliches wirtschaftliches, gesellschaftliches und technologisches Potenzial. Dieses gilt es, zu nutzen.

Antwort der FDP

Die Kreativwirtschaft ist in Sachsen-Anhalt als eigenständiger Wirtschaftszweig anzuerkennen und nicht länger nur als „weicher Standortfaktor“ zu betrachten. Aus liberaler Sicht liegt ihr Wert vor allem in ihrer Innovationskraft und unternehmerischen Dynamik. Kreative Unternehmen treiben neue Geschäftsmodelle voran und wirken als Impulsgeber für andere Branchen.

Deshalb muss die Wirtschaftspolitik bessere Rahmenbedingungen schaffen; weniger Bürokratie, mehr Gründungsfreiheit und leichter Zugang zu Kapital. Die Kreativwirtschaft stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und schafft attraktive Perspektiven für Fachkräfte. Sie trägt aktiv zur Digitalisierung und Modernisierung der Wirtschaft bei. Der Staat sollte dabei nicht lenken, sondern ermöglichen. Offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen sind entscheidend. So wird die Kreativwirtschaft zum Motor für Wachstum und Innovation.

Antwort von Die Grünen

Die Kreativwirtschaft ist für uns ein eigenständiger und zukunftsweisender Wirtschaftszweig mit hoher Innovationskraft. Sie soll eine aktive Rolle in der Wirtschafts- und Innovationspolitik einnehmen, nicht nur als kultureller Faktor, sondern als Treiber für Wertschöpfung, Digitalisierung und neue Geschäftsmodelle.

Das Wachstum aus neuen Ideen und kreativen Ansätzen bildet in seiner Summe die Grundlage für die vielversprechenden Entwicklungsperspektiven der zukünftigen Wirtschaftsstruktur in Sachsen-Anhalt.

Antwort von Die Linke

Für Die Linke Sachsen-Anhalt ist klar: Die Kreativwirtschaft darf nicht länger auf die Rolle eines „weichen Standortfaktors“ reduziert werden. Sie ist ein eigenständiger Wirtschafts- und Innovationsmotor mit erheblichem Potenzial für Wertschöpfung, Beschäftigung und gesellschaftliche Transformation – und muss auch so behandelt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft gleichrangig neben Industrie, Handwerk und Dienstleistungen stehen. Ihre Leistungen – von Design über Architektur bis hin zu digitalen und darstellenden Künsten – tragen unmittelbar zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Kreative Akteur*innen sind oft Treiber von Innovationen, insbesondere an Schnittstellen zu anderen Branchen (z. B. Digitalisierung, nachhaltige Produktion, Stadtentwicklung).

Wir wollen gezielt Kooperationen zwischen Kreativwirtschaft, Wissenschaft, Mittelstand und Industrie stärken. Wir setzen uns dafür ein, Programme so zu öffnen und weiterzuentwickeln, dass sie auch für Solo-Selbstständige, kleine Unternehmen und projektbasierte Arbeitsweisen der Kreativwirtschaft passen – inklusive Zugang zu Innovationsförderung. Eine starke Kreativwirtschaft braucht gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören faire Honorare, soziale Sicherungssysteme und eine Vergabepaxis, die Qualität und nicht nur den Preis berücksichtigt.

Kreative Arbeit braucht Räume – physisch wie digital. Wir wollen gezielt in Arbeits-, Produktions- und Präsentationsorte investieren sowie digitale Plattformen und Netzwerke stärken. Gerade in Sachsen-Anhalt kann die Kreativwirtschaft ein wichtiger Faktor für die Belebung von Städten und ländlichen Räumen sein. Wir sehen sie als Bestandteil einer aktiven Strukturpolitik, die Abwanderung entgegenwirkt und regionale Identität stärkt. Wir wollen die Kreativwirtschaft stärker international sichtbar machen und ihre Vernetzung – regional, bundesweit und europäisch – gezielt fördern.

Antwort der SPD

Kreativwirtschaft und „klassische“ Industrie sind Sektoren, die sich gegenseitig produktiv ergänzen können – so beispielsweise im Werbe- und Veranstaltungsbereich. Durch eine starke Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt können unsere Unternehmen neue Zielgruppen und Märkte erschließen. Zugleich sollen Kreative beispielsweise durch Kooperationen mit der Tourismusbranche und der Regionalentwicklung sichtbar werden. So, wie uns schon bei den Hochschulen eine erfolgreiche Verzahnung mit der Wirtschaft gelungen ist (bspw. über die Unterstützung von Clustern), sehen wir daher einen engen Austausch von Kreativwirtschaft und Industrieunternehmen als gewinnbringend.

Frage 26 Wirtschaftszweig	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	0	0	0	0	0
BBK	-	0	+	+	0	0	+
KWSA	-	+	0	+	+	+	0

Thema Förderinstrument und Finanzierung

27. Förderinstrumente und Finanzierung. Die Förderlandschaft ist für Soloselbstständige, kleine und mittelständische Unternehmen zumeist sehr unübersichtlich, da es viele kleinteilige Angebote gibt. In einigen Bereichen sind es oft auch sehr unterschiedliche Anbieter auf den verschiedenen Ebenen – von kommunaler bis hin zu EU-Ebene. Welche Konzepte und Ansätze verfolgen Sie, um die Angebote des Landes Sachsen-Anhalt u.U. zu bündeln und/oder zu verschlanken?

Innerhalb der Kreativwirtschaft sind die Investitionsvolumina in der Regel nicht sehr hoch. Der Finanzierungsbedarf konzentriert sich zumeist auf die laufenden Betriebsmittel bzw. laufende Projektkosten. Planen Sie, die zuständigen Ministerien mit der Umsetzung von niedrigschwelligen Instrumenten zu beauftragen?

Antwort der AfD

Innerhalb der Kreativwirtschaft sind die Investitionsvolumina in der Regel nicht sehr hoch. Der Finanzierungsbedarf konzentriert sich zumeist auf die laufenden Betriebsmittel bzw. laufende Projektkosten.

Wir streben eine Verschlinkung und Fokussierung der Förderinstrumente an. Grundsätzlich sollte eine prekäre Existenz, die sich von einem schlecht dotierten Projekt zum nächsten hangelt, vermieden werden. Künstlern, deren Qualität auch nach vielen Jahren noch nicht ausreicht, um ein auskömmliches Leben zu finanzieren, werden wir raten, sich einen anderen Haupterwerb zu suchen.

Antwort des BSW

Eine verständlichere und besser zugängliche Förderlandschaft ist insbesondere für Soloselbstständige sowie kleine und mittlere Akteure der Kreativwirtschaft von zentraler Bedeutung. Die Vielzahl an Programmen auf unterschiedlichen Ebenen führt derzeit häufig zu Intransparenz und hohem bürokratischem Aufwand.

Wir setzen uns deshalb für eine bessere Bündelung und Koordinierung bestehender Förderangebote ein, um Transparenz zu erhöhen und den Zugang zu Landesprogrammen zu erleichtern. Dabei sollen Doppelstrukturen vermieden und Förderinstrumente stärker aufeinander abgestimmt werden.

Außerdem unterstützen wir die Weiterentwicklung niedrigschwelliger Förderinstrumente, die insbesondere auf laufende Projekt- und Betriebskosten reagieren und damit der Realität kleiner kreativer Unternehmen besser entsprechen. Förderverfahren sollen praxisnäher, schneller und weniger bürokratisch ausgestaltet werden.

Dabei ist entscheidend, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft verlässliche, planbare und gut zugängliche Unterstützung erhält, die ihrer Arbeitsweise gerecht wird und Innovation sowie wirtschaftliche Stabilität gleichermaßen ermöglicht.

Antwort der CDU

Bestehende Förder- und Unterstützungsangebote gilt es zu bündeln, transparenter und praxisnäher zu gestalten. Zu Beratung, Förderung und Finanzierung muss es niedrighschwellige Zugänge geben, z.B. über Kulturfonds, Mikroförderprogramme, digitale Anlaufstellen.

Antwort der FDP

Die Förderlandschaft in Sachsen-Anhalt ist für viele Soloselbstständige und kleine Unternehmen zu kompliziert, zu kleinteilig und oft kaum durchschaubar. Aus liberaler Sicht ist klar, wir brauchen keine immer neuen Programme, sondern ein einfaches, transparentes und zugängliches Fördersystem. Ziel muss es sein, bestehende Angebote konsequent zu bündeln und zu verschlanken. Dafür setzen wir auf zentrale Anlaufstellen – digital und aus einer Hand, bei denen Unternehmer schnell und unbürokratisch die passende Unterstützung finden, statt sich durch verschiedene Zuständigkeiten von EU, Bund und Land kämpfen zu müssen.

Gleichzeitig müssen Förderinstrumente deutlich praxisnäher werden. Gerade in der Kreativwirtschaft geht es selten um große Investitionen, sondern um laufende Kosten, Projekte und kurzfristige Liquidität. Deshalb setzen wir uns für niedrighschwellige, flexible Instrumente wie Mikrozuschüsse ein, sowie vereinfachte Projektförderungen und schnelle Betriebsmittelfinanzierungen mit schlanken Antragsverfahren. Wer unternehmerisch tätig ist, braucht Tempo und Planungssicherheit.

Unser Ansatz ist dabei klar marktwirtschaftlich, der Staat schafft die Rahmenbedingungen und unterstützt gezielt dort, wo es sinnvoll ist, ohne Innovation durch Bürokratie auszu-bremsen. Weniger Förderwirrwarr, mehr Klarheit und Vertrauen in die Eigenverantwortung der Unternehmer, so stärken wir die Kreativwirtschaft nachhaltig und machen Sachsen-Anhalt attraktiver für Gründungen und Wachstum.

Antwort von Die Grünen

Wir wollen die Förderlandschaft übersichtlicher und zugänglicher gestalten, etwa durch eine zentrale Anlaufstelle („One-Stop-Shop“) und klar gebündelte Programme. Für die Kreativwirtschaft setzen wir auf niedrigschwellige, flexible Instrumente mit geringen Hürden, insbesondere für projektbezogene Kosten und laufende Betriebsmittel.

Ziel ist eine einfache, schnelle und passgenaue Förderung, die sich an den realen Bedarfen von Solo-Selbstständigen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) orientiert. Die Mittel aller Ebenen sollen dabei in eine Programmstruktur überführt werden.

Antwort von Die Linke

Die Linke Sachsen-Anhalt will die Förderlandschaft deutlich übersichtlicher, gebündelter und zugänglicher machen. Dafür setzen wir auf zentrale Anlaufstellen, eine gemeinsame digitale Förderplattform sowie vereinfachte und einheitlichere Antragsverfahren. Programme sollen besser aufeinander abgestimmt und kleinteilige Strukturen zusammengeführt werden.

Ja, wir wollen die zuständigen Ministerien ausdrücklich beauftragen, niedrigschwellige Förderinstrumente auszubauen. Dazu gehören unbürokratische Mikroförderungen, schnelle Verfahren und die stärkere Förderung von laufenden Kosten, Honoraren und Projektmitteln – angepasst an die Realität der Kreativwirtschaft.

Antwort der SPD

Innerhalb der Kreativwirtschaft sind die Investitionsvolumina in der Regel nicht sehr hoch. Der Finanzierungsbedarf konzentriert sich zumeist auf die laufenden Betriebsmittel bzw. laufende Projektkosten. Planen Sie, die zuständigen Ministerien mit der Umsetzung von niedrigschwelligen Instrumenten zu beauftragen?

Eine Zusammenlegung der landesseitigen Wirtschaftsförderprogramme ist von uns derzeit nicht geplant, da diese unterschiedliche Förderbedarfe abdecken sollen. Allerdings wollen wir die Zugänglichkeit durch geringere Antragsanforderungen und digitale Nachweisverfahren gerade für KMU deutlich erhöhen. Speziell für den Kultur- und Kreativbereich soll darüber hinaus verstärkt auf mehrjährige Förderungen, Budgets und vereinfachte Verfahren gesetzt werden.

Frage 27 Förderinstrumente	AfD	BWS	CDU	FDP	Die Grünen	Die Linke	SPD
LanZe	0	0	0	0	0	0	0
BBK	-	0	0	0	+	0	0
KWSA	-	+	0	+	+	+	+